

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Belegungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsseitige Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntabend, den 19. März 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Stumm-Posadowsky-Erlass und die bayerische Gewerbe-Aufsicht.

Wiederum ist von amtlicher Seite eine bedeutsame Abgabe gegen die Zumuthungen des Posadowsky'schen Rundschreibens erfolgt. Die Jahresberichte der bayerischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren für 1897 (München, Verlag von Th. Ackermann, 1898) bringen wiederholt und deutlich zum Ausdruck, daß sie in den Arbeiterorganisationen keineswegs die Nichts-als-Streikvereine sehen, als welche sie der Stumm'sche Vertrauensmann und jetziger Staatssekretär des Innern zu bezeichnen beliebt. Ebenso wenig wissen die bayerischen Berichte von Ausschreitungen bei Streiks zu erzählen, zu deren Verfolgung besondere Strafbestimmungen erlassen werden müßten. Dafür aber loben sie im strengsten Gegensatz zu den Anschauungen der meisten preussischen und aller sächsischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten die erspriessliche Wirksamkeit der von den Arbeiterorganisationen gewählten Beschwerdekommmissionen, welche ihnen die Klagen der Arbeiter übermitteln, ohne die Klagenenden namhaft zu machen.

Diese Anschauungen der bayerischen Beamten zeigen ein größeres Maß von sozialem Verständnis und objektiver Ruhe als das ängstliche Hülserufen, das in Preußen und Sachsen zu einer geradezu krankhaften Erscheinung geworden ist. Infolge dessen haben auch die Arbeiter in Bayern weit mehr Vertrauen zu den Gewerbe-Aufsichtsbeamten wie in Preußen und Sachsen. Während in letzteren Ländern die Beamten meist die für sie eigentlich beschämende Meldung bringen müssen, daß der Verkehr mit den Arbeitern kein reger oder garnicht vorhanden gewesen sei, können die bayerischen Beamten sich mit Recht rühmen, daß sie über Mangel an Vertrauen seitens der Arbeiter nicht zu klagen hätten. Charakteristisch ist dabei: in dem einzigen Bezirk (Oberfranken), aus dem der Beamte melden muß, daß das Vertrauen der Arbeiter nur langsam, wenn auch stetig, zunimmt, berichtet er gleichzeitig, daß dort auch die Zahl der organisierten Arbeiter nur langsam zunahm. Und aus der Oberpfalz, wo auch nur ein verhältnismäßig geringer Verkehr zwischen Aufsichtsbeamten und Arbeitern bestand, heißt es:

„Hier ist man von Seiten der Arbeiter dem Beispiele anderer Kreise in der Schaffung eines Arbeitersekretariats oder besonderer Beschwerdekommmissionen noch nicht gefolgt.“

Den Zusammenhang zwischen dieser Ursache und seiner Wirkung schilderte schon im Bericht für 1896 der Beamte für München, indem er schrieb:

„Die Lösung der Frage, wie sich eine bessere Führung der Aufsichtsbeamten mit der Arbeiterschaft erzielen läßt, ist in der Bildung von Vermittlungsorganen (Kommissionen und dergl.) seitens der Arbeiter bezw. Arbeiterorganisationen zu erblicken; diese Anschauung konnte sich durch die bisherige Tätigkeit der beiden im Aufsichtsbereich bestehenden sogenannten Beschwerdekommmissionen nur bestätigen und läßt die Weiterentwicklung derartiger Arbeitervertretungen wünschenswert erscheinen.“

In der Einleitung zum Bericht für 1897 heißt es in bezug auf den Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Beschwerdekommmissionen: „Die Gewerbe-Inspektion erblickt in der Pflege dieser Beziehungen eine wesentliche Förderung des Dienstes.“

Welchen Nutzen diese Kommissionen außerdem noch haben, schildert im Bericht für 1897 der Beamte für Schwaben, indem er darauf hinweist, daß er infolge des Bestehens dieser Kommissionen nun nicht nötig hat, bei seinen Revisionen stets in direkte Beziehungen mit den Arbeitern zu treten. „Dies erregt ohnehin den Argwohn der Arbeitgeber und führt nicht selten zur Entlassung der Arbeiter.“

Daß bayerische Unternehmer die Arbeiter terrorisieren und verhindern wollen, mit dem Aufsichtsbeamten in Verbindung zu treten, theilt der Bericht für Unterfranken ebenfalls mit.

„Einmal kam es vor, daß Arbeitgeber oder deren Vertreter Belehrung dahingehend erhielt werden mußte, daß der Aufsichtsbeamte nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, mit den Arbeitern innerhalb der Betriebe ins Benehmen zu treten.“

Der Stumm'sche Arbeitertum zeigte sich auch im Verhalten der Unternehmer gegen die Arbeiterausschüsse. Nur in etwa ein Fünftel der zugehörigen gewerblichen Anlagen sind Arbeiterausschüsse vorhanden, und auch dort nur meistens auf dem Papier, in den Arbeitsordnungen; von ihrer Tätigkeit aber war nur wenig oder gar nichts zu spüren. So heißt es im Bericht aus Schwaben:

„Die Arbeitgeber hegen ein gewisses Mißtrauen gegen die Ausschüsse; sie sehen letztere als eine Organisation an, die sie in ihrer freien Bewegung hindert und ihnen schließlich unbehagen werden könnte. Und so kommt es, daß die wenigen bestehenden Arbeiterausschüsse eigentlich nur ein Scheinwesen sind. Die Interesselosigkeit der Arbeiter für diese Einrichtung ist unter diesen Umständen begreiflich, denn sie wissen recht gut, daß der Ausschuss irgend welchen Einfluß zu ihren Gunsten kaum ausüben vermag.“

Diese Stumm-Posadowsky'sche Furcht vor den Arbeiterorganisationen wird von den Aufsichtsbeamten aber keineswegs geheilt. Im Gegenteil, diese weisen nachdrücklich darauf hin, wie wünschenswert die Ausbreitung der Organisationen ist. In der Einleitung zum Bericht schildert Gewerbe-Inspektor Karl Poellath in München in sachlicher Weise den Kampf der Arbeiter um ihren Lebensunterhalt und kommt dabei zu folgendem beachtenswerthem Ergebnis:

„Auf allen Lebensgebieten erblicken wir die Arbeiterklasse von der sozialen Entwicklung aus das tiefste berührt. Die mit den veränderten Produktionsansprüchen Hand in Hand gehenden Ummälzungen der Technik und der gewerblichen Betriebsformen haben die höchste physische und geistige Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft im Gefolge. Die Lebensbedürfnisse und die Kosten des Lebensunterhaltes wachsen, aber die Lohnsteigerung hält mit ihnen nicht gleichen Schritt, und namentlich dort, wo größere Ar-

beitermengen zu industrieller Tätigkeit zusammenströmen, entstehen Schwierigkeiten in der Lebensmittel- und Wohnungsbeschaffung. Um im Existenzkampf bestehen zu können, muß die Frau zu ihren Familienpflichten hinstehen und sich an der gewerblichen Arbeit betheiligen.“

Gegen die Gefährdung ihrer materiellen und geistigen Lebensbedingungen sehen wir aber die Arbeiterschaft thatkräftig und nicht erfolglos Stellung nehmen. Vor allem richtet sie ihre Bemühungen auf vortheilhaftere Gestaltung des gewerblichen Arbeitsvertrages, wie überhaupt auf eine Besserung ihrer ökonomischen Verhältnisse. Von dem hier Erreichten sucht sie sich einen Antheil auch an den höheren geistigen Kulturgütern zu sichern. Wo der Einzelne in diesem Kampfe sich zu schwach erweist, tritt die Arbeiterkoalition an dessen Stelle.

Wie verhalten sich dieser Bewegung gegenüber die anderen Gesellschaftsklassen?

Drei Strömungen werden hier unterschieden werden müssen. Eine ablehnende, der die Forderungen des vierten Standes unbedeutend oder unbedurchführbar erscheinen; eine gleichgiltige, die sich von der Arbeiterfrage nicht unmittelbar berührt fühlt; endlich eine dritte, die in Erkenntnis der vorhandenen Uebelstände und Bedürfnisse bereit ist, zu gemeinsamer sozialer Reformation die Hand zu bieten. Ohne Zweifel ist die dritte Strömung zur Zeit bei uns die vorwiegende und für die Zukunft die am meisten in betracht kommende. Ein aufmerksamer Vergleich dieser nun fast zwei Jahrzehnte ungesunden Verhältnisse mit der Erkenntnis führen, wie immer weitere Gesellschaftskreise, nicht zum wenigsten die von der Bewegung in erster Linie berührten Arbeitgeber, in neuester Zeit allmählich auch die Kommunalverwaltungen, sich den Arbeiterbestrebungen sympathisch gegenüberstellen, weil sie in der Hebung des Arbeiterstandes ebenso sehr ein Gebot der Gerechtigkeit wie des allgemeinen kulturellen Fortschritts erblicken.“

Das Schlussurtheil Poellath's ist freilich allzu rosig; auch in Bayern stellen sich weder „weitere Gesellschaftskreise“ noch Kommunalverwaltungen den Arbeiterbestrebungen sympathisch gegenüber. Sogar in angeblich freisinnig verwalteten Kommunen wie in Nürnberg hat dies der Magistrat wiederholt bewiesen, so in seinem Verhalten gegen das Nürnberger Arbeitersekretariat.

Aber die Aufsichtsbeamten, die nicht wie gewisse zum Abel „emporgehobene“ Kommunalverwalter dem Arbeiterleben fremd gegenüberstehen, haben durch ihre praktischen Erfahrungen erkannt, wie nothwendig nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern in dem der Gesamtheit, des Kulturfortschritts, die Arbeiterorganisationen sind. So schreibt der Beamte für Unterfranken:

„Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß die Einwirkungen der aus Gewerkschaften oder ähnlichen Vereinigungen hervorgegangenen Arbeiter-Vertreter auf die Arbeitermassen zur ruhigen und raschen Beilegung von Differenzen (Streiks) im Interesse der Industrie ausschlaggebenden Erfolg hatten.“

Und der Beamte für Mittelfranken wird zu dem Eingeständniß gezwungen:

Bei den Todten im Friedrichshain.

Achtzehnhundert vierzig und acht,
 Als im Senz das Eis gekracht,
 Als im Februar, Tage des Märzens,
 Waren es nicht Proletarierherzen,
 Die voll Hoffnung zuerst erwacht
 Achtzehnhundert vierzig und acht?
 Achthundert vierzig und acht,
 Als du geruch von der nächsten Schlacht;
 Waren es nicht Proletarierleichen,
 Die du, Berlin, vor den zitternden, bleichen,
 Warhaupt prägenden Jäfar gebracht
 Achtzehnhundert vierzig und acht?

Ja, es sind Proletarierherzen gewesen, die 1848 auf den Barricaden verbluteten, und es waren Proletarierleichen, die man am Tage nach der Schlacht aus allen Gassen zur schauerlichen Todtenparade in den Schloßhof trug. Gefallene Proletarier waren es, für deren arme Hinterbliebene die königlichen Schauspielere 1848 Wohlthätigkeits-Vorstellungen veranstalteten, gefallene Proletarier, deren Leichen die bürgerlichen Herren und Damen Trauerkleidung anlegten. Proletarier, die am 22. März in unabsehbarer Menge an dem barhäuptig grühenden Könige vorbei nach dem Friedrichshain hinausgetragen wurden. Alle Behörden, alle Gewerke, die Universitätsrat im Ornat, offizielle Vertretungen anderer preussischer Städte, die gesammte Geistlichkeit Berlins geleiteten damals die todtten Proletarier zur letzten Ruhebestattung. — Den Gefallenen verdankte man die neuen bürgerlichen Freiheiten und man hielt nicht zurück mit den Beweisen der Dankbarkeit.

Darüber sind fünfzig Jahre verfloßen. Man spricht heute in den „besseren bürgerlichen Kreisen“ nicht gern von den Todten des Friedrichshain. 1848 wurde der servile Oberbürgermeister Krausnick nach dem Siege der Revolution einfach davongejagt, — heute, nach fünfzig Jahren, steht ein zweiter Krausnick an der Spitze Berlins, der den ersten an Liebedienerei noch übertrifft. 1848 war es zeitgemäß, daß der Polizeipräsident Herr v. Minutoli liberalisirende und kommandante der Berliner Bürgerwehr wurde — heute, da der fünfzigste Todestag der Märzkämpfer gefeiert wird, steht die Polizei in dichten Reihen am Friedrichshain, um zu prüfen, ob die Widmungen der in Dankbarkeit hinausgetragenen Kränze an Schwung und Begeisterung nicht mehr enthalten, als die königlich preussische Polizei zu gestatten für gut findet. Das ist der Fortschritt eines halben Jahrhunderts!

Wir stehen am Friedhof der Märzgefallenen — jeden 18. März das Ziel ungezählter Proletariercharen. Der 18. März ist gewiß ein Jubiläum erkämpfter Freiheiten, aber er ist, und besonders für das Proletariat, doch vor allem ein Erinnerungstag für die auf den Barricaden Gefallenen.

Ein grauer Himmel liegt über dem noch laublosen Gezweig des Friedrichshain. Feiner Regen sprüht unaufhörlich herab in die farblose Landschaft. Die aufgeweichten Wege entlang schiebt sich zwischen Schumannsleuten hindurch eine ernste Menge, dem schmalen Eingange zu. Wir treten hinein — und ein einziges glühendes Roth kammt uns entgegen. Alles und alles ist überdeckt mit Lorbeer und Palmen und blühenden Frühlingsblumen. Von den eingetragenen Gräbern, von den verfallenen Kreuzen, von den moosbedeckten Steinen, aus den nassen Zweigen der Bäume grüßt uns die rothe Farbe der neuen Freiheitskämpfer — rührt uns in den aufgedruckten Sprüchen der Ausdruck treuer Dankbarkeit für die Gefallenen — begeistert und das immer wiederkehrende Versprechen, den Freiheitskampf der im März Gefallenen fortführen zu wollen, bis die Freiheit und die Gleichheit ganz erstritten sind.

Wir können nicht daran denken, die unzähligen Kränze und Blumengewinde hier im einzelnen zu beschreiben oder auch nur zu erwähnen. Selbstverständlich, daß alle Körperkassen unserer Partei durch Kränze und Widmungen vertreten waren, der Parteivorstand, die Reichstags- und die Stadtverordnetenfraktion, alle Berliner und viele auswärtige sozialdemokratische Vereine, die Redaktionen der Parteizeitungen, die sozialdemokratischen Frauen u. s. w. Ferner hatten ihre Gaben hinausgebracht eine Unzahl anderer Arbeitervereine, Gewerkschaften und Personale einzelner Fabriken.

Eingestreut zwischen die dominierende rothe Farbe sah man, und diesmal häufiger als in früheren Jahren, auch schwarz-rot-goldene, weiße oder schwarze Widmungen. Die letzteren stammten von einigen anarchistischen Gruppen Berlins, die weißen von den Berliner freisinnigen Bezirksvereinen, die Kränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen aus bürgerlich-demokratischen Kreisen.

Von Widmungen aus dem Auslande ist uns aufgefallen ein Kranz aus Süd-Afrika von den Arbeitervereinen der Städte Johannesburg und Pretoria, ein Kranz mit polnischer Inschrift: „Was Ihr für Euer Land errungen, geloben wir, für das unferne noch zu erkämpfen.“ Die Vereine für die Befreiung der arbeitenden Klasse in Petersburg, Moskau, Kiew, Jekaterinoslaw, sowie der Allgemeine jüdische Arbeiterbund

Auslands und Polens.“ Gewiß auch ein Zeichen der Zeit! — Zu erwähnen ist ein Kranz „Den Kämpfern für Freiheit und Vaterland. 15 Deutsche Burschenschaftler“ in schwarz-rot-gold. — Zwei Töchter eines Gefallenen hatten Kränze gebracht mit auf Papier geschriebenen Widmungen. — Der Sohn des Mechanikers Siegerist, des Erbauers der großen Barricade in der Breitenstraße, schreibt:

Mich ließ als Knabe einst im Friedrichshain
 Mein Vater einen Kranz an offenen Gräbern weih'n.
 Aus Gräbern spricht er's dann der Freiheit Saat,
 Wenn Kinder glauben reist zur Männerthat!

In erwähnen scheint uns ein Kranz der „Eisenbahner“, auch die neue Fraktion der Linken der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hatte eine Widmung geschickt. Manche originale Inschrift zog die Blicke auf sich, so auf einen Kranz der Zimmerer „Nach 50 Jahren — trotz alledem — Gut ab!“

Von Widmungen seien noch die folgenden wiedergegeben:
 Der Frühling kommt, der März kehrt wieder,
 Es schwillt das Herz nach kühner That.
 Getrost, Ihr lang gequälten Brüder,
 Auch Euer Völkerrühmlich naht!

Der Parteivorstand schreibt einfach: „Sie seien, denn sie wollten Menschen sein!“

Auf einem anderen Kranz lasen wir:
 Nur vorwärts Genossen,
 Die Reiben geschlossen
 Zum kraftvollen Streit.
 Und Friede erst werde,
 Wenn einst auf der Erde

Herrscht Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit!
 Von einigen an den Zweigen hängenden Kränzen waren die Schleifen zur Hälfte abgerissen, — ein Zeichen, daß die politische Zensur thätig gewesen war. So ist z. B. als unflätlich bezeichnet worden die Inschrift: „Gewidmet den Barricadenkämpfern von 1848 zur 50jährigen Wiederkehr der Revolutionsfeier“, ferner die Widmung: „Den Opfern eines Mißverständnisses.“

Als wir den Friedhof verließen, war die Menschenmenge noch gewachsen, und immer neue Scharen stöhnten vom Landeberger- und vom Königsplatz her in den Friedrichshain hinein. Wir meinen, die Liebe und die Begeisterung, die sich hier zeigt, ist besser, als ein widerwillig gegebenes Denkmal von Stein. Man lasse doch den gefallenen Proletariern des Friedrichshain ihren eigenüberkommenen, verwilderten, proletarischen Friedhof. Davan erkennen wir ja um so deutlicher, daß es unsere Todten sind, die hier ruhen, und daß wir ihr Erde verwalten.
 M. B.

Eigentlich ist die geringe Zahl der Ausstände auffallend, sie hängt zum Theil mit der guten Disziplin in den Reihen der organisierten Arbeiter, deren Leiter keinen Ausstand wünschen, zusammen.

Also — das ganze Gegentheil von dem, was die Stumm-Broschüre von den Arbeiterorganisationen fürchten! Diese sind erstens keine Streikhevereine, zweitens halten sie die Ordnung bei Streitigkeiten aufrecht.

Ueberschreitungen des Koalitionsrechtes und infolge dessen strafrechtliche Verfolgungen nur aus Oberbayern gemeldet; aber der Aufsichtsbauern hebt ausdrücklich hervor, daß mit „außerordentlicher Erbitterung“ auch auf Seiten der Arbeitgeber gekämpft wurde.

Das „Streikpostenstechen“ als „groben Unfug“ zu bestrafen, wurde auch den Gerichten in München zugemutet; die Gerichte schlossen sich jedoch bei mehreren preussischen Gerichten durchgedungenen Auffassung prinzipiell nicht an.

Dagegen meldet der Beamte aus Schwaben, daß bei einem Ausstände das Verhalten der Arbeiter während des Streiks und nach demselben ein korrektes war, Aufbesserungen, Arbeitsabhaltungen oder sonstige Gefesverletzungen nicht vorkamen, obwohl der Fabrikant sein gegebenes Wort brach und den Vertrag „flagrant“ verachtete.

So beweisen die Berichte der bayerischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten wie die der neulich besprochenen badischen, daß in Süden Deutschlands eine vernünftiger und angestrengtere Auffassung über Arbeiterorganisationen und Streiks herrscht, als in den nördlichen Kreisen Preußens, welche hinter jedem Streik wie einst der Puttkamer ausnahmsgeheulichen Angebots „die Hydra der Revolution“ lauern sehen. Das Vertrauen zu der „moralischen Führung Preußens in Deutschland“ wird durch das Berliner Angstgeschrei nicht gerade gestärkt werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, 18. März.

Auch der Reichstag stand heute unter dem Eindruck des historisch so bedeutamen 18. März. Fast die ganze Debatte, die in höchster Erregung verlief, drehte sich um die Urheber, die Bedeutung und die Folgen der Thaten des heutigen Gedanktags.

Webel's Verdienst bleibt es, daß der deutsche Reichstag den ersten Tag preussischer Freiheit nicht unbeachtet ließ. Mit Entschiedenheit und äußerster Schärfe wandte sich Webel gegen die Verunglimpfung der Freiheitshelden durch die Junterfippe. Mit richtigem Wort, voller Wirkung gesprochen, in sichtlichster Erregung verteidigte er die Ehre der Freiheitshelden. Soweit das deutsche Volk sich noch Sinn für Freiheit und selbstloses Handeln bewahrt hat, werden Webel's Worte einen tiefen und nachhaltigen Eindruck zurücklassen.

Die Debatte begann mit einer Rede Webel's zu § 172, dessen Berathung gestern unterbrochen wurde. Der Paragraph gestattet für Offiziere bei gewissen Vergehen die Ausnahme, daß sie zur Festsetzung ihrer Persönlichkeit nicht von jedermann verhaftet werden können. Webel hatte u. a. in seiner Rede hervorgehoben, wie überaus traurig es eigentlich sei, daß man heute um Forderungen im Parlament lange Debatten führen müsse, für die vor fünfzig Jahren das liberale Bürgerthum mit Begierde eingetreten sei. Das Eintreten für solche Standesvorrechte zeige, daß das Bürgerthum seine politischen Ideale aufgegeben habe. Der Kriegsminister setzte hier übereilig ein und erklärte, daß die Episode vor 50 Jahren eine der traurigsten unserer Geschichte sei. Damit war ein weiterer Anstoß zu der großen Redeschlacht gegeben. Herr v. Puttkamer-Plauth kramte nun gleichfalls seine Geschichtskennntnis aus, indem er die bekannte Lüge vom besten gab, daß an der Revolution eigentlich nur Preußen, Polen und Franzosen — wie er sich nach berühmten Mustern ausdrückte — theilgenommen hätten. In satirisch scharfer Weise fertigte W u n d e l am Schluß seiner Rede die reaktionäre Geschichtslgende ab, es schickte ihm auch nicht an warm empfundenen Worten für die Männer, die vor 50 Jahren die politische Entwicklung mit Einsatz ihres Lebens gefördert haben. Der Antisemit F ö r s t e r, der mit einigen ungeschickigen Bemerkungen über die Debatte seine Ausführungen begann, gehört nicht zu den Leuten, deren pathetisch vorgelegten Reden man im Reichstag allzu hoch einschätzt. Abg. v. L a n g e n, der nach ihm zu Worte kam, vertrat natürlich vollständig den Standpunkt des Herrn v. Puttkamer und ereiferte sich überflüssigerweise über die Herabsetzung des Offizierstandes von der linken Seite — ein Vergehen, das übrigens keiner der Redner begangen hatte.

Freund S t u m m war schon während der Rede des Abgeordneten Wundel zum Präsidenten gegangen, um in möglichst auffälliger Weise sich das Wort zu erbitten. Alles hörte gespannt den Hornesausbruch des obersten der Scharfmacher an. Lange hielt sich der Redner nicht auf, es mag nur erwähnt sein, daß er für die Revolution ein Gefühl der tiefsten Scham empfinde. Unter großer Heiterkeit hat ihm Wundel später geantwortet, daß er ihn in diesen Gefühlsregungen nicht stören möchte, da sie sehr selten bei ihm vorkommen. Nach W e d e l, der entschieden die Beschuldigungen gegen das liberale Bürgerthum von 1848 zurückwies, erhielt Webel nochmals das Wort. In meisterhafter Rede ging er den Geschichtsverdröhnungen, wie sie von konservativer Seite vorgebracht wurden, zu Leibe. In großer Erregung standen zahlreiche Abgeordnete um W e b e l herum, die Aufregung übertrug sich auf die Zuhörer auf der Tribüne, die mit gespannter Aufmerksamkeit zuhörten, und am Bundesrathstische verfolgten die zahlreichen Kommissare, der Kriegsminister und der Reichskanzler die ihnen gewiß nicht gerade sehr angenehme Debatte, in der die Träger der Krone zur Zeit jener Geschichtsperiode in einem anderen Licht erschienen, als sie seine Geschichtsschreiber zu schildern beliebt haben. Mit stürmischem Beifall wurde unser Redner wiederholt von der ganzen Linken unterbrochen, zweimal ertheilte ihm der Präsident einen Ordnungsruf, aber die Abrechnung war in der Form notwendig. Die schweren Angriffe gegen ehrenwerthe Männer, wie sie von den Rednern der Rechten ausgingen, mußten auch mit gleicher Münze heimgezahlt werden. Die Rede brachte den Herrn v. Puttkamer und den Chefredakteur der „Kreuz-Ztg.“, Dr. K r o p a t s c h e d, auf die Tribüne gebracht. Der letztere kam dabei in solche Aufregung, daß man von ihm weiter nichts vernahm, als einige zusammengeflotterte Kraftausdrücke gegen die W e b e l'sche Rede.

Webel's Ausführungen hatten auch den Führer der Nationalliberalen, Herrn v. B e n n i g e n, zum Reden gezwungen. Gern mag er es nicht gethan haben, aber es ging

nichts anders. Trohdem sein Parteifreunde während der konservativen Reden wiederholt bei den allerersten Behauptungen fleißig Bravo geklatscht hatten, mußte jetzt ihr Führer zugeben, daß, theoretisch genommen, die Revolution von 1848 die Grundlage des politischen Fortschrittes war. Im zweiten Theil seiner Rede suchte er allerdings den Eindruck dieses Bekenntnisses sehr abzuschwächen.

Der Präsident versuchte vergeblich, die Debatte zu dem Gegenstand zurückzuführen, aber die nächsten Redner kamen immer wieder auf das alte Thema zurück. So konnte denn auch noch der Antisemit Liebermann v. Sonnenberg seine Entdeckung vortragen, daß eigentlich die Juden trotz ihrer ausgesprochenen Freiheit die Revolution gemacht haben. Er hatte sogar die Namen bei der Hand, aber die ganze Liste ließ ihn der Präsident nicht ablesen. Nachdem dann W e b e l auf die vielen Angriffe erwidert hatte und eine Reihe persönlicher Bemerkungen vorgetragen waren, gelangte man endlich zur Abstimmung über den § 172, der nach den Beschlüssen der Kommission angenommen wurde.

Eine Anzahl Paragraphen gelangten dann schnell zur Annahme. Bei § 179a war von unserer Partei der Antrag gestellt, daß das Zeugnißzwangsverfahren gegenüber den Redakteuren nicht in Anwendung gebracht werden dürfe. Trotz eingehender Begründung seitens des Abg. W u r m (Soz.) lehnte die große Majorität des Reichstags ihn ab. Den § 181 beantragte Genosse S t o l l e namens unserer Fraktion zu streichen, da derselbe die äußerst reaktionäre Bestimmung enthielt, nach der Militärpersonen auch nach beendeter Dienstzeit in militärischen Angelegenheiten als Zeugen nur mit Zustimmung der vorgesetzten Behörde vernommen werden dürfen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Bei § 231 trat die Vertagung ein. Morgen wird die Berathung über dieses Gesetz fortgesetzt. Außerdem steht die Dampfer-subsidien-Vorlage auf der Tagesordnung.

Die Märzfeier herabzuwürdigen bemüht sich die „Nationallib. Korresp.“ Sie leistet sich folgenden Erguß:

„Wer nach der Bekräftigung der heute herausgegebenen Nummer des sozialdemokratischen Zentralorgans noch daran zweifeln konnte, den hat der Verlauf der heutigen Sitzung des Reichstags darüber belehrt, daß die von der sozialdemokratischen Führung inszenirte Gedächtnisfeier der 1848er Märztage einschließend der Rückkehr des „Soldaten der Revolution“, des Abg. Lieblucht, aus seiner Gefangenschaft in den Reichstag, zu seinem mit rothen Rosen und rother Schleife demonstrativ geschmückten Sitz ein vorher bis in die kleinsten Wirkungen sorgfältig vorbereitetes Theaterstück war. Es konnte auch nicht anders sein, denn die Zeit, die sich damals vorbereitete, war von den Gedanken nicht befreit, welche die sozial-revolutionäre Weltanschauung befeelen: und es ist geradezu eine Vergewaltigung geschichtlicher Thatfachen, die Märztage als Ausdruck des Programms zu betrachten, das die Hoffnungen der Herren W e b e l, Lieblucht und Genossen trägt. Aus diesem Grunde mußte Radikalität, Eifer und Earm erlesen, was an sachlicher Unterlage fehlte. Und demgemäß wird auch die Wirkung sein. Der sichere Instinkt des Volkes wird richtig erkennen, daß es der Sozialdemokratie lediglich darauf ankam, mit diesem Coup eine sichtlich verlässende Agitation neu zu entlassen und die so lange mit leeren Hoffnungen hingehaltene, zweifelhaft und gleichgültig gewordene bisherige Gefolgschaft aufs neue an sich zu ziehen. Wir begrüßen es, daß diese Absicht so offen zu Tage trat: einmal erkannt — ist sie vereitelt.“

Wir begreifen den Aerger des nationalliberalen Organs über den Verlauf des Märzjubiläums.

Ermindert dies Jubiläum doch gerade die Nationalliberalen eindringlich an den Verfall ihrer einstigen Herrlichkeit und an das Uebermaß ihrer heutigen politischen Verkommenheit. Es ist schmerzhaft zu sehen, wie die Ideale, für die man einst selbst gestritten hat, heute von anderen, von den Gegnern hoch gehalten werden.

Die „Natlib. Korresp.“ redet von Vergewaltigung geschichtlicher Thatfachen und meint, der 18. März 1848 habe nichts mit den Hoffnungen der W e b e l, Lieblucht und Genossen zu thun gehabt. Wozu dies thörichte Gerede? Wer hat je behauptet, daß die März-Exhebung eine proletarische, eine sozialistische Bewegung gewesen sei? Aber gerade darin besteht ja der Schimpf des Nationalliberalismus, daß er das Andenken der bürgerlichen Revolution nicht mehr ehren mag, daß er sich scheuen und vorsichtig an dieser März-Feier vorbeidrückt.

Und nun redet das Partei-Organ der Nationalliberalen gar vom „sicheren Instinkt des Volkes“, von der „zweifelhaft und gleichgültig gemordenen bisherigen Gefolgschaft“ der Sozialdemokratie. Eine Partei, welche die Fühlung mit dem Volke längst verloren, will von „sicheren Instinkten des Volkes“ sprechen; das kann nur komisch wirken. Und nur die kurzen Monate bis zur Wahl mag sich die „Nationallib. Korresp.“ gedulden, da wird es ihr schrecklich aufgehen, w e s s e n Gefolgschaft „zweifelhaft und gleichgültig“ ist.

Die „Zentrumspreffe“ ist eifrig daran, den Verrath ihrer Partei in der Flottenfrage sei es zu vertuschen, sei es gar, das große Verdienst zu preisen. Die „Germania“, welche in früheren Jahren stets gegen derartige Schiffsforderungen, wie sie jetzt bewilligt werden, scharf protestirte, welche vor kurzem noch die Regierungsvorlage als ganz unannehmbar ansah, welche gegen die Bindung des Staatsrechts und die durch die Kosten der Vorlage entsetzende neue Belastung des Volkes die größten Bedenken hatte, sie ist im gleichen Tempo mit den Parteiführern in der Kommission von Woche zu Woche mehr in die Flottenfreundlichkeit hineingerathen und jetzt ist sie völlig zur Lobpreiserin des Tirpitz-Gesetzes geworden.

Die mehr links stehende „Alln. Volksztg.“ fählt sich wohl durch den Gang der Dinge einigermaßen bedrückt. Sie schließt ihre sehr gemüthen Betrachtungen über die Kommissionsbeschlüsse folgendermaßen:

„Der Abgeordnete Lieber hat die Erklärungen der verbündeten Regierungen in der Kommission als „Grundlage der ferneren Verhandlungen“ bezeichnet. Wir können nur wünschen, daß sie lediglich als solche betrachtet werden und daß man auch bezüglich der direkten Steuern eine bessere, mit dem Gesetz in Zusammenhang stehende Anteil verlange. Ein Mehreres wäre es schon, wenn die verbündeten Regierungen bestimmt erklärten, keinerlei Belastung der schwächeren Schultern zuzustimmen zu wollen.“

Das ist so flau wie möglich, geschweige denn, daß das Blatt nur irgendwie einen kräftigen Ton gegen die verderbliche Politik des Herrn Lieber fände. Auf der Linken der Zentrums-partei hat man wohl ein banges Gefühl, daß die Einschüchterung in das Regierungslager böse Folgen für die Partei bringen werde, oder man glaubt die Einigkeit der Partei nur so bewahren zu können, und um dieser Einigkeit willen schent man vor keiner Preisgabe bisheriger Grundsätze zurück. Allerdings, die Täuschung wird den Herren nicht erspart bleiben, denn den Wählern steht die Wahrung ihrer Ueberzeugungen und ihrer Interessen höher, als Partei-rückfichten.

Nur vereinzelte und nicht sehr einflußreiche Zentrumsblätter verharren in der Opposition gegen das Flottengesetz.

Wie viele Abgeordnete der Partei im Reichstage ebenso denken, wird sich nächste Woche zeigen. —

Französische Forderungen in China. Seit langem wurde erwartet, daß auch die französische Regierung mit Forderungen an die chinesische Regierung herantreten werde, um sich für die „Be-willigungen“ an Deutschland, Rußland, England auch seinerseits schadloß zu halten. Allerlei Vermuthungen wurden ausgesprochen, besonders wurde vermuthet, Frankreich habe es auf die Insel Hainan abgesehen; dann hieß es, Frankreich fordere Peking auf der Halbinsel gegenüber von Hainan. Jetzt werden neue Nachrichten über noch bedeutend weiter gehende Forderungen durch das „Reuter Bureau“ verbreitet. Die Nachrichten weichen allerdings untereinander ab. Zuerst meldete „Reuter“ aus Peking:

„Frankreich verlangt, China solle seinen Theil der 4 Provinzen Kwangtung, Kwangsi, Yunnan und Kweichow abtreten. Weitere Forderungen Frankreichs beziehen sich auf Verlängerung der Eisenbahnen im Süden, Uebergang des Schienenweges in die Provinz Yunnan hinein, Errichtung einer Kohlenstation in Peking auf der Halbinsel Peking.“

Eine weitere Meldung besagt: „Die Franzosen sind in Unterhandlungen über Konzessionen im Süden eingetreten. Es heißt, daß sie Zugeständnisse in Siam und in den Provinzen Kwangsi und Kwangtung verlangt haben, man weiß aber nicht, ob sich ihre Forderungen auf eine Gebietsverpachtung in dieser Gegend beziehen oder auf die Ausdehnung der Eisen- und Eisenbahn-Konzessionen.“

Ferner melden noch die „Times“, Frankreich verlange, daß der Direktor des chinesischen Postwesens ein Franzose sein solle. Ueber die Art der Aufnahme aller dieser Forderungen seitens der widerstandsunfähigen chinesischen Regierung verlautet noch nichts gewisses.

Ueber den Konflikt in Korea hat die russische Regierung jetzt ein Communiqué im „Reuter-Bureau“ veröffentlicht. Es wird der Vorgang der letzten Ereignisse in Sial geschildert und zwar so, wie dieselben bereits bekannt waren. Diese Schilderung schließt damit ab, daß die koreanische Regierung „der militärischen und finanziellen Unterstützung“ Rußlands nicht mehr zu bedürfen erklärt habe. Darauf heißt es weiter:

„Angesichts dieser Nachrichten beauftragte die kaiserliche Regierung ihren Vertreter in Sial, dem Kaiser Korea's und seinen Ministern zu erklären, wenn ihrer Meinung nach Korea gegenwärtig keiner fremden Hilfe mehr bedürfe und fähig sei, aus eigener Kraft die Unabhängigkeit seiner inneren Verwaltung zu wahren, so werde Rußland nicht säumen, die Abberufung des russischen Gesandten zu befehlen. Was die russischen Militärpersonen betrifft, so würden dieselben nach dem Austritt aus der koreanischen Armee, angesichts der noch ungelärten Lage der Dinge in Korea, zeitweilig zur Verfügung der russischen Mission bleiben. Nicht mehr durch die Verantwortlichkeit gebunden, welche die Anwesenheit russischer Instrukteure und des Finanzdeputats in diesem Lande für Rußland mit sich brachte, kann Rußland sich nunmehr jeglicher aktiven Theilnahme an den Angelegenheiten Korea's in der Hoffnung enthalten, daß der dank der Unterthänigkeit Rußlands gekräftigte junge Staat fähig sein wird, selbständig seine innere Ordnung sowie auch seine völlige Unabhängigkeit zu wahren. Andernfalls wird die kaiserliche Regierung Maßregeln treffen zum Schutze der Interessen und Rechte Rußlands als einer Korea benachbarten Großmacht.“

Deutsches Reich.

— Weitgehende Beschäftigung weiblicher Hilfsbeamten wird — natürlich bloß aus Sparmaßgründen — seitens der Reichs-Postverwaltung geplant. —

— Ein antisemitisches Geschäft. Die Antisemiten von der Richtung des Herrn v. M o s c h hatten im Kreise vom 1. März einen antisemitischen deutschen Bauernbund gebildet, der von ihrer Wollheim'schen Zentrale geleitet wurde. Diese Organisation ist, nach der „Vosener Ztg.“, jetzt vom Bund der Landwirthe übernommen worden gegen eine Abfindungssumme. —

Kiel, 17. März. (Fig. Ber.) Gemäßregelter G e m e i n d e v o r s t e h e r. Der Regierungsdirektor J e l l e r, als Stellvertreter des Landraths des Appenader Kreises im nördlichen Schleswig, hat dem Gemeindevorsteher Petersen in Habel mitgetheilt, daß er sofort sein Amt niederlegen bezw. seine Entlassung beantragen müsse.

Der Grund dieser Maßregelung ist in dem Umstand zu suchen, daß Petersen gelegentlich einer Wahlmännerwahl zum Kreis-tage dem dänischen Kandidaten seine Stimme gab. Dieses Verbrechen ist jetzt zur Kenntniß der Behörde gekommen und mußte natürlich geübt werden. —

Aus Oberschlesien. (Fig. Ber.) Der Typhus stirbt leider nicht aus, bald da, bald dort tritt er auf, glücklicherweise allerdings nirgends mehr so stark als im vorigen Sommer in Preußen. Jetzt ist er in B o r t i g w e r k ausgebrochen.

Die von den Geistlichen Schirneisen, Lufschütz und Schmidt ausgehende Erklärung der oberschlesischen Geistlichkeit gegen den „Kathol.“ ist von ca. 250 schlesischen katholischen Geistlichen unterschrieben worden. 90 oberschlesische katholische Geistliche haben ihre Unterschrift verweigert und dadurch zugegeben, daß sie Anhänger der Polenbewegung und der „Kathol.“-Partei sind. Was sagt K o p p dazu ?? Es wurde berichtet, daß seine Kom-Expedition auch die Besprechung dieser Angelegenheit bezwecke. —

Aus Meiningen, 17. März. (Fig. Ber.) Der Meiningener Landtag, dessen reaktionäre Mehrheit bei Beginn der Tagung Mitte Februar unsere vier Parteigenossen bezwogen von der Theilnahme an den Kommissionen ausschloß, weil diese nicht den offiziellen Kirchgang vor Eröffnung des Landtages mitgemacht hatten, ist letzten Sonnabend geschlossen worden. Und wie die erste, so beging auch die letzte Sitzung eine Vergewaltigung der sozialdemokratischen Minorität. Unsere Genossen hatten nämlich beantragt, daß die Finanzkommission, welche an dem neuen Staats-Beamtenbesoldungsgesetz volle 3 Wochen berathen hatte, ihren Bericht an den Landtag schriftlich geben solle. Dies entsprach nicht dem Willen der zum Theil aus höheren Staatsbeamten bestehenden Landtagsmajorität und so ließ diese den Antrag glatt durchfallen. Unsere Genossen verließen hierauf die Sitzung, da sie es nicht verantworten zu können vermeinten, daß diese den Staat im jährlichen 172 000 M. mehr belastende Vorlage in wenigen Stunden durchgeprüft werde von demselben Landtage, der gegen die nur zu berechtigten Klagen der armen Poltschütter und Schieferbruch-Arbeiter des Waldes taub war. —

Einzigart. 18. März. Nach zweitägiger Debatte hat die Kammer der Abgeordneten bei der Berathung der Verfassung-Revision den Regierungsantrag auf Einführung von Proportionalwahlen zum Erfolge der aus der zweiten Kammer ausstehenden Privilegien mit 54 gegen 29 Stimmen angenommen, also nicht mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit. —

Strasburg i. G., 17. März. (Fig. Bericht.) Die Reichstags-debatten über das elsass-lothringische Diktaturregiment führten zu einem kleinen Nachspiel im Landesausschusse. Der lothringische Deputirte D i t s c h wendete sich mit scharfen Worten gegen die Art und Weise, wie der Ober-Regierungsrath D a l l e y, der Bevollmächtigte des elsass-lothringischen Bundesrathes, die Ausführungen der reichsständischen Abgeordneten über die Wirkungen des Diktaturparagraphen im Reichstag belächelt und die gegenwärtigen innerpolitischen Zustände elsass-lothringens verteidigt hat. „Wir haben hier und im Reichstag, so führte D i t s c h an, durch unsere Vertreter den Wunsch ausgesprochen, der Diktaturparagraph möge aufgehoben werden. Der Komit muß, der den Paragraphen verteidigt? Der Herr Geheim-Regierungsrath D a l l e y, dem wir jährlich 20 000 M. zahlen. Diese Haltung ist zum mindesten taktlos. Für eine solche Arbeit brauchen wir keinen Vertreter beim Bundesrat. Herr D a l l e y ist ein Strohhalm, er sitzt am Reichstisch (weiterleit) und da soll er auch bleiben.“ — Das Herr Staatssekretär v. P u t t k a m e r, der spiritus rector des Diktaturregiments, seinen Schildknappen unter seinen Schutz nahm, überascht nicht. Die Art und

Weise aber, wie er dies that, war nicht gerade ritterlich. Er meinte, man könne augenblicklich noch gar kein Urtheil über die Rede Halley's fällen, weil der stenographische Bericht jener Reichstagsverhandlung noch nicht vorliege. Der Herr Staatssekretär befindet sich in diesem Punkte jedoch in einem gewaltigen Irrthum, da das amtliche Stenogramm der in betracht kommenden Reichstagsverhandlung längst zu haben ist. Herr v. Puffamer hat sich in diesem Falle ebenso schlecht unterrichtet gezeigt, wie in der Affäre Kreisdirektor Peuce. Auch dort waren eine Anzahl von Dingen noch nicht zur amtlichen Kenntniss des Staatssekretärs v. Puffamer gekommen, welche die Späher schon seit Wochen von den Dächern gepiffen hatten. Mag dem nun sein, wie ihm wolle, bequem ist eine derartige Kampfweise für die Regierungsvorsetzer auf jeden Fall.

Aus Baden, 18. März. (Fig. Ber.) In dem seltsamen Soldatenfeldmord, über den bereits telegraphisch berichtet wurde, ist immer noch keine befriedigende Erklärung erfolgt; doch hat, offenbar unter dem Einfluß der von der Parteipresse langzten Artikel, am Montag eine befriedigende Ausgrabung und Obduktion der Leiche stattgefunden. Diefelbe soll nun, wie verlautet, ergeben haben, daß der betreffende Rekrut sich wirklich erhängt hat. In dies der Fall, dann wieweit sich aber die Unterfrage auf, weshalb hat sich der Rekrut Weichold erhängt? Der „Volksfreund“ hat sich der Aufklärung des Falles angenommen. So viel ist schon heute absolut sicher, daß der Rekrut Weichold ein „Halbidiot“ war. Dieser Ausdruck wird in einer Mittheilung der Militärbehörde an das Amtsgericht in bezug auf den Weichold gebraucht. Die Obduktion der Leiche hat auch ergeben, daß Weichold Wasser im Gehirn hatte. Trotz dieser Abnormitäten und obwohl der Bürgermeister des Heimatortes von Weichold die Militärbehörde zweimal gewarnt haben soll, den halbidiotischen Menschen einzuliefern, geschah dies doch. Für den halbidiotischen Menschen einzuliefern, geschah dies doch. Für den Augenblick muß die durch die „Neue Badische Landeszeitung“ angeforderte Erklärung der Untersuchungs-Kommission abgewartet werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich gestern die Frau Emma Schwesefel geb. Wümel vor der ersten Strafkammer am Landgericht II. zu verantworten. Die Verhandlung lieferte wieder einmal den Beweis, daß ein erheblicher Theil der Denunziationen wegen Majestätsbeleidigung auf die niedrigsten Instanzen im Menschen, auf Häß und Rachsucht zurückzuführen ist. Die Angeklagte, die jetzt in Berlin wohnt, war früher Zeitungsaussträgerin in Rixdorf. Hier lernte sie den Bildhauer Winden und dessen Ehefrau kennen, wofür letztere sich ebenfalls mit Zeitungsausstragen befahnte. Inzwischen bestand eine intime Freundschaft zwischen der Frau Schwesefel und den Eheleuten Winden. Im Sommer vorigen Jahres schlug diese Freundschaft in bittere Feindschaft um und nun zeigten die Eheleute Winden bei der Staatsanwaltschaft an, daß Frau Schwesefel im Februar 1898 den Kaiser beleidigt habe. Es sei von einem Artikel im „Vorwärts“ die Rede gewesen und dabei habe Frau Schwesefel Bemerkungen gemacht, welche sie als schwere Beleidigung des Kaisers hätten auffassen müssen. Wie aus dem öffentlich verkündeten Urtheil hervorging, hat es der Gerichtshof für befremdlich erachtet, daß sich das patriotische Gewissen der Denunzianten erst nach Jahr und Tag und nach eingetretener Feindschaft regte. Nach so langer Zeit sei nicht anzunehmen, daß der Wortlaut des Gespräches den Belastungszeugen noch genau im Gedächtniß halte, das Zeugniß derselben habe daher wenig Werth und so rechtfertige sich die Freisprechung der Angeklagten.

Die Thär. Tribüne in Erfurt schreibt: An einem Herbstabend vorigen Jahres angetrunken nach Hause kommend, stieß der Handarbeiter Theodor Ballin gegen eine Kommode. Hierdurch fiel die auf derselben stehende Gipsfigur (ein Mitglied der kaiserlichen Familie darstellend) herunter und ging in Trümmer. Die Gattin des Angetrunkenen schrie diesen wegen der Demolition zur Rede. Ballin erging sich darauf in schwer beleidigenden Auslassungen bezüglich jenes durch die Gipsbüste dargestellten Mitgliedes der kaiserlichen Familie. Durch Handbewegung kam die Sache später zur Anzeige. Die vor der Strafkammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit Verurtheilung zu 6 Monaten Gefängniß. Die Staatsanwaltschaft hatte 9 Monate Gefängniß und sofortige Verhaftung beantragt.

Wegen fahrlässigen Pressevergehens (§ 21) ist vom Landgerichte Naunheim am 14. Januar der Buchdruckereibesitzer Hermann Max Großmann in Seiffenriederstraße zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Er beschlagnahmte achtzehn Personen und druckte verschiedene periodische Druckchriften, darunter vier böhmische und auch die in Warnsdorf erscheinende „Nordböhm. Volksstimme“. In einer Nummer dieses Blattes erschien ein Artikel, der nach Ansicht des Gerichtshofes eine Beleidigung des deutschen Kaisers enthielt. Der Thäter, d. h. der Redakteur konnte in Deutschland nicht zur Verantwortung gezogen werden, da er in Böhmen wohnte. Das Gericht zog daher den Drucker wegen Fahrlässigkeit delictelles (die betreffende Nummer soll auch in Sachsen Verbreitung gefunden haben) zur Verantwortung und erkannte auf die erwähnte Strafe. Die Revision des Angeklagten, der eine Fahrlässigkeit bestritt (das Landgericht hat ausgesprochen, er hätte den Artikel prüfen müssen, zumal er wußte, daß das Blatt sozialdemokratisch ist), wurde am 11. d. Mz. vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Ein Ueberfall auf deutsche Soldaten in Rio de Janeiro. Aus Thintausort wird dem „Vol. Anz.“ vom 18. März, vormittags 9 Uhr telegraphirt: „Der Unteroffizier Schumann hatte mit zwei Seesoldaten den Abbruch der von den Befehlshabernschaften bald nach ihrer Landung erbauten Telephonlinie zu besorgen. Als er nun in dem Dorfe Konstantino den bei den Abbrucharbeiten beschäftigt gewesenen Kulis ihren Lohn auszahlen wollte, mußte er zu diesem Zwecke acht Dollars in kleineres Geld umwechseln lassen. Hierbei bemerkten der Wächter und die ihn umringenden Chinesen, daß Schumann noch eine größere Summe in seinem Besitz hatte. Dies erregte ihre Begehrlichkeit. Sie folgten den Soldaten, als diese einer anderen Arbeiterkolonne nachmarschirten, in einiger Entfernung, verhielten sich indes so ruhig, daß die Besorgten nicht den geringsten Verdacht schöpften. Plötzlich aber stürzten sie sich gleichzeitig von hinten auf die Soldaten, ergriffen ihre Gewehre und versuchten, die Ueberraschten niederzuwerfen, in der Absicht, sie ihrer Beute zu berauben. Zum Glück gelang es dem Unteroffizier Schumann, sein Seitengewehr zu ziehen. Er versetzte damit einem der Angreifer einen Dieb über den Kopf, gleichzeitig feuerte der Seesoldat Schilling, der zur Erde geworfen war und sein Gewehr mit aller Gewalt vertheidigte, im heftigsten Muth und ohne anzuschlagen, einen Schuß ab, durch den ein Chinese tödtlich verwundet wurde. Nun war es mit dem Muth der übrigen Angreifer vorbei; in wilder Jagd jagten sie davon. Die frei gewordenen Soldaten wollten ihnen in begreiflicher Erregung sofort ein paar Schüsse nachsenden, doch Unteroffizier Schumann verbot es ihnen, und so gelang es den Häuptern, einzuweichen und unbefellig zu entkommen. Die deutschen Soldaten sind völlig unverletzt. Nach diesem aufregenden Zwischenfall wurden die Abbrucharbeiten umgehend fortgeführt und beendet. Nach erstatteter Meldung an den Gouverneur Truppel leitete dieser sofort eine Untersuchung ein.“ Dies wird noch lange nicht der letzte derartige Zwischenfall sein.

Oesterreich.

Prag, 17. März. In der Plenarversammlung des deutschen Vereins besprach der Oberlandmarschall-Stellvertreter Lippart die politische Lage; er hob die einzelnen Vorgänge der jüngsten Sprachenverordnungen hervor und sagte, es wäre ungerath, den guten Willen des Herrschers v. Gausch nicht anzuerkennen; die Verordnungen seien jedoch im ganzen keineswegs danach angehen, bei den Deutschen in Böhmen Befriedigung zu erwecken. Er (Redner) erachte es für unannehmlich, die deutsche Sprache als Staatssprache zu erklären, er befürworte als Amtssprache ausschließlich die Verkehrssprache des betreffenden Sprachgebietes. Er beweihe, daß die Obstruktion die verlangte gesetzliche Regelung

bringen würde. Das Ministerium thut, so führte Redner aus, bide einen Öffnungsschimmer für verfassungsmäßiges Regieren.

Die bürgerlichen Deutschen scheinen sich demnach auf den Frieden mit dem Grafen Thun einzurichten.

Schweiz.

Bern, 17. März. Der Bundesrath wird der Bundesversammlung demnächst einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Maschinengewehrs-Abtheilungen vorlegen, wonach vier Maschinengewehr-Schützenkompagnien mit je acht Maschinengewehren errichtet und der Armeekorps-Kavallerie beigegeben werden sollen.

Bärich, Mitte März. (Fig. Ber.) Der Bundesrath hat sich mit der vor etwa 1 1/2 Jahren vom Eisenbahner-Verband gemachten Eingabe um Revision des Ruhetags-Gesetzes von 1890 beschäftigt und beschloffen, derselben zum Theil zu entsprechen. Die tägliche maximale Arbeitszeit soll demnach von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt werden, während die Eisenbahner den Feiertag verlornten; die Vorlage ermächtigt jedoch den Bundesrath, unter bestimmten Verhältnissen eine weitere Reduktion von der Bundesversammlung zu verlangen. Die Dauer der Dienstbereitschaft darf für das Lokomotiv- und Supperpersonal 14 Stunden, für Barriären-Wärterinnen 12 Stunden, für das übrige Personal, sofern die Amts-Wohnungen in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstelle angeschlossen sind, 16 Stunden, und bei Fehlen solcher Wohnungen 15 Stunden nicht übersteigen. Frauenpersonen dürfen im Nachtdienst (10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens) nicht Verwendung finden. Die Ruhetage müssen volle 24 Stunden umfassen und um mindestens 6 Stunden verlängert werden, wenn ihnen nicht unmittelbar oder kurz vorher eine Pause vorhergegangen ist. Das Gesetz findet auch auf das Personal der Post- und Telegraphenverwaltung Anwendung. Die Eisenbahner werden mit diesen Verbesserungen voraussichtlich nicht zufrieden sein und wohl die Bundesversammlung zu weiterem Entgegenkommen zu bewegen suchen.

Frankreich.

Paris, 18. März. Die diesjährigen großen Manöver zwischen dem 8. und 13. Armeekorps werden in den Departements Cher, Allier und Nièvre stattfinden. 27 Reiterregimenter werden daran theilnehmen.

Dänemark.

Im Folkething fand jetzt der sozialdemokratische Antrag zur Debatte, den allen Kriegern von 1848 eine Ehrengabe zu bewilligen. Auch Christensen (Radikaler) empfahl den Antrag. Es leben etwa noch 15 000—16 000 alte Krieger. Wenn jedem 100 Kronen bewilligt würden, wären 1 500 000—1 600 000 Kr. erforderlich. Die Konfervativen und auch Finanzminister Hörring sprachen gegen den Antrag. Es sei nicht zu empfehlen, Staatsmittel für solche Zwecke zu verwenden. Dagegen erklärte sich der Minister einverstanden, wenn ihm eine Summe zur Verfügung gestellt würde, von der bedürftige Krieger eine Unterstützung erhalten könnten.

Griechenland.

Athen, 17. März. Kardhi und Giorgis haben Berufung eingelegt gegen den Beschluß des Anklagenaths, durch welchen ihre Sache an das Schwurgericht verwiesen wird. Ein Ingenieur mit Namen Andreandis wurde wegen Zugehörigkeit zu dem antiodonastischen Klub verhaftet. Andere Verhaftungen sollen bevorstehen. Kardhi versicherte wiederholt, daß er nicht Organ dieses Klubs sei, sondern auf eigenen Antrieb gehandelt habe.

Amerika.

Ueber die Differenzen mit Spanien liegen heute wieder zahlreiche Meldungen vor, so aus Washington die folgenden:

Den beiden Kammern des Kongresses ist gestern ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, wonach der Bestand der Armee auf 108 000 Mann erhöht werden soll. Nach einer Depesche des „New-York Herald“ aus Washington werden zwei neue Geschwader gebildet werden. Das eine soll aus Panzerschiffen und Kreuzern bestehen und einen etwaigen feindlichen Angriff auf die nördlichen Häfen zurückweisen, das andere wird aus Monitoren zusammengesetzt sein und die südlichen Häfen zu vertheidigen haben.

Der Flottenausschuß des Repräsentantenhauses genehmigte einstimmig die Vorlage, durch welche die Regierung zum Bau von sechs neuen Torpedobooten und sechs Torpedoboots-Zerstörern ermächtigt wird.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New-York telegraphirt: Senator Proctor, der bekanntlich auf Kuba weilte und jetzt von dort zurückgekehrt ist, machte im Senat sensationelle Angaben bezüglich der barbarischen Kriegsführung von Seiten der Spanier auf Kuba, und erklärte die Mission des Marschalls Blanco als einen vollständigen Fehlschlag.

Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Spanien bessern sich allmählich. Es wurde eine Vereinbarung erzielt, von den Vereinigten Staaten solle zur Lösung der Kubafrage bis nach den kubanischen Wahlen am 28. April nichts gethan werden. Spanien werde zunächst angegangen werden, Kuba die Unabhängigkeit zu gewähren, nur im Falle der Ablehnung werde der Präsident den Kongress ersuchen, weitere Schritte zu thun. Spanien erbiete sich, den Aufständischen alles zuzugestehen, nur solle die spanische Flagge auf der Insel wehen. Der Vorschlag werde erwogen.

Am Bord des dem New-Yorker „Journal“ gehörenden Dampfers „Anita“ sind der „Internationalen Kor.“ zufolge in Havana acht Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses eingetroffen, welche für die „notleidenden Kubaner“ auf 6 Monate je 50 000 Dollars hinterlegten. Spanischerseits wird dies als eine direkte Geldunterstützung für die Aufständischen angesehen.

Der Madrider „Imparcial“ meldet, die spanische Torpedoflotte bleibe bei den Kanarischen Inseln, um einen Kreuzer zu erwarten, der sie nach Kuba begleiten werde.

Freigesprochen wurde von der Oberinstanz jener Sheriff Martin, der beim letzten Bergarbeiterstreik von Pennsylvania in Baltimore auf die ahnungslosen Streikenden hat schießen lassen.

Parlamentarisches.

Im Seniorenkongress des Reichstages wurde heute beschlossen, die zweite Beratung des Flottengesetzes am nächsten Mittwoch auf die Tagesordnung des Reichstages zu setzen. Im Anschluß daran wird sofort die dritte Beratung des Gesetzes vorgenommen werden. Nach Erledigung dieser Vorlage soll dann die zweite Beratung des Marine-Gesetzes stattfinden, der sich die dritte Beratung des Gesamt-Gesetzes anschließen soll. Man hofft bis zum 31. d. M. mit dem Flottengesetz und dem Etat fertig zu werden. Alsdann werden die Osterferien beginnen, deren Dauer vorläufig bis zum 19. April in Aussicht genommen ist. Wenn noch andere Arbeiten vor den Ferien erledigt werden können, so sollen die rückschließenden Wahlprüfungen, sowie das Gesetz betreffend die Entschädigung unschuldig Verurtheilter zur Beratung im Plenum gelangen. Nächsten Montag und Dienstag gelangen die noch rückschließenden Etatshefte, außer dem Marine-Stat, zur zweiten Beratung. Außerdem beschäftigte sich der Seniorenkongress mit einer Anregung des Abg. v. Bennigsen, dem Kaiser die Mittel zur Errichtung eines Denkmals für den Kaiser Friedrich zur Verfügung zu stellen. Mit Ausnahme des Abg. Singer, der für die sozialdemokratische Fraktion es ablehnte, einen derartigen Antrag zu unterstützen, werden die Senatoren der übrigen Parteien den Antrag stellen, Reichsmittel für diesen Zweck zu bewilligen. Für die Kosten des Denkmals sind 300 000 M. in Aussicht genommen.

In der Budgetkommission des Reichstages fand heute der Etat der Verwaltung der Eisenbahnen zur Beratung. Die Einnahmen, 73 440 000 M., wurden bewilligt. Bei den Ausgaben traten die Abgg. Dr. Hammacher und Werner dafür ein, daß die Betriebssekretäre durchweg als Eisenbahnsekretäre angestellt

werden. Geh. Rath Wackerjapp widerspricht diesem Verlangen. An die Eisenbahnsekretäre werden höhere Anforderungen gestellt. Abg. Goller bringt zur Sprache, daß Betriebssekretäre wegen Unterzeichnung einer Petition an den Reichstag, deren Fassung missfallen habe, in Strafe genommen worden seien. Der Reichstag habe die Pflicht, für diese Beamten einzutreten, damit ihre berechtigten Wünsche erfüllt werden, die dahin gehen, daß sie im Gehalt den Eisenbahnsekretären gleichgestellt werden, daß ihnen das Aufsteigen in die höheren Gehaltsstufen der letzteren ermöglicht werde und daß diejenigen Betriebssekretäre, welche nach mindestens 25-jähriger Dienstzeit noch nicht einmal das Gehalt der höchsten Stufe von 3540 M. beziehen, am 1. April 1898 in den Genuß desselben gebracht werden.

Abg. Dr. Hammacher kündigt eine Resolution an, welche diesen Wünschen Rechnung tragen soll. Geh. Rath Wackerjapp rechtfertigt die Disziplinarstrafe der Petenten. Sie hätten sich in einem Tone über die vorgesetzte Behörde geäußert, der strenge Rüge erfordere. Im Interesse der Disziplin mußte die Bestrafung erfolgen. In das Disziplinarverfahren einzugreifen stehe dem Reichstag nicht zu. Abg. v. Bennigsen tritt dieser Auffassung bei. Das Ordinariat des Etats wird darauf bewilligt. Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

Kommissionen zur Vorberathung der Postnovelle. In der Sitzung am Donnerstag gab v. Poddelski eine Statistik der Personalverhältnisse der Privatposten, sowie die ihm aus der Reihe der Interessenten zugegangenen Vorschläge zur Zeitungsstarif-Reform. Ferner werden die Postverhältnisse der Lokalposten, die Höhe des Lokalportos; die Postverwaltung wünscht, daß diese Mittheilungen vorläufig secret behandelt werden mögen.

Aus der Kommission wird der Wunsch kundgegeben, die Höhe des Lokalportos nicht auf dem Wege des Reglements, sondern durch das Gesetz festzulegen. Die Regierung wendet sich dagegen.

Von Seiten der Kommissionsmitglieder wird wiederholt ausgeführt, daß die vorgeschlagene Reform doch gar zu geringfügig sei, um sich damit zufrieden zu geben. Es seien so große Mängel vorhanden, die endlich doch einmal zu beseitigen seien. Dazu gehören in erster Reihe auch die Reform des Zeitungsstarifs, des Kleinverkehrs mit Postanweisungen, der Ermäßigung des Bestellgeldes auf dem platten Lande und der internationalen Vereinbarung in bezug auf die Erhöhung des Minimalgewichtes der Briefe u. a.

Die Regierung erklärt, daß beabsichtigt sei, das Porto für Postkarten und Druckfachen im Nachvertheil herabzusetzen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird Absatz 1 des Artikels I (Erhöhung des Gewichtes für den einfachen Brief von 15 auf 20 Gramm) einstimmig angenommen.

Am Freitag beginnt die Beratung mit Abs. 2 des Artikels I, nach welchem der Reichstanzler ermächtigt sein soll, den Geltungsbereich der Ortsbriefstape auf Nachbarorte auszu dehnen, welche durch den Verkehr eng verbunden sind.

Es wird bemängelt, daß bei der projektirten Zusammenlegung der Orte jedes Prinzip fehle, worauf die Regierung erklärt, daß ein solches gar nicht möglich sei; man müsse sich nach den thatsächlichen Bedürfnissen richten.

Ein Antrag, den Abs. 2 als besonderen Artikel zu bezeichnen, wird angenommen, ebenso die Streichung des Schlusses: „welche durch den Verkehr eng begrenzt sind“, wodurch eine Erweiterung der Ermächtigung des Reichstanzlers bezweckt ist.

Die Diskussion über die Ausdehnung des Postregals auf geschlossene Briefe im Ortsverkehr (Artikel III) wird eröffnet. Von freisinniger Seite wird eine Darstellung gegeben, daß heute die Angelegenheiten der Privatpost zum Theil besser gestellt sind, als die Angelegenheiten der Staatspost. Wenn das Bestellen geschlossener Briefe den Privatposten entzogen würde, so müßten die meisten dieser Anstalten ihren Betrieb einstellen. Die Regierung müsse sich erklären, was dann mit den Privatangelegten werden solle, wie man sich die Entschädigung denke.

Die Regierung fährt darauf folgendes an. Nach Ermittlungen werden durch die Ausdehnung des Postregals 146 Beamte und 1418 Unterbeamte voraussichtlich entlassen, davon sind 73 Beamte verheirathet, ebenso 737 Unterbeamte. Es dürfte sich ein Nothstand finden lassen, entweder durch Entschädigung oder durch Uebernahme der betreffenden Beamten.

Der sozialdemokratischen Seite wird erklärt, daß sie prinzipiell mit der Ausdehnung des Postregals einverstanden sei. Was die Entschädigung betreffe, so seien die Unterbeamten unter allen Umständen zu berücksichtigen, vielleicht auch die kleineren Anstalten. Die größeren Gesellschaften würden schon einen Ausweg finden, um ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Keineswegs könne es unsere Aufgabe sein, den Aktionären ihre Dividenden zu erhalten. Die Regierung möge sich erklären, wie sie sich die Entschädigung denke. Jedenfalls sei auch eine größere Sicherheit in bezug auf andere Reformen im Postvertheil (Nachvertheil) zu geben, wenn es der Regierung an der Verabschiedung des Gesetzes in nächster Zeit liege.

Von Seiten des Zentrums wird erklärt, daß, wenn die Ansprache eine solche Ausdehnung gewinnen, wie vom Vorredner vorgetragen, so sei schwerlich an eine Zustimmung des Hauses zu denken.

Fortsetzung: Dienstag, den 22. März.

Die sechste Kommission des Reichstages gelangte gestern bei Fortsetzung der zweiten Lesung der Novelle zur Zivilprozess-Ordnung bis § 580, bei welchem mit geringer Mehrheit die Regierungsvorlage wieder hergestellt wurde. Morgen wird voraussichtlich die zweite Lesung beendet werden.

Märzfeier.

Mit ihrem Märzfeier-Verbot hat die Altonaer Polizei diesmal den Vogel abgeschossen. Es war eine öffentliche Versammlung angemeldet worden zum 50-jährigen Gedächtniß der Märzrevolution des Jahres 1848. Darauf erhielt der Einwohner Zölge vom Polizei-Kommissar ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Nachdem durch das hier verbreitete Flugblatt mit der Ueberschrift: „Warum feiert das arbeitende Volk das Jubiläum der Revolution von 1848?“ ein Programm für die von Ihnen angemeldete, am heutigen Abend in Koppelmann's Salon abzuholdende öffentliche Versammlung veröffentlicht ist, welches dieselbe nicht als eine feindliche im Sinne des Artikels 29 der Preussischen Verfassung charakterisirt, wird diese Versammlung im Interesse der öffentlichen Ordnung hierdurch verboten.“

Zunächst sei bemerkt, daß das in dem Verbot erwähnte Flugblatt mit der Versammlung nichts zu thun hat, es ist von dem Genossen Weinheber herausgegeben, der als Verleger die Verantwortung trägt, und weiter ist in dem Flugblatt mit keiner Silbe von jener Versammlung die Rede.

Ganz mit Recht bemerkt das „Hamb. Echo“: „Der Art. 29 der preussischen Verfassung giebt lediglich allen Preußen ein Recht, sich zu versammeln: es giebt aber dem Bürgermeister von Altona kein Recht, durch einige Federstriche das Versammlungsrecht der Preußen in Altona wieder zu konfiszieren. Eingeschränkt wird das im Art. 29 der preussischen Verfassung gewährleistete Versammlungsrecht lediglich durch das preussische Vereinsgesetz, d. h. durch die Verordnung über die Verhütung eines der öffentlichen Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850.“

Inzwischen hat die Altonaer Polizei eine zweite Versammlung verboten, diesmal aber im — „Interesse der öffentlichen Ordnung“.

Die Magdeburger Polizei hat ebenfalls das ihrige gethan, um in den Arbeitern das Bewußtsein zu erhalten, daß die Gedächtnißfeier der 1848er Revolution durchaus nichts anachronistisches, sondern im Gegentheil etwas sehr zeitgemäßes ist. So verbot sie das Ankleben der Plakate, die auf rothem Papier gedruckt die Ankündigung einer Volksversammlung mit der Tagesordnung: Rede des Reichstags-Abgeordneten Frij Kunert, Berlin: Der 18. März, enthielten. Die paar Worte: Der 18. März, waren die Ursache, daß die Plakate nicht angeklebt werden durften. Ferner wurde die Abhaltung des Kongress, das mit der Volksversammlung verbunden werden sollte, verboten und zwar „zur

Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung". Nach diesen Ausgeklügeln konnte es nicht verwundern, daß die Volksgesamtheit selbst auf gelöst wurde. Reichstags-Abgeordneter Kuntz hatte etwa 10 Minuten gesprochen. Als er gesagt hatte: „Diese Gefährten sind nicht tot, ihr Geist lebt, lebt weiter im Geiste der Revolution, der die Völker führt“ — da erscholl die Aufführungsformel und die Versammlung mußte auseinandergehen.

Daß in Leipzig und zwar sowohl im Stadt- wie im Landkreise die Märzfeierlichkeiten verboten wurden, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Aus Dresden wird uns telegraphisch, daß die März-Nummer der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ konfisziert worden ist.

So hat man wieder in einer Reihe von Orten der Ehreung der für die Freiheit und Einheit Deutschlands in den Tod gegangenen Volkskämpfer vom Jahre 1848 allerlei Hemmnisse und Störungen bereitet. Und man wird fortfahren, bis die Organisation der Arbeiterklasse so fest und damit ihr Einfluß auf die politischen Verhältnisse so groß geworden ist, daß man auf das polizeiliche Bevormundungs- und Unterdrückungssystem verzichten wird.

Partei-Nachrichten.

In der katholischen Stadt Aachen wurde am Montag Nachmittag der Parteigenosse Kreutzer unter großer Theilnahme der aufgeregten Arbeiterklasse zur letzten Ruhe gebracht. Die Solinger und Krefelder Parteigenossen hatten Deputationen geschickt, und die gegenwärtig im Rheinlande weilenden Parteivorstandsmitglieder Kruer und Gerisch waren ebenfalls erschienen, um dem langjährigen Kampfgenossen die letzte Ehre zu erweisen. Das Begräbnis zeigte aber auch, wessen der Haß der Gegner fähig ist. Der ganze Weg vom Sterbehause bis zum Friedhofe war von einer nach Tausenden zählenden johlenden, schreienden und Karnevalslieder und Gassenhauer singenden Menschenmenge umfäumt, durch die sich der Leichenzug nur mit großer Mühe fortbewegen konnte. Lediglich der Besonnenheit unserer Parteigenossen ist es zu danken, daß es nicht zu Thätlichkeiten kam, die man fortwährend in gemeiner Weise zu provozieren suchte. Einen großen Theil der Friedensfeier stellte das Bürgerthum. Die Schuld an dem empfindlichen Vorkommnis ist der ultramontanen Presse zuzuschreiben, die durch ihre Hysterien die Gläubigen zur Verfolgung der Andersdenkenden systematisch erzieht. Jetzt sucht sich dieselbe Presse zu salivieren, indem sie die Störung der Begräbnisfeier als Handlung des „Pöbels“ bezeichnet. Aber das mindert nicht das Sündenregister des Ultramontanismus, denn was er jetzt in der Gelegenheit „Pöbel“ nennt, das bezeichnet er bei anderen Gelegenheiten emphatisch als „das gute treue katholische Volk“. Treffend sagte Kruer in seiner Ansprache: Unser nun verstorbener Genosse hat auch für die gekämpft, die heute noch in thörichte Verblendung seine Leiche geküßert haben. Kreutzer ist tot; auch uns wird einen nach dem andern der Tod ereilen; die Menschen kommen und gehen, aber der Geist, der heute bereits Millionen beherrscht, bleibt und er wird nicht ruhen, bis er sich die Menschheit erobert hat und Gend und Niedertracht verschwunden sind!

In Sandow, einem 4—5000 Einwohner zählenden Vororte von Kottbus, beteiligten sich an der Gemeinderaths-Wahl in der dritten Klasse ganze 17 Wähler. Diese gaben ihre Stimme sämtlich unserem Parteigenossen Paul Richter, der sonach einstimmig gewählt ist.

In Glebichenstein bei Halle a./S. wurden, wie uns telegraphisch gemeldet wird, die Parteigenossen Gummer und Kaiser mit 192 und 276 Stimmen in den Gemeinderath gewählt. Die gegnerischen Kandidaten erhielten 116 und 81 Stimmen.

Bei der Gemeinderathswahl in Soldan in Thüringen wurden in der 3. Klasse sämtliche Kandidaten unserer Parteigenossen gewählt.

In Groß-Otterleben wurde der Parteigenosse August Hoppe mit 67 von 86 abgegebenen Stimmen als Vertreter der 3. Klasse in den Gemeinderath gewählt.

Politikalisches, Gerichtliches etc.
— Wegen Verleumdung des Landraths v. Puttkamer-Farrnstein wurde in Magdeburg der frühere verantwortliche Redakteur der „Volkstimme“, Genosse Baumüller, zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Beantragt war 1 Monat Gefängnis. — Im Schaufenster der Buchhandlung der „Volkstimme“ waren zwei Plakate, enthaltend die Einladung zum Besuche einiger Volksversammlungen, derart angebracht worden, daß sie von der Straße aus gelesen werden konnten. Dadurch soll die Strafpolizei-Verordnung vom Jahre 1892 übertreten worden sein. Der Verleger der „Volkstimme“, Genosse Garbaum, wurde deshalb in eine Geldstrafe von 20 M. genommen.

Die März-Feier

der Berliner Arbeiterklasse.

In zehn der größten Säle Berlins, nicht eingerechnet die der Vororte, fand sich gestern Abend die Arbeiterklasse der Hauptstadt zusammen, um die Freiheitskämpfer von 1848 zu ehren. Und in Waffen waren sie erschienen, die Männer und Frauen des Volkes; die Lokale waren überfüllt, viele von ihnen wurden polizeilich abgesperrt. Ueber die einzelnen Versammlungen liegen uns folgende Berichte vor:

Der erste Reichstags-Wahlkreis hielt die Feier in Cohn's Festsaal ab. Der große Saal war dicht gefüllt und wurde frühzeitig abgesperrt. Genosse Limm referirte hier über die 48er Volkserhebung und forderte die Anwesenden auf, jenen Kämpfern nachzueifern.

In der Berliner Ressource, wo die Genossen des dritten Kreises sich versammelt hatten, sprach Genosse Wolfgang Heine, der in trefflicher Weise die Ereignisse jener Tage schilderte. Der geräumige Saal und die Logen waren dicht besetzt. Die Versammlung, die in bester Weise verließ, trennte sich mit einem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Der große Saal von Bickel in der Hasenhalde war bis zum letzten Platz gefüllt. Ueber 2000 Personen, darunter viele Frauen, lauschten mit größter Aufmerksamkeit den interessantesten geschichtlichen Darlegungen des Genossen Leo Krons, der die Reaktion von 1848 den Errungenschaften der Revolution von 1848 gegenüberstellte. Unter lebhaftem Beifall schloß er mit einem Mahnruf, einzutreten für die hehren Ziele der Sozialdemokratie.

Die Versammlung im Konzerthaus Sanssouci war bereits geraume Zeit vor 8 Uhr polizeilich abgesperrt, so daß Hunderte keinen Einlaß finden konnten. Das Referat hatte hier der Genosse Singer übernommen, der in vortrefflicher Weise, durch lebhafteste Zustimmungsbewegungen häufig unterbrochen, die Ursachen der 1848er Revolution, sowie die politischen und wirtschaftlichen Zustände der Gegenwart beleuchtete. Zum Schluß verwies der Redner auf die bevorstehenden Reichstagswahlen und forderte die Versammelten auf, das Andenken der Märzgefallenen dadurch zu ehren, daß die Sozialdemokratie eine bedeutende Stimmenzunahme zu verzeichnen hat, um dadurch der Reaktion, die wiederum in festerer Weise mehr denn je ihr Haupt erhebt, ein Paroli zu bieten. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung.

Die in Keller's Saal abgehaltene Versammlung war eine äußerst imposante. Um 8 Uhr war der Saal, obwohl die Tische entfernt wurden, vollständig besetzt; auch die Gallerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt, und kurz nach 8 Uhr erfolgte die polizeiliche Absperrung des Lokals. Der Gesangsverein „Niedersiedler" leitete die Feier stimmungsvoll ein durch den Vortrag des Liedes: „Mann der Arbeit, aufgemacht!" und des Sozialistenmarsches. Der Redner, Reichstags-Abgeordneter Wurm, zeichnete in kräftigen Linien ein anschauliches Bild der bürgerlichen Revolutionsbewegung und schloß unter großem

Beifall unter dem Hinweis auf das stetige Anwachsen der Macht der Arbeiterklasse mit dem Herwegh'schen Wort: „Unser die Welt, trotz alledem." Mit einem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie endete die Versammlung.

Die Genossen des fünften Wahlkreises begingen die Feier im Schützenhaus. Lange vor Beginn mußten die Tische entfernt werden, um Platz zu schaffen für die Reuankommenden. Die Feier wurde eingeleitet durch einige Gesänge des Gesangsvereins „Freie Liebertafel". Frau Lily Braun hielt sodann den Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Vorsitzende gedachte noch der historischen Bedeutung des Lokals „Altes Schützenhaus". Mit dem Massengefang der Arbeiter-Marxistika schloß die Versammlung.

Der sechste Wahlkreis hatte, entsprechend seiner großen Ausdehnung, vier Lokale belegt.

In der Kronenbrauerei in Moabit sprach Reichstags-Abgeordneter Voght vor einer von weit über 1000 Menschen besuchten Versammlung, welche den schwingenden Ausführungen des Redners in erfrischender Stimmung lauschte. Nicht endenwollender stürmischer Beifallsjubiläum erhob sich, als der Redner die Thatsache mittheilte, daß Wilhelm Liebknecht schon heute, am Tage seiner Entlassung aus dem Gefängnis, wieder seinen Platz im Reichstage eingenommen habe. Die würdige Feier wurde in stimmungsvoller Weise eingeleitet und beendet durch den gelungenen Vortrag einiger vom Gesangsverein „Moabiter Sangesbrüder" produzierter, dem Charakter des Tages angemessener Lieder. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Im Kolberger Salon waren über 1000 Personen versammelt und schon lange vor festgesetzter Zeit mußten die Tische aus dem Saale entfernt werden; kurz nach 8 Uhr wurde die polizeiliche Absperrung verfügt. Hier hatte Genosse August Bebel das Referat übernommen, welcher einleitend Grüße vom Gen. Liebknecht überbrachte, der bereits um 7,5 Uhr frisch und munter im Reichstage sich vorgefunden habe. (Stürmischer Beifall.) Weiter führte er aus, daß auch der Reichstag heute seine Märzfeier — wenn auch unfreiwillig, hervorgerufen durch die Sozialdemokraten — gehabt habe und zwar gelegentlich der Debatte über die Militär-Strafgesetze. Es waren diese Stunden, so bemerkt Redner, mir die angenehmsten meiner 30jährigen parlamentarischen Thätigkeit. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Stürmische Pausen rief auch hier die Mittheilung Bebel's hervor, daß im Reichstage die Teilnehmer an der 48er Revolution als Gestirne bezeichnet wurden. Nachdem Redner noch auf die bevorstehenden Wahlkämpfe verwiesen, schloß er mit den Worten: An die Waffen, auf zur Wahl, auf zum Kampf und auf zum Sieg!

Die Genossen der Rosenhaler Vorstadt tagten im Söwinemünder Gesellschaftshaus. Genosse Kiesel gab in trefflicher Weise eine gedrängte Schilderung der 48er Bewegung. Der Saal war dicht gefüllt, so daß schon um 8 Uhr die Tische entfernt werden mußten, um immer neuen Besuchern Platz zu machen. Später erfolgte die polizeiliche Absperrung. Der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und auf den „Soldaten der Revolution", Wilhelm Liebknecht, die Versammlung.

Der Berliner Preater war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt, so daß Tische und Stühle entfernt werden mußten. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung die Märzgefallenen durch Erheben von den Plätzen. Der Referent Genosse Ledebour schloß seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Aufforderung, daß jeder sich den Genossen Liebknecht, der heute als Opfer des Kampfes gegen die Reaktion das Gefängnis verläßt, zum Vorbild nehmen möge. Mit begeistert aufgenommenem Hoch trennte sich die Versammlung.

In Charlottenburg („Bismarckhöhe") hielt Genosse Zudeil das Referat, dessen Ausführungen mehrfach von lautem und anhaltendem Beifall unterbrochen wurde. Eingeleitet wurde die Versammlung durch einen feierlichen Gesang des Gesangsvereins „Vorwärts". Hierauf erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen, um das Andenken der Märzgefallenen zu ehren. Schon lange vor Beginn der Versammlung mußten die Tische aus dem Saale entfernt werden. Das weibliche Geschlecht hatte sich in großer Anzahl eingefunden. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die von über 1000 Personen besuchte Versammlung.

Die sehr gut besuchte Volksversammlung in Friedrichsberg feierte nach Eröffnung die Volkskämpfer für Freiheit und Recht durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hielt Genosse Dr. Lütgenau den mit großem Beifall begleiteten Vortrag, wobei er namentlich die Erfolge der Arbeiterklasse seit den fünfziger Jahren behandelte. Mit einem Hoch auf die Freiheitskämpfer schloß die Versammlung.

Die Demokraten Berlins hielten bereits am 17. ihr Märzfeier unter zahlreicher Theilnahme im Keller'schen Saale ab. Auf der Bühne erhob sich aus einer Gruppe dunkelgrüner Blattpflanzen das schwarz-roth-goldene Banner des Berliner Arbeitervereins. Mit Musik und Gesang wurde die Feier eröffnet und geschlossen. Professor Quide hielt die von wahrhaft demokratischem Geist durchwehte Festrede, die oft von stürmischem Beifall unterbrochen wurde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Kupferschmiede beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten. In einer Versammlung, die sie am 14. d. M. abhielten, wurde beschlossen, einen Minimallohn von 45 bzw. 50 Pfg. pro Stunde zu fordern. Zunächst sollen die einzelnen Werkstätten darüber abstimmen und das Resultat bis zum 19. März an den Vertrauensmann der Kupferschmiede gelangen lassen. Sodann sollen die Forderungen den Unternehmern unterbreitet werden. Zur Leitung der Bewegung wurde eine Agitationskommission von 7 Mitgliedern gewählt. — Einem Gewohregelten wurde eine Unterstützung aus dem Dispositionsfonds bewilligt. Den Schuhamacher bewilligte man 50 M.

Eine Versammlung arbeitsloser Bau-Hilfsarbeiter, von etwa 200 Personen besucht, tagte am Donnerstag Vormittag in Feuerstein's Saal. Payer Dietrich beleuchtete in seinem Referat die Schäden, welche den Bauarbeitern aus der Bauplulation und dem Bauwindel erwachsen und machte den Anwesenden klar, daß nur eine starke Organisation, die den Bau-Hilfsarbeitern leider noch mangelt, in stande sei, derartigen Mißständen mit Erfolg entgegenzutreten. Nach einer zustimmenden Diskussion gelangte eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution zur Annahme.

Achtung, Tabakarbeiter! Den Mitgliedern der Central-Krankenkasse und des Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter zur Nachricht, daß das Kassenlokal von der Fehrbellinerstr. 84 nach der Kuppinerstr. 42 (Eingang Schönholzerstraße) verlegt ist. Montag, den 21. März, findet dort die erste Kassenstunde statt. Dieselben sind wie bisher Montags von 7 bis 10 Uhr. J. A.: Carl Butry.

Die Tischlerien für Ladeneinrichtungen von Fett, Neu-Weiskense, Gubav Adolffstr. 15 und 160 sind wegen Differenzen gesperrt. Der Bevollmächtigte.

Deutsches Reich.

Der Vorkott über die Brauerei Landsberger in Gilsenbürg ist von den Arbeitern aufgehoben, da den Arbeitern die Wiedereinstellung gesichert ist und für die Brauer eine 10prozentige und für die Brauerei-Arbeiter eine zehnprozentige Lohnerhöhung und besondere Bezahlung der Ueberstunden gewährt worden ist.

Die Streikbrecher angeworben werden, erzählt uns eine Zufahrt aus Altenburg. In der dortigen Maschinenfabrik von Weichien verstanden vor einigen Tagen zwei sehr gut gekleidete Herren mit den Arbeitern in Verbindung zu treten. Einer Einladung dieser Herren wurde von den Arbeitern Folge geleistet und nun hießte sich heraus, daß die beiden Herren Reisende einer Crimmitschauer Maschinenfabrik waren, die in der Konkurrenz mit

den Arbeitern den Versuch machten, diese zu bewegen, als Streikbrecher in die Crimmitschauer Fabrik einzutreten. Die Herren hatten mit ihrem Bemühen kein Glück, denn die Arbeiter gehörten alle der Organisation ihres Berufes an und ließen die Herren gehörig abblitzen. Die Sache wird noch ein kleines Nachspiel erhalten, da der Altenburger Fabrikant die Herren wegen ihrer sauberen Manipulationen vor Gericht zur Verantwortung ziehen will.

Die Leipziger Banunternehmer haben in gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen, die Verhandlungen mit den Maurern insofern deren ablehnender Beschlüsse bezüglich der Akkordarbeit zwar als gescheitert zu betrachten, doch nicht von den früher getroffenen Vereinbarungen über Lohn und Arbeitszeit zurückzutreten. Einstimmig wurde beschlossen, vom 14. April ab die 9 1/2 stündige Arbeitszeit auf allen Baustellen einzuführen und 52 Pfg. Mindeststundenlohn für Maurer und Zimmerleute zu zahlen. Auch daß von Mitte März 1899 ab an der neunstündigen Arbeit bei 55 Pfg. Stundenlohn festgehalten werden soll, ist beschlossen worden, letzteres aber nur unter der Bedingung, daß in der Zwischenzeit Streiks irgend welcher Form seitens der Maurer und Zimmerleute nicht „provocirt" werden.

Arbeitermaßregelung durch behördlichen Einfluß. Unser Königsberger Parteigänger gibt uns Lissit einen für die Ausübung polizeilicher Bevormundung recht bezeichnenden Vorfal bekannt. Es heißt dort:

Ein hiesiger Genosse, Mitglied des Verbandes der ungelerten Arbeiter, arbeitete auf einem Bau hier selbst. Am 7. d. M., kam nun der Polizeiergeant B. zu seinem Arbeitgeber und wollte denselben veranlassen, ihn zu entlassen, da er Sozialdemokrat sei. Doch scheint er damit keinen Erfolg gehabt zu haben, denn die Entlassung erfolgte nicht. In einem zweiten Falle war es der Polizeiergeant M., welcher die Versammlung des genannten Verbandes auflöste, weil ein Genosse, der nicht Mitglied desselben ist, in der Versammlung des Verbandes anwesend war. Doch nicht genug damit. Am anderen Morgen, als der Genosse noch schlief, kam der Polizist zu seinem Meister, der Schuhmacher ist, und fragte, „ist der B. zu sprechen?" „Nein, der schläft noch," wog die Antwort des Meisters; darauf sagte der Beamte: „Solch einen Menschen müssen Sie nicht beschäftigen, das ist ein Sozialdemokrat, den müssen Sie sofort rauschmeißen." — „Das kann ich nicht, meinte der Meister, dann gehen mir alle fort. Wollen Sie dann bei mir arbeiten?" „Ganz egal, erwiderte darauf der Polizist, Sie kommen sonst auch auf die schwarze Liste." Nun, er mußte auch hier mit einer Nase abziehen, das staatsretterische Werk gelang ihm nicht.

In Hainichen bei Pößendorf (Blauencher Grund) ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Die Veranlassung dazu gab die plötzliche Entlassung eines Hainers, welcher unter seinen Kollegen Stimmung für Forderung eines höheren Lohnes zu machen versuchte. Deshalb griff die Direktion der Hainichenen Steinkohlenwerke sofort zu dieser Maßregelung. Vorläufig sind von einer Schicht 45 Mann nicht angefahren. Der Ausstand droht aber, wenn die Direktion nicht nachgeben sollte, größere Dimensionen anzunehmen.

Der Streik der Maurer und Zimmerer in Eberswalde dauert unverändert fort. Streikbrecher sind auch bis jetzt nicht zu verzeichnen. Nun werden von den Zimmermeistern, da es an Zimmergehilfen fehlt, überall Tischler gesucht, die ihnen die dringendsten Arbeiten fertig machen müssen, was ja auch einigen Meistern gelungen ist. Wir ersuchen daher alle Tischler, Eberswalde zu meiden. Der Geist unter den Streikenden ist ein guter und hoffnungsvoller, der zur Annahme berechtigt, daß der Sieg in kurzer Zeit für die Ausständigen eintreten muß.

Wegen Lohndifferenzen treten in Wald bei Solingen 35 Mann der Firma Grosmann in den Ausstand. Die Ausständigen sind sämtlich organisiert.

In Esch haben die Maurer eine Lohnerhöhung von 85 auf 40 Pfg. gefordert, die aber von den Unternehmern abgelehnt wurde. Wahrscheinlich wird es zum Ausstand kommen.

Die Tischler haben fast allgemein eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden erreicht.

Die Lohnbewegung der Schneider in Bismar ist zu gunsten der Arbeiter beendet. Die Löhne sind im allgemeinen 5 bis 10 Pct. erhöht, und auch die Arbeitszeit ist um eine Stunde verlängert.

Von der Bleisfabrik in Erdmannsdorf befinden sich noch 81 Mann im Ausstand. Die Fabrikanten haben bis jetzt 12 polnische Arbeiter und eine Arbeiterin bei 1,40 M. Tagelohn eingestellt. In der letzten Versammlung der Streikenden wurde beschlossen, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die gerechten Forderungen der Arbeiter bewilligt sind. Briefe und Sendungen sind zu richten an Tischler Julius Krause, Zillertal 13.

Ausland.

Der Streik der Wiener Zimmergehilfen ist, wie die Wiener „Arb.-Ztg." mittheilt, thatsächlich beendet. Die Erhöhung des Tagelohns für gelernte Zimmergehilfen von 1 fl. 60 kr. bis 1 fl. 80 kr. auf 2 fl. ist auf den Werkplätzen allgemein durchgeführt. Nur auf einigen Plätzen, die mit Streikbrechern besetzt waren, sind die neuen Abmachungen noch nicht anerkannt, doch dürfte dort in einigen Tagen ebenfalls Ordnung gemacht sein. Auf dem Ausstellungsplatze werden 2 fl. 20 kr. und mehr bezahlt. Die „Arb.-Ztg." erwähnt die Zimmerer, nun an die Ausübung ihrer Organisation zu gehen.

In Prag ist eine Lohnbewegung unter den Steinmetzen, die in der Zahl von 600 Mann an einem großen Brückenbau beschäftigt sind, im Gange.

Soziales.

Andermishandlungen. In Köln hat der Kaplan Fischer an St. Peter einen zehnjährigen, schwächlich entwickelten Knaben wegen einer Ungehörigkeit mit ca. 30 Stockhieben auf das Gesicht geschlagen und dann in unmenslicher Weise am Halse gewürgt. Die „Rheinische Zeitung", die den Fall mittheilt, erklärt, sie habe des öfteren schriftliche und mündliche Mittheilungen über Mißhandlungen von Schulkindern durch Geistliche erhalten.

Arbeiter-Risiko. Ein schwerer Unglück wird aus Pesth gemeldet. Bei einem dreitägigen Neubau fiel das ganze Gerüst zusammen, wodurch etwa 100 Personen in die Tiefe stürzten. Sechs Arbeiter wurden lebensgefährlich, viele schwer verletzt. Zwei Arbeiter werden vermisst.

In Sandau in der Rheinpfalz stürzte eine Scheune ein, die abgebrochen werden sollte. Wenn mit den Abbrucharbeiten beschäftigte Maurer wurden unter den Trümmern begraben. Wie gemeldet wird, sind drei todt und die übrigen schwer verletzt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

London, 18. März. (W. T. W.) Unterhauf. Bei der Einzelberathung des Marine-Claes weist bei dem Posten „Lohn" der Erste Lord der Admiralität, Goschen, die neuliche Behauptung Sir Charles Dilke's, daß England im Schiffsbau von Frankreich und Rußland überflügelt sei, zurück und erklärt: Dilke behauptete, daß vom Jahre 1893 bis 1896 England sieben Schiffe von 65 000 Tonnen Gehalt, Frankreich und Rußland elf Schiffe von 98 750 Tonnen gebaut hätten. In der That sei dieser Zeitraum willkürlich gewählt und daher nicht maßgebend. Von 1893 bis zur Gegenwart, einschließend der in diesem Monat vollendeten Schlachtschiffe habe England vierzehn Schiffe mit 199 400 Tonnen Gehalt, Frankreich und Rußland ebenfalls vierzehn mit nur 136 000 gebaut. Er wolle indeh nicht leugnen, daß die beiden letztgenannten Mächte sehr gelungene Versuche auf dem Gebiete des Schiffbaues gemacht hätten. Goschen erklärt, die Idee eines nationalen Establishments für Herstellung von Panzerplatten begünstige er nicht. Die Effectiver Fabrikanten seien im Grunde, fast so viel Panzerplatten herzustellen, wie alle großen Fabriken Europa's zusammenzunehmen.

Verlag von Max Pading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

wären die Berliner Kämpfe nicht notwendig gewesen, dann brauchen wir einen Bismarck nicht, um die deutsche Einheit herzustellen. Aber weil der König von Preußen sein Wort veranbort hat, sein Verprechen... (Ungeheurer Lärm rechts, wiederholte Rufe: Freiheit! Zur Ordnung! Glocke des Präsidenten, v. Quos rufen den Redner zur Ordnung, tobender Beifall rechts.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend): Meine Herren, ich will dann (Anderer: Säen auf der rechten Seite, sehr viele Abgeordnete haben sich erhoben. Abg. **Kardoff** ruft fortwährend „sehen“.) Meine Herren ich will dann auf das Wichtige des Herrn Kriegsministers, daß unter meiner Führung es in den Jahren 1866/7 noch schlimmer gegangen wäre, nicht eingehen. — Daß das Junkertum damals die Niederlage Preußens verschuldet hat, ist unabweisbar. Das Junkertum war seit Jahrhunderten die herrschende Klasse in Deutschland und alles Fortschrittliche, was die Regierung Preußens in dieser Zeit geleistet hat, konnte stets nur gegen den heftigsten Widerstand des Junkertums durchgehen. Aber die meisten deutschen Fürsten hatten nicht die Kraft und nicht den Muth, es mit dem Junkertum aufzunehmen und so ist dieses schuld an dem ganz verrottenen Staatssystem, das dann die Katastrophe von 1866 herbeiführte. (Sehr wahr! links. Große Unruhe rechts.)

Präsident **v. Quos**: Ich muß bemerken, daß auch das, was der Herr Redner jetzt ausgeführt hat, in keiner Weise zum § 172 gehört. Abg. **Bebel** (fortfahrend): Das gebe ich zu (große Heiterkeit), man hat mich aber herausgefordert und ich habe das Recht, mich zu vertheidigen. Die Herren von der Rechten und insbesondere Herr v. Puttkamer haben wiederholt davon gesprochen, daß ich aus einzelnen Fällen heraus das ganze Offizierskorps angriffe. Ich habe indes ganz ausdrücklich betont, daß jeder Mann aus dem Volke, ob Offizier oder Bürger, so lange in meinen Augen ein Ehrenmann ist, bis er durch eine Handlung das Gegentheil bewiesen hat. Das ist, meine ich, klar genug, aber da es denn doch solche Individuen giebt, deshalb wird dieses Gesetz gemacht. Wie groß die Zahl der Fälle ist, bleibt ja ganz außer Betracht, wenn auch nur ein Fall in fünf Jahren vorkommt, so muß dieser Fall so getroffen werden, wie er von bürgerlichen Gerichten getroffen wurde. Natürlich muß ich einzelne Beispiele anführen. Herr v. Puttkamer und seine Freunde haben ja auch seinerzeit bei der Wörtenvorlage nicht behauptet, daß die gesammten Preussischen Soldaten, Vorkämpfer und Schwärmer seien, Sie haben aber gesagt, es giebt unter den Böhmen ein paar faule Subjekte, und die wollen wir treffen, um die ehrlichen Leute zu schützen. — Ich habe auch nicht bestritten, daß unsere Offiziere tüchtig sind, sondern habe nur ihren Verdienst 1870 das Verdienst des Volkes hervorgehoben. Es wäre ja auch traurig, wenn die Leute, die von Jugend auf für das Handwerk erzogen sind, es hernach nicht verstehen. Wir Sozialdemokraten sind nicht aus Kriegsakademien erzogen worden, haben keine militärischen Studien gemacht; wenn wir das aber thun wollten und müßten, dann könnten wir es genau so gut, wie die Herren da drüben von Gottes Gnaden und wie die Edelsten der Nation. (Sehr gut! und Heiterkeit links.)

Ueber den § 172 ist ja nun auch heute wieder disputirt worden und besonders die Herren Gröber und Spahn haben nachzuweisen gesucht, wie schwer es sei, im Sinne der Regierungsvorlage zu handeln. Nun, ich meine, dieselben Schwierigkeiten sprechen gegen den Antrag der Kommission. Es ist ganz unmöglich, daß ein Laie all das im Augenblick beurtheilen kann, was der Entwurf verlangt. Es wäre ja gut, wenn in der Schule etwas mehr Gesehendes statt anderer Dinge getrieben würde, damit die Leute, wenn sie ins Leben treten, wissen, was sie als Staatsbürger für Rechte und Pflichten haben. Das ist aber nicht der Fall und es können deshalb noch häufig Irrthümer vorkommen. Zum Schaden derjenigen, die man von rechtswegen schützen soll.

Nun komme ich noch auf einen Haupttrumpf des Herrn v. Langen. Er meint, wir alle nehmen doch die Immunitätsbestimmungen des Artikel 31 der Verfassung für uns in Anspruch. Herr v. Langen, hätten Sie diesen Artikel nur gelesen, so hätten Sie ihn hier nicht erwähnt, denn er paßt absolut nicht her. Er lautet: Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Unteruchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn er bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen ist. — Das ist ganz etwas anderes, denn wenn ich bei einer Verleumdung im Privatgespräch erlatzt werde, ist hiernach meine Immunität verloren. Ihr Beispiel trifft also nicht im geringsten zu. Doch meine Herren, es sind genug der Worte gewechselt, laßt uns Thaten sehen: freichen Sie die Nr. 3 des Paragraphen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Puttkamer** (links): Ich will in dem leidenschaftlichen Tone des Abg. **Bebel** nicht fortfahren. Wer diesen leidenschaftlichen Ton gehört hat, wird wohl die Hoffnung ausgeben müssen, daß die Sozialdemokratie jemals eine friedliche Reformpartei werden wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr **Bebel** fällt seine Worte, wenn er behauptet, ich hätte gesagt, die Revolutionäre von 1848 seien ausländisches Gesindel gewesen. Ich habe nur gesagt, ausländisches Gesindel hat unser braves Volk verführt. (Auf links: Das ist ganz dasselbe.) Ich lege Werth darauf, festzustellen, daß Herr **Bebel** die Würdebehalte angefangen hat mit seiner Verherrlichung der Revolution. (Sehr richtig, rechts.) Der Krieg von 1870/71 war notwendig, um den Erbfeind endlich einmal gründlich zurückzuwerfen. Es ist wahr, daß das Junkertum 1848 ein Rückgrat für das Königthum gebildet hat. Wäre das nicht der Fall gewesen, so wären wir zu Zuständen gekommen, wie in Frankreich am Ende des vorigen Jahrhunderts. Es liegt mir fern, auf die Leute einen Stein zu werfen, die in ihrer Verblendung sich gegen den König von Gottes Gnaden und die Obrigkeit von Gottes Gnaden vergangen haben. Aber ich will doch hervorheben, daß es der mildherzigen Güte des Königs Friedrich Wilhelm IV. zu danken war, daß nicht noch mehr Blut geflossen ist. Herr **Miquel** brauche ich nicht zu vertheidigen, wir schätzen ihn als hervorragenden Staatsmann und königstreuen Mann. Was er in seiner Jugend gethan hat, kommt für uns gar nicht in Betracht. Herr **Bebel** hat heute das Offizierskorps seiner Hochachtung versichert, mit dieser Hochachtung stimmt das sonstige Verhalten des Abg. **Bebel** gar nicht überein. (Bravo! rechts.)

Abg. **Dr. Kropatschek** (L.): Der Abg. **Bebel** verdient unseren Dank dafür, daß er diese Frage aufs Tapet gebracht und in dieser Weise behandelt hat. Es etwas von hohlerem Wohlwille habe ich hier noch nicht gehört. So etwas verträgt sich nicht mit der Würde des Parlaments, das gehört vielleicht in Volksoberanstaltungen. Aber wir sind ihm doch dafür dankbar, weil wir ihm antworten können. Auch wir danken etwas dem 18. März 1848, nämlich, daß er uns die feste, unerschütterliche Armee gebracht hat, die Armee, die in jenen schweren Tagen bewiesen, was Treue und Mannhaftigkeit bedeutet, die Armee, der wir die Siege von 1866, 1870—71, der wir die Größe und Macht des Deutschen Reiches verdanken. (Beifall! rechts.) Auch wir denken mit Stolz an den 18. März 1848, an die glorievolle Rolle, die unser tapferes Heer damals spielte, als es müthig und ohne Besinnen in Treue zu seinem König gegen das ungetreue Volk kämpfte. (Großer Beifall! rechts.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Meine Herren, es freut mich außerordentlich, daß ich die kalte Schulmeisterstatur des Herrn **Dr. Kropatschek** einmal so in Rage gebracht habe; ich glaube, er hat in seinem ganzen Leben noch nicht so geredet. Wenn er nun glaubt, mir zu besonderem Dank verpflichtet zu sein für das, was ich heute hier hervorgehoben, so kann ich ihm meinerseits sagen, daß ich mit dem Verlaß dieses Tages ganz außerordentlich zufrieden bin. (Zurufe.) Und wenn die Herren da drüben ebenfalls damit zufrieden sind, nun, dann würden sich ja ganz ausnahmsweise einmal die Extreme zusammenschließen.

Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, Herrn **Dr. Kropatschek**, dem gelehrten Schulmeister, gegenüber mit seiner großen Geschicklichkeit. (Zurufe des Abg. **Kropatschek**: Die hat ein Drehschneidmesser auch nicht! Große Heiterkeit. Abg. **Bebel** lächelt milde.) Der Schluß seines Satzes geht in der Unruhe verloren.) Ich habe ja, was ich über den 18. März und seinen Zusammenhang mit den folgenden geschichtlichen Ereignissen zu sagen hatte, genügend

gesagt. Eine Verständigung mit den Herren da drüben ist selbstverständlich vollkommen ausgeschlossen. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Interessirt bei der ganzen Sache hat mich nur, daß der Sozialdemokrat, der an sich keine Veranlassung hat, der Verherrlicher einer bürgerlichen Revolution zu sein (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), nahezu der einzige Vertheidiger dieser bürgerlichen Revolution hier war — abgesehen von dem Abg. **Mundel** —, und daß die Parteien, die Jahrzehnte lang auf dem Boden der Erregenschaften dieser Revolution standen, die Männer des Nationalvereins, die als ihr Hauptziel in den 60er Jahren es betrachteten, die Reichsverfassung von 1849 auf das Deutsche Reich zu übertragen, vollständig schweigen und all die Beschimpfungen, die gegen das deutsche Bürgerthum und die Revolution geschleudert worden sind, in Scham nehmen. (Sehr wahr! links.) Abg. **v. Bennigsen** meldet sich zum Wort. Große Heiterkeit und wachsende Erregung; die Abgeordneten stehen in Gruppen um den Redner.) Zu einem stumme ich Herrn **v. Puttkamer** vollständig zu: Wahr ist, das preussische Junkertum hat, nachdem es sich nach den Märztagen von seinem ersten Schreden erholt, wieder Rückgrat gehabt, mehr Rückgrat wie das deutsche Bürgerthum, und so ist diese schöne Revolution schmachlich zu grunde gegangen. (Beifall links, große Unruhe rechts.) Die Herren Junker sind allerdings für ihre Interessen müthiger eingetret, wie das deutsche Bürgerthum es leider bis heute noch nicht fertig gebracht hat. Denn wenn das deutsche Bürgerthum den Muth gehabt hätte, den Sie (nach rechts) stets bewiesen haben, dann wären Sie heute nicht mehr auf der Bildfläche. (Sehr wahr! links; große Erregung rechts.) Herr **v. Puttkamer** hat dann wieder die Herren von Gottes Gnaden angerufen. (Zurufe.) Ach, meine Herren, schweigen Sie doch darüber! Wer hat denn die Fürsten von Gottes Gnaden im Jahre 1866 zum Teufel gejagt? (Witwenlanger Lärm.) Das Volk? Das war ein Fürst von Gottes Gnaden, der damalige König von Preußen, und wenn man so mit seinen eigenen Herren Vettern von Gottes Gnaden anfräumt, dann hat auch das Volk das Recht, eines Tages ebenso auszuräumen. (Tosender Beifall links; Schreie und Aufregung rechts.)

Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Und reden Sie nur auch nicht gar zu sehr mehr von Ihrem Muth im Jahre 1848; Sie haben wohl vergessen, daß damals der Prinz von Preußen so eilig wie möglich sich aus dem Staube machte, als Pöhlsson verließ. (Die fortgesetzte Unruhe wird wieder stärker.) Lassen Sie nur nicht die Erinnerungen wach, die bieten gerade kein schönes Bild Ihrer Rolle in der damaligen Zeit. (Zurufe; andauernde Erregung.) Was die weitere Bemerkung des Herrn **v. Puttkamer** anlangt, so steht meiner Methode die Ihrige gegenüber; die Methode der sorgfältigen Unteruchung von Dingen, die ich nie gesagt. So lange Sie keinen Beweis für Ihre Behauptungen bringen, erkläre ich sie für Verleumdungen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall links; große Unruhe rechts.)

Abg. **v. Bennigsen** (nost.): Wir kennen den Abg. **Bebel** als einen Mann, der im Gegensatz zu manchen seiner Parteigenossen beinahe alle bürgerlichen Parteien in eine einzige reaktionäre Masse zusammenwirft, um freie Bahn zu bekommen für den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, dessen Entstehung Herr **Bebel** ja für das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts angeht hat. (Beifall rechts.) Ich würde heute das Wort nicht ergriffen haben, wenn Herr **Bebel** in seiner letzten Rede mich und meine Freunde nicht geradezu provoziert hätte. Herr **Bebel** hat behauptet, die gesammte nationale Thätigkeit meiner Freunde basire im wesentlichen auf den Erfolgen der Berliner Revolution von 1848. Und diese wollten wir nun verleugnen, obgleich wir lediglich durch sie Jahre lang in dem neuen deutschen Reichthum hätten thätig sein können. Nein, so liegen die Dinge denn doch lange nicht. (Beifall rechts.) Das allerdings ist zweifellos: die Februar-Revolution in Paris, die ganz unerwartet, unvorbereitet auf sämmtliche europäische Staaten überging, die wie ein Gewitter und Erdbeben durch ganz Europa zog, hat einen Theil des alten Europa's zu Grabe getragen; da, wo man versucht hat, nachträglich das Alle wieder herzustellen, wie in Stalien, da ist die Katastrophe noch viel schneller und viel gründlicher gekommen. Das Jahr 1848 giebt uns einen neuen historischen Beleg dafür, daß große Veränderungen im Leben der Völker selten oder niemals ohne gewaltsame Erschütterungen vor sich gehen können; das ist ein Gesetz der Geschichte; und das ist auch durch jene Revolution in Deutschland bestätigt worden. (Allmählig wachsende Unruhe.) Aber, wenn Sie glauben (zu den Sozialdemokraten), weil Ihnen das so besser paßt, daß gerade der 18. März 1848, an dem ja leider das Königthum eine schwere Niederlage erlitten (Unruhe rechts) — nicht das Militär, das Militär hat über den Volkshäufen gesetzt (Beifall rechts), aber das Königthum hat eine schwere politische Niederlage erlitten — wenn Sie also glauben, daß gerade der 18. März 1848 für die Weiterentwicklung der Dinge in Deutschland, für die Umgestaltung Deutschlands, für die große Stellung, die Deutschland nachher noch gewonnen, verantwortlich zu machen ist, so irren Sie ganz bedeutend. (Beifall rechts; lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nein, auf all dies hat jeder Tag in Berlin nicht den geringsten Einfluß gehabt. Nur verhängnißvoll und furchtbar ist er gewesen. Und wenn Sie verlangen, daß wir mit Stolz an ihn zurückdenken sollen, so sage ich: nein, die Erinnerung für uns, das ist das Parlament in Frankfurt (Großer Lärm; Abg. **Bebel** schlägt mehrmals in Aufregung auf das Pult: Unglaublich!), zusammengeführt aus den besten Kräften des Volkes, aus den edelsten Männern der Nation. Ich sage also: die Bedeutung der Bewegung von 1848 zu leugnen, das wäre historisch eine Thorheit, sie ist ja dieselbe, die ihren Abschluß gefunden hat in den glorievollen Jahren 1870 und 1871. Aber nicht die Straßenkämpfe in Berlin, sondern die ganze Bewegung meine ich, die damals Deutschland ergriffen. (Beifall bei den Nationalliberalen; Schweigen bei den Konservativen.)

Es ist bereits erwähnt worden, welche Rolle damals dem nachmaligen Kaiser Wilhelm auferlegt worden ist, wie er stehend Berlin verlassen mußte, der Mann, der später an der Spitze des freigelegten Heeres unter dem Jubel des ganzen Volkes Vereinnendend zurufe links in Berlin einzog, der in der Geschichte eine Figur bildet für alle Zukunft, wie sie an erhabener und ehrentheilgebietender Bedeutung ihres Gleichen nicht hat. (Großer Beifall rechts; ironisches Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und an einen Mann müssen wir noch denken, wenn wir die Bedeutung jener Zeit erkennen wollen: Was es nicht der Junker Otto von Bismarck-Schönhausen, der damals als einer der entschiedensten Gegner der Straßenkämpfe dagestanden hat? (Großer Beifall rechts.) Und ist das nicht gerade ein Beweis dafür, daß jene Straßenkämpfe nur etwas Vorübergehendes bedeuteten (Lachen bei den Sozialdemokraten), daß dieser Mann gerade aus dem Kreis derjenigen hervorgegangen ist, die damals geschlagen und verfolgt wurden; dieser Mann, der bei der vollständigen Veränderung der Gesinnung des ganzen Volkes den König Wilhelm bewogen hat, die Existenz des preussischen Volkes dafür einzusetzen, daß aus dieser ungestalteten Bewegung das neue Deutsche Reich hervorgehe? (Tosender Beifall rechts.) Es war eben der ungeheure Zerichum, dem sich viele Achtundvierziger hingaben, und den Sie (zu den Sozialdemokraten) noch jetzt theilen, daß Sie glauben, mit Zustimmung des Auslandes, der Franzosen könne die Einheit des Deutschen Reiches begründet und aufrecht erhalten werden, daß Sie glauben, wenn die Fürsten erst alle vertrieben sind, dann würden auch die Franzosen mit uns feien, dann würde die allgemeine Volksverbrüderung stattfinden. Nein, Herr **Bebel**, der Gegensatz der Völker, die Eigenart der Völker wird bestehen bleiben, mag Regierung und Verfassung unter den einzelnen Völkern sein, wie sie wolle. Die Einheit und Größe des Deutschen Reiches ist das Werk großer Staatsmänner; jener Märztag in Berlin steht unserm Herzen nicht nahe. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ich hätte all das hier nicht vorgebracht. Aber gegenüber solchen Angriffen, in einer Leidenschaft und Gehässigkeit, wie sie hier im Reichstage wohl noch nie erlebt worden ist, glaube ich nicht schweigen zu dürfen, so wenig auch das, was ich sagte, mit dem vorliegenden § 172 zu thun hat. (Beifall rechts; große, lang anhaltende Unruhe; Abgeordnete stehen in Gruppen herum.)

Präs. **v. Quos**: Ich habe den Herrn Redner nicht unterbrochen, weil er persönlich provokirt worden war; ich bitte nun die folgenden Herren, die nicht persönlich betheilig sind, von einer weiteren Debatte über den 18. März abzusehen.

Abg. **Frhr. v. Stumm** (Rp.): Ich will den Abg. **Bebel** an den Fall erinnern, wo er den Hauptmann v. Strombeck in gefäßigster Weise ganz grundlos angegriffen hat. (In diesem Augenblicke wird auf dem Plage des Abg. **Bebel** ein Bouquet mit dunkelrothen Blumen und rother Schleife niedergelegt.) Die Grundlosigkeit der Angriffe **Bebel's** ist gerichtlich nachgewiesen worden.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Anti): Nach dem Finanzkrisis, den heute Herr **Bebel** gezeigt hat, ist große Vorsicht bei diesem Paragraphen am Plage. Von Herrn **Bebel** glaube ich, daß er sich im Falle eines Kampfes gleich todschießen lassen würde, nicht wie Herr **Bamberger** bei Kirchheimbolanden ausgerissen ist. Dem Abg. **Mundel** erwidere ich, daß Juden hervorragend bei der Revolution betheilig waren, freilich in nicht besonders muthvoller Weise. Sie haben jedenfalls von dem Waffmann gehört, der zwar unter den Linden den Kadetten die Kolarden abgerissen, sich aber als die Kugeln piffen, in den Strobsack einer alten Frau verbrochen hat. Aber die Liste der Barrikadenkämpfer jüdischer Abstammung ist lang. Redner verliest eine lange Reihe jüdischer Namen, wird aber schließlich vom Präsidenten unterbrochen.

Abg. **Bebel** (Soz.): Wir Sozialdemokraten, so ist gesagt worden, hätten bei dieser Debatte eine schwere Niederlage erlitten. Ich hatte zwar gar nicht die Absicht, als ich heute hierher ging, eine solche Debatte herbeizuführen. Aber ich bekenne, sie ist mein Werk und ich bin mit ihm sehr zufrieden. Es freut mich besonders, daß auf meine Provokation hin Herr **v. Bennigsen** sich über das Revolutionsjahr 1848 geäußert hat. Namentlich im ersten Theil seiner Rede hat er soviel Wahres und Richtiges über die Nothwendigkeit einer Revolution in damaliger Zeit gesagt, daß ich mit ihm völlig einverstanden bin. Herr **v. Bennigsen** glaubt nur, den 18. März von Berlin beiseite schieben zu können. Der 18. März von Berlin hängt eng zusammen mit dem 24. Februar von Paris, und wenn er glaubt, in dem französischen Parlament einen Rechtsboden gefunden zu haben, so sage ich, dieser Rechtsboden war die Frucht der Revolution, speziell des 18. März von Berlin, der auf den Gang und die Entwicklung der Dinge ganz entscheidenden Einfluß gehabt. Mit dem, was Herr **v. Bennigsen** über die Straßenkämpfe gesagt hat, dürfte wohl der neben ihm sitzende Abg. **Hammacher** nicht immer einverstanden gewesen sein. Erst kürzlich hatte ich einen vom Abg. **Hammacher** unterzeichneten Aufruf in der Hand, in welchem zu bewaffnetem Widerstande aufgerufen wurde. (Große Heiterkeit links.) Also sangen Sie nicht erst an abzuleugnen, Herr **v. Bennigsen**, Sie müßten sonst Ihre nächsten Freunde verleugnen. Herr **v. Bennigsen** hat dann von dem Junker **Bismarck** gesprochen, der es so glänzend verstanden hat, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Ich will mich mit Herrn **v. Bennigsen** nicht in einen Geschichtskrieg einlassen. Wenn er aber den Kaiser **Wilhelm I.** als Gründer des neuen Reiches gepriesen hat, so will ich ihn nur daran erinnern, wie viel Mühe es gekostet hat, ihn zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Das geht ja auch aus dem Tagebuch Kaiser **Friedrich III.** hervor. Und die Leute da drüben rechts, die sich heute so als Patrioten aufspielen — wie lange ist es denn her, daß sie gegen die deutsche Einheit aufgetreten sind, daß die „Neuz-Zeitung“ den deutschen Einheitsgedanken bekämpft hat. Nein, meine Herren, Sie brauchen nicht so viele ihm. Ihr deutsches Nationalgefühl ist ein außerordentlich junges. (Sehr richtig! links. Auf rechts: Sie haben gar keine.) Herr **Liebermann v. Sonnenberg** hat hier viele jüdische Namen ausgeführt. Er kann wenigstens den Juden nicht freigeibt vorwerfen. Da sie zu den Unterdrückten gehörten, ist die Theilnahme der Juden an der Revolution ganz erklärlich. Aber es gehört Mühe dazu, sich an einer revolutionären Bewegung zu betheiligen. Auch unter den Gefallenen ist ein Jude. Die Juden waren doch übrigens Deutsche, von keinem ist erwiesen, daß er nicht unter uns geboren und erzogen worden ist. Auch Abg. **v. Liebermann** hat kein einziges Exemplar jenes ausländischen Gesindels hier namhaft machen können.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Persönlich bemerken
Abg. **Mundel** (fr. Sp.): Herr **v. Liebermann** wird mir dankbar sein, daß ich ihm Gelegenheit gegeben habe, in der Anführung so lieber und ihm so lieblich klingender Namen förmlich zu schweigen. (Heiterkeit.) Mit Herrn **v. Stumm** wird hier historisch auseinandergesetzt, würde nicht erlaubt und wohl auch vergeblich sein. Wenn Herr **v. Stumm** Scham empfindet, so will ich ihn in diesem schönen, wohlthätigen und bei ihm wohl selten vorkommenden Gefühl nicht stören. (Große andauernde Heiterkeit links.)

Abg. **v. Liebermann** (Anti): Die Fülle der von mir aufgeführten Namen und der eine vom Abg. **Bebel** konstatierte Gefallene spricht für meine Auffassung.

Abg. **v. Stumm** (Rp.): Bei Herrn **Mundel** ist das Gefühl der Scham nicht nur selten, es scheint ihm völlig zu fehlen.

Abg. **Mundel** (fr. Sp.): Ich habe noch keine Veranlassung gehabt, mich zu schämen, daß ich an sich des Gefühls der Scham fähig bin, beweise ich dadurch, daß ich dem Abg. **v. Liebermann** nicht antworte. (Große Heiterkeit links.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag **Mundel** gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt, ebenso gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und einiger Mitglieder der freisinnigen Vereinigung der Antrag der Konservativen. Angenommen wird die Kommissionsfassung. Der Antrag der Sozialdemokraten ist damit gefallen.

Die folgenden Paragraphen werden debattelos in der Kommissionsfassung angenommen.

Die Abg. **Kuereu**, **Gen.** beantragen, hinter dem § 179 folgenden neuen Paragraphen 179a einzufügen:

Begründet der Inhalt einer periodischen Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, für welche nach § 20 Absatz 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter haftet, oder handelt es sich um Ermittlung der Person des Einsenders oder Verfassers einer Druckschrift oder eines Theils einer solchen, so sind Verleger, Redakteur und Drucker sowie deren zur Herstellung der Druckschrift verwendetes Personal berechtigt, das Zeugniß über die Person des Verfassers und Einsenders zu verweigern.

Abg. **Dürum** (Soz.): Unser Antrag liegt im Interesse der gesammten Presse. Der Redakteur nimmt denselben Vertrauensposten ein, wie ein Arzt oder Rechtsanwalt, denen die Wahrung des Berufsgeheimnisses vor Gericht zugesprochen ist. Die deutsche Presse ist die Vertreterin des Vertrauens des Volkes und sie muß verlangen, daß sie von der Tortur des Zeugniszwanges befreit wird. In letzter Zeit wird dieser Zwang besonders von der Militärbehörde gern benutzt, um den Redakteuren, den man sonst nicht packen kann, auf andere Weise zu schikaniren, weil er Dinge zur Sprache gebracht hat, die der Behörde unliebsam sind. Besonders unliebsam sind ihr aber Dinge, die auf Wahrheit beruhen und bei deren Mittheilung man gegen den Redakteur sonst nicht gerichtlich vorgehen kann. Man stellt dann die Vermuthung auf, daß dem Redakteur die wahren Mittheilungen von einem Beanteten geworden sind und eröffnet ein Disziplinarverfahren gegen „Unbekannt“. Der Redakteur wird als Zeuge geholt und vor die Wahl gestellt, entweder zum Verräther zu werden, oder sechs Monate lang zu sitzen. Diese Ausdehnung des Zeugniszwangsverfahrens auf Disziplinaruntersuchungen wird in der Praxis regelmäßig durchgeführt. Der Zweck ist natürlich, die Mittheilung der Wahrheit durch die Presse unmöglich zu machen. Dabei ist man nun schon beim Trückerlektion angekommen. Das Wort des jungen Mannes: „Ich will nicht zum Verräther werden,“ hat überall Widerhall gefunden. Gegen die „Frankt. Ztg.“ wurde von der Militärbehörde kürzlich ein Zeugniszwangsverfahren anhängig gemacht, nur weil sie mitgeteilt hatte, daß Truppen bei heißem Wetter Marschübungen gemacht hätten. Wir sind wahrhaftig von der Pressefreiheit, die vor 50 Jahren verheißt wurde, noch weit entfernt. Die Aufhebung des Zeugniszwanges ist die wichtigste

Mafregel, um die Pressefreiheit zur Wahrheit zu machen. Sie werden unseren Antrag heute ablehnen, aber wir kommen wieder. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebknecht bezieht in diesem Augenblick den Saal. Seine Parteifreunde begrüßen ihn auf das herzlichste. Auf seinem Plage liegt außer zahlreichen Begrüßungsgrammen ein schöner Strauß rother Rosen, von dem eine rothe Schleife herabhängt.

Abg. Gröber (Z) spricht sich gegen den Antrag Nuer aus, der nicht hierher gehöre.

Der Antrag Nuer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

§ 161 bestimmt: „Öffentliche Beamte und Personen des Soldatenstandes, auch wenn sie nicht mehr im Dienste sind, dürfen über Umstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Dienstverschwiegenheit bezieht, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörden oder der ihnen zuletzt vorgesetzten Dienstbehörde vernommen werden. . . Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines Bundesstaates nachtheillich wäre.“

Abg. Nuer u. Gnossen (Soz.) beantragen die Streichung des Paragraphen, oder wenn dieser Antrag abgelehnt werden sollte, folgendes hinzuzufügen: „Die Thatsachen, welche geeignet sei sollen, dem Wohle des Reiches oder eines Bundesstaates nachtheillich zu bereiten, sind dem Gericht anzugeben. Das Gericht ist zur Entscheidung darüber, ob die Verfolgung berechtigt ist, verpflichtet.“

Abg. Stolze (Soz.) begründet diese Anträge kurz mit dem Hinweis auf Spigel, die nicht ganz im Geiste des Patriotismus stehende Wirtschaften besuchen und dann denunzieren. Ueber solche Lokale wird der Militärboykott verhängt, und versuchen sich dann die Wirthe zu wehren, so wird die Aufgabe auf Grund solcher Bestimmungen verweigert. Deshalb sollte der Paragraph gestrichen werden.

Der Prinzipalanspruch und der Eventualantrag der Sozialdemokraten werden abgelehnt und § 161 unverändert genehmigt, ebenso die §§ 162—213.

§ 214 handelt von der Einnahme des Augenscheins. Die Kommission hat hier einen Zusatz beschlossen, nach dem dem Beschuldigten die Zuziehung von Sachverständigen freistehen soll.

Abg. v. Puffamer-Plauth (Konf.) beantragt Streichung dieses Absatzes. Durch Zulassung solcher Sachverständigen könnten leicht Personen Einblick in die Untersuchung erhalten, die man im militärischen Interesse fernhalten wollte.

Abg. Gröber (Z) tritt für Aufrechterhaltung des Absatzes ein. Es ist nur billig, daß der Angeklagte Sachverständige vorschlagen darf, die sein Vertrauen genießen. Auch die Regierung hatte gegen den Zusatz nichts einzuwenden.

Der Antrag Puffamer wird abgelehnt, § 214 unverändert angenommen.

§ 223 schließt die Vorlegung von Akten durch Behörden und Personen des Soldatenstandes aus, wenn deren oberste Dienstbehörde das Bekanntwerden dieser Gegenstände oder des Inhalts mit dem Wohle des Reiches unvereinbar erklärt.

Die Sozialdemokraten beantragen die Streichung des Paragraphen.

Dieser Antrag wird abgelehnt und § 223 unverändert genehmigt, ebenso §§ 224—231.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung bis Sonnabend 1 Uhr.

Außerdem: Gesetzbetreffend Entschädigung unschuldig Verurtheilter; Dampf-Subventionsvorlage. Schluß 5/4 Uhr.

Abgeordnetenhause.

50. Sitzung vom 18. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministerische: Thielens, Dr. v. Riquel.

Das Haus beginnt die Spezialberatung des Eisenbahn-Gesetzes.

Der Referent Abg. Müller (natl.) empfiehlt, zunächst eine Generaldebatte über die allgemeinen Fragen, wie Betriebsfähigkeit, Wagenmangel, Organisation, Ueberlastung, Anstellung und Dienstverhältnisse der Beamten vorzunehmen und sodann die speziellen Tarif- und Befoldungsfragen bei den einzelnen Titeln zu diskutieren.

Abg. Pfeil (Z) ist hiermit zwar einverstanden, will aber unter allen Umständen Vorfrage getroffen wissen, daß die Petitionen der Beamten zur Erörterung kommen.

Der Präsident bemerkt, daß dem bei der Besprechung der einzelnen Titel nichts entgegensteht, während der Referent darauf hinweist, daß eine Anzahl dieser Petitionen noch der Erledigung harret in der Budgetkommission.

Das Haus beschließt, die Debatte nach dem Vorschlage des Referenten zu gestalten.

Nach einer längeren Darlegung des Referenten über die in der Budgetkommission gefolgerten Verhandlungen, der er eine ausführliche historische Darlegung über die Entwicklung des preussischen Staatsbahnwesens vorausschickte, nahm das Wort der

Minister Thielens: Er dankt dem Hause für die Rücksichtnahme, die es ihm erwidert, Rede und Antwort zu stehen auf die Fragen, die sich gegenwärtig in den Vordergrund drängen. Das Bild von der finanziellen Lage der Staatsbahnen ist nach wie vor ein günstiges und der Ueberschuß wird im laufenden Jahre voraussichtlich seine größte bisher dagewesene Höhe erreichen. Leider werde die Freude hierüber getrübt durch eine Reihe schwerer Betriebsunfälle.

Eine sofort zur Untersuchung derselben eingesetzte Kommission habe dem dem Hause vorgelegten Bericht erstattet. Ein Fassus dieses Berichts ist falsch verstanden worden. Es habe ihm (dem Minister) ferngelegen, im allgemeinen der Presse und der Öffentlichkeit den Vorwurf der mangelnden Sachkenntnis zu machen. Allerdings seien vielfach Urtheile in der Öffentlichkeit geäußert, die auf mangelnder Sachkenntnis beruhten, und nur gegen diese sollte sich der im Bericht enthaltene Vorwurf richten, nicht gegen das öffentliche Urtheil allgemein. Soweit bis jetzt zu übersehen, werden im laufenden Jahre 530 Millionen an Ueberschüssen erzielt werden, wovon 98 Millionen auf Hessen entfallen, was dort hoffentlich kein Mißvergnügen erregen werde. Die Einnahmesteigerungen haben sich fortgesetzt, obwohl im vergangenen Jahre erhebliche Tarifherabsetzungen stattgefunden hatten, namentlich für Rohstoffe. Man könnte nun fragen, ob nicht übertriebene Sparsamkeit in früheren Jahren stattgefunden und etwa schließlich zu den Unfällen geführt hat. Diese Frage ist unbedingt zu verneinen. Was mit unbegründeten Vorwürfen in neuerer Zeit gegen den hochverdienten preussischen Beamtenkörper gefündigt wird, das ist geradezu himmelschreiend. (Sehr richtig!)

Die Befoldungsverhöhungen haben sich gegen das Vorjahr gesteigert von 1839 M. pro Kopf der Beamten auf 1438 M. und pro Kilometer von 9925 M. auf 10 410 M. Die Vorschriften über die Dienstverhältnisse der Beamten sind bei uns von ausländischen Bahnverwaltungen studiert und von ihnen übernommen worden. Bei uns finden strenge Revisionen statt, ob die Vorschriften innegehalten werden. Bei den lokalen Behörden haben sich Verstöße hiergegen herausgestellt, aber sie waren von dem Personal selbst verschuldet, dem es lieber war, nach einer längeren Dienstzeit eine längere Ruhepause zu bekommen. Erspart wurden 11 500 Bureaubeamte durch Vereinfachung des Bureaudienstes, vermehrt wurde das Betriebspersonal. Die Ersparung von Bureauarbeitern betrug auf hundert Kilometer 17 Beamte; dagegen betrug die Vermehrung des Betriebspersonals pro hundert Kilometer 83 Beamte. Es ergibt sich hieraus, daß gerade das für die Betriebsfähigkeit maßgebende Personal erheblich vermehrt worden ist. Man hat Vorwürfe dagegen erhoben, daß Hilfsbeamte zahlreich beschäftigt waren, wo die Unfälle eintraten. Aber diese Hilfsbeamten besitzen die gleiche Qualifikation wie die definitiv angestellten Beamten, und wenn man Hilfsbeamte nicht zulassen will, dann hätte man auf den Privatbahnen überhaupt nicht fahren dürfen, denn dort war das ganze Personal gegen kurze Kündigung angestellt. Die Lohnaufbesserungen dieser Beamten sind in kurzer Zeit um 27 pCt. erfolgt. Im letzten Herbst haben 14 000 neue Güterwagen nicht hingereicht, die herbei-

liche Verkehrsverhältnisse aufzunehmen. Die deutschen Güterwagen- und Lokomotivfabriken waren bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Zeiten des Wagenmangels waren nach meinen seit 84 Jahren gemachten Beobachtungen immer die wirtschaftlich guten; nur in wirtschaftlich unglücklichen Jahren zeigte sich kein Wagenmangel. Die Bahn kann mit ihrem Betriebsmaterial nur dem Verkehrsbedürfnisse folgen, sie kann nicht Betriebsmaterial auf Vorrath einstellen. Es sind noch erhebliche Summen (61 Millionen) für Betriebszwecke und Bauausführungen vorhanden, die noch nicht verbraucht werden konnten. Es liegt das daran, daß die einzelnen Projekte nicht rechtzeitig fertig gestellt werden können und auch der Bauapparat nicht beliebig verstärkt werden kann. Wir hoffen, hiermit in nächster Zeit in ein schnelleres Tempo zu kommen. Dieser Betrag von 61 Millionen ist nicht, wie man im Lande vielfach sagt, eine Ersparnis, sondern nur ein Rest, der aufgebraucht werden muß. Man sagt heute vielfach, der Finanzminister hindere den Arbeitsminister in seiner freien Entschliebung. Das ist nun nicht richtig, wenn es auch hier im Laufe verlangt worden ist. Wir haben an notwendigen Dingen nicht gespart. Aber es kann wohl in Zukunft einmal nötig werden, daß wir ernstlich an Sparen denken müssen. Die statistischen Vergleiche mit anderen Ländern, die ergeben, daß dort die Verhältnisse nicht besser sind als bei uns, sind für uns kein Grund zur völligen Beruhigung. Unfallgefahr und Wagenmangel sollen auch ferner bekämpft werden, und es muß dankbar anerkannt werden, daß die hierbei in betracht kommenden Ausgaben von der Budgetkommission zur Bewilligung empfohlen sind. Bahnhofsverbesserungen und Umbauten, Niveau- Ueberschreitungen, Gleisvermehrungen und andere Verbesserungen des Verkehrs sind in Angriff genommen. Die Schwierigkeiten des Eisenbahndienstes können nur überwunden werden durch strenge Disziplin der Beamten. Diese anspricht zu erhalten, bitte ich um Ihre Unterstützung. (Bravo!)

Abg. Schmieding (natl.) hält die Angriffe gegen die Organisation der preussischen Bahnverwaltung für verfehlt. Die Verminderung des Schreibwerks ist ein wichtiger Fortschritt, der Anerkennung verdient. Dagegen kann dem Finanzminister der Vorwurf nicht erspart werden, daß er die Anstellung der Hilfsbeamten verzögert. Das erzeugt in Beamtenkreisen Verstimmlung, die auch auf den Dienst zurückwirken muß. Auch der Streit zwischen Technikern und Juristen wegen Ueberwiegens des Affektorismus schädigt die Berufstüchtigkeit der Beamten. Auf den Gleisbau wird zu wenig Gewicht gelegt. Preußen hat die leichtesten Schienen, 33 Kilogramm pro Meter; in anderen Staaten hat man 43 Kilo-Schienen und Goliath-Schienen. Ein weiterer Mangel, der die Betriebssicherheit gefährdet, ist die Unzulänglichkeit der Bahnhöfe. (Sehr richtig!) Von einzelnen Linien sind zu hohe Dividenden erwirtschaftet. Der Finanzminister nennt das, den Etat technisch behandelnd (Heiterkeit), er behält fortgesetzt auf den schwankenden Eisenbahneinnahmen und an seinem, des Ministers, Widerspruch ist das Eisenbahn-Gesetz geplatzt. Auf seinen Einfluss dürfte auch die kolossale Veranschlagung der Gemeinden zu Eisenbahn-Vorarbeiten zurückzuführen sein. Kommen Unfälle vor und wünscht die Stadt eine Verbesserung der Bahnanlage, dann wird ein hoher Beitrag verlangt, den die Stadt nicht zahlen kann, und die gefährliche Bahn bleibt dann so wie sie ist.

Minister v. Miquel: Obwohl dargelegt ist, daß die Zielart nicht die Ursache der Verkehrsmängel ist, vielmehr noch erhebliche Summen zur Verfügung stehen, hat Herr Schmieding doch die entgegengekehrte Behauptung von neuem aufgestellt und im Lande wird sie ihm geglaubt werden. Wer hat denn die Verstaatlichung und die Jnsberabsetzung für das gesamte Anlagekapital ermöglicht? Doch allein der Staat; eine Privatgesellschaft hätte das nicht gekonnt. Die Ueberschüsse werden nicht immer danern, und dann werden wir vielleicht schwere Erschütterungen unserer Finanzen erleben. Sparsame Wirtschaft war nötig. Herr Schmieding gebietet zu denen, die neue Aufgaben verlangten. Wie wollte er diese decken? Wollte er die konstant bleibenden Steuern erhöhen? Ich habe gerade verhindert, daß die Eisenbahn-Ueberschüsse zu dauernden Ausgaben verwendet werden. Von den hundert Millionen, um welche sich die Ausgaben unseres Etats gesteigert haben, decken die Eisenbahn-Ueberschüsse nur vier Millionen mehr als im vorigen Jahre. Wir stehen vor einer bedeutenden Ausgabenvermehrung im Eisenbahnetat. Gätten wir Privatbahnen, so würden sie sich jetzt in der Zeit wirtschaftlichen Aufschwunges nicht mit 6 pCt. Dividende begnügen; sie würden mehr verlangen, um sich für spätere schlechtere Zeiten zu decken suchen. Gerade so verfahren wir jetzt. Wir benutzen die Ueberschüsse zur Schuldentilgung. Das ist genau dasselbe, als wenn ich einen Reservfonds anlegte oder abschriebe. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Verkehrsentswidelung einen solchen rapiden Aufschwung genommen hat, daß an manchen Stellen unsere Einrichtungen dem großen Verkehr nicht mehr entsprechen, und ich bin davon durchdrungen, daß der Finanzminister die notwendigen Mittel herbeischaffen müsse, wenn es nicht anders geht, durch eine Anleihe. Ich hoffe aber, wir werden durchkommen. (Beifall links.)

Nachdem der preussische Staat 6—7 Milliarden in ein Unternehmen gesteckt hat, kann man doch nicht von ihm verlangen, daß er daraus keinerlei Gewinn zieht. (Abg. Schmieding: Das wollen wir auch gar nicht!) Sie haben aber einmal gesagt, bei der Verstaatlichung sei versprochen worden, keine Ueberschüsse herauszuwirtschaften. (Abg. Schmieding: Keine übermäßigen Ueberschüsse!) Dann fragt es sich eben, was Sie unter „übermäßig“ verstehen. Die Ueberschüsse stecken in den Befoldungsverhöhungen für Lehrer und Beamte, in Landes-Meliorationen, Verbesserungen unseres Kunstwesens u. s. w.; sie sind nicht mehr da! Um unsern Etat zu balanzieren, brauchen wir die Ueberschüsse. Dieser Thatsache müssen wir Rechnung tragen. Augenblicklich sind wir ja in guter Lage, aber wie wird es nach 4—5 Jahren stehen, wenn noch andere Ausgaben bevorstehen? Der Finanzminister steht ganz allein, und ich fühle, daß er keinen rechten Halt mehr an dem Landtag hat. (Widerspruch rechts.) Früher war es ein festes Prinzip, dem Staat keine neue Ausgaben anzubilligen. Wie habe ich mich noch neulich bemüht, die 10 Millionen halb weg zu bringen! (Heiterkeit.) Wenn irgend eine Sekundärbahn gebaut wird, finden wir es ganz natürlich, daß die Kreise Grund und Boden hergeben müssen, so schwer es ihnen oft wird. (Sehr wohl! rechts.) Wenn aber eine große Kommune einen Bahnhof haben will, dann soll der Staat es allein bezahlen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind fortwährend auf Erleichterungen des Verkehrs bedacht gewesen, und man wird darin, wenn man nicht allzu große Opfer zu bringen hat, in Zukunft weiter gehen. Vorläufig wird man die meisten Mittel zu Ausgaben verwenden müssen und die Einnahmen um so vorsichtiger behandeln. Von diesem Gesichtspunkt bitte ich, unsere Finanzen und das Verhältnis zu beiden Verwaltungen zu betrachten.

Abg. Gothein (fr. Bg.) giebt dem Finanzminister darin recht, daß eine Verwendung der Ueberschüsse der Eisenbahn-Verwaltung für allgemeine Staatszwecke nicht in dem Maße stattfindet, wie man vielfach annimmt. Wo denn aber die Ueberschüsse geblieben? Die Eisenbahnen leisten nicht das, was man sich von ihrer Verstaatlichung versprochen. Ich bin ein großer Freund des Schuldenlagers; denn wer seine Schulden tilgt, verbessert sein Vermögen; aber am meisten verbessert die Eisenbahnverwaltung ihr Vermögen doch dadurch, daß sie ihre Anlagen in betriebsfähigen Zustand setzt. Es rächen sich jetzt die Schäden früherer Zeiten.

Wie wäre es, wenn dann wenigstens in Preußen eine unabhängige Eisenbahn-Polizeibehörde geschaffen würde? Nicht zum mindesten sind die Unfälle auf die zu lange Dienstzeit der Beamten zurückzuführen, namentlich ist eine Arbeitszeit von 11—12 Stunden für Lokomotivführer zu viel. Auch die Betriebsinspektoren sind überlastet. Weiter möchte ich zur Erwägung geben, ob man nicht bei der geplanten Anlage besonderer Personengeleise diese gleich für den elektrischen Betrieb einrichten könnte, der doch über kurz oder lang zur Einführung kommen wird. Der Erklärung des Finanzministers, daß er jeder Zeit bereitwilling die Mittel zur Förderung der Betriebssicherheit zur Verfügung stellen würde, stehen wir doch etwas ungläubig gegenüber. Weiter befragt Redner eingehend

die größere Verwendung von Fachleuten statt Juristen unter Bezugnahme auf einen Artikel der „Deutschen Bauzeitung.“

Minister Thielens dankt dem Vordrager für seine sachliche Kritik gegenüber der Eisenbahn-Verwaltung. Was der Abg. Gothein mit den Beschwerden über den Affektorismus wolle, versichere er nicht. Die allgemeine Ausbildung der Verwaltungsbeamten sei eben juristisch. Die Stellung der Techniker ist erst jetzt bei der Verstaatlichung besser geworden, jetzt sind sie erst auf die richtige Stelle gebracht und auch äußerlich so gestellt, wie es sich gehört. Bezüglich der Dauer der Beschäftigung der Betriebsbeamten haben sich die Verhältnisse, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, sehr gebessert. Für die Lokomotivführer kann vielleicht noch eine Verlängerung der Dienstzeit auf 10 Stunden eingeführt werden.

Hierauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 4/4 Uhr.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. An dem am Sonnabend stattfindenden Begräbniß des verstorbenen Oberbürgermeisters Fritsche in Charlottenburg werden seitens des hiesigen Magistrats als Deputierte teilnehmen: Oberbürgermeister Zelle und Stadtrat Hirsfeldern. — Befehl Erbauung einer Filialkirche hat sich der Gemeindevorstand der Emma-Kirche mit dem Gesuche an den Magistrat wegen Ueberlassung eines geeigneten Grundstücks gewendet. Das Magistratskollegium hat mit Rücksicht auf den bekannten jetzigen Stand der kirchlichen Angelegenheiten das Gesuch abgelehnt. — Nachdem auch der Oberkirchenrath, auf Verurs des Magistrats, gegen die Entscheidung des Konsistoriums wegen Nichtbestätigung des Predigers Scipio zum Prediger an der Dorotheenstädtischen Kirche, die Bestätigung dieser Wahl verfügt hat, so hat das Magistratskollegium beschlossen, demnach eine diesbezügliche Renouveau vorzunehmen. — Das Magistratskollegium hat beschlossen, gegen die vom Staatsrath der Stadtverordneten-Versammlung beschlossene Befreiung der Position für die Wassermeister-Riehe im Plenum der Versammlung Einspruch zu erheben. — Zum Gefangenenlehrer für das Friedrich-Werder'sche Gymnasium ist der Gefangenenlehrer Siebert und zum Gefangenenlehrer für das Luisenstädtische Gymnasium Gefangenenlehrer Stange gewählt worden.

Mit der fortschreitenden Verbauung der von der Schwedensstraße im Berliner und der Heidenstraße im Reinickendorfer Reichthümern durchschnittenen Gebiete hat sich die Herstellung einer Bahnverbindung über diese Straßen zwischen Reinickendorf und dem Stadlinnern Berlin zu einem fühlbar werdenden Bedürfnis gestaltet. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat die grundsätzliche Zustimmung der städtischen Verkehrsdeputation für die Herstellung der Bahnanlage vom Gesundbrunnen (Waldstraße) bis zur Dorfkirche in Reinickendorf nachgesucht. Die beschlossenen Verhandlungen mit dem Gemeindevorstand in Reinickendorf sind dem Abschluß bereits nahe gerückt.

lokales.

Den Parteigenossen des zweiten Wahlkreises zur Kenntniß, daß am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr bei Jubel, Lindenstr. 106, eine Volksversammlung stattfindet, in der Genosse Dr. Wenzl über die Suggestion in der Volkspsychologie sprechen wird. Nach dem Vortrage gemüthliches Beisammensein.

Zur Lokalliste. In der Volksversammlung für den Südosten wurde beschlossen, daß Lokal Jacobs in Treptow freizugeben.

Die Polizei verhielt sich am gestrigen Gedentage im allgemeinen berart, daß sich wenigstens in ansehnlichen Beschwerden der Bevölkerung kein Anlaß bot. Auffällig war, daß ein Schutzmann einer Parteigenossin, welche den Kranz der Konfessionsarbeitern auf den Friedhof gebracht hatte, mit dem „Befehl“ kam, sie solle die Grabspende von dem Strauch entfernen, an welchem dieselbe von ihr befestigt war. Vergebens war der Hinweis, daß das kräftig entwickelte Buschwerk doch nicht im geringsten durch das Gewicht des Kranzes beschädigt worden wäre. Im Konflikt war der überwachende Beamte stot und munter. Den selbständig arbeitenden Rührern und Rührerinnen Berlins wurde folgende Widmung abgeschritten:

Ginst wird doch hoch das Banner fliegen,
Das Eurer Hand im Tod entfiel,
Die Menschheit muß doch einmal fliegen,
Sie stürmt voran nach ihrem Ziel.
Wag jetzt auch höhnen triumphiren
Die Knechtschaft und die Finsterniß,
Es kommt der Tag — das ist gewiß.
Auch verlei der nachstehende Denkspruch der Droschkentischer der Konfession:

Die Freiheit wolltet Ihr erringen,
Doch war's Euch nicht vergönnt
Dies Werk, das Edle, zu vollbringen,
Zu führen es zu End.
Doch was Euch nicht gelungen ist,
Die Nachwelt wird's erreichen.
Und Ihr müßt einft
Treu Zug und List
Die Reaktion doch weichen.

Großes Aufsehen erregte eine an der Ecke der Köpenicker- und Manteuffelstraße vollbrachte Staatsverletzung. Ein Arbeiter der Goldleinstenfabrik von Spiessde turg den von der Arbeiterchaft der Fabrik gestifteten Kranz über die Straße, als er von einem Schutzmann sistirt wurde. Auf der Reviervache trennte man die Schleife vom Kranz und bedeutete dem Arbeiter, daß er sich das Band vom Polizeipräsidenten wieder abholen könne. Den Kranz gab man ihm zurück. Es versteht sich, daß dieser selbst unter den heutigen Polizeizuständen befremdliche Vorgang eine große Menschenmenge herbeigelockt hatte, die ihrer Aufmerksamkeit in Worten, die kaum mißverstanden werden konnten, Ausdruck gab.

Ein Dummerrungen-Streich. Die Herausforderung des Prüfungspräsidenten zum Zweikampfe seitens eines durchgefallenen Kandidaten ist die neueste merkwürdige Blüthe, die der Duellkunst gezeitigt hat. Wie man aus juristischen Kreisen berichtet, ist der Senatspräsident beim Kammergericht Dr. jur. Coing, der Präsident der Prüfungskommission für das erste juristische Staatsexamen, zu einem Pistolenduell herausgefordert worden. Der Herausforderer ist ein — Rechtskandidat, der das Unglück hatte, zum zweiten Male beim Referendar-Examen durchzufallen. Als das Ergebnis der Prüfung veröffentlicht wurde, ließ sich der Kandidat in seiner Erregung soweit hinreißen, daß er eines der Bücher, die auf dem Prüfungstische lagen, ergriff und auf die Erde schleuderte. Am nächsten Tage erschien er beim Präsidenten und richtete an ihn die Frage, ob die Prüfungskommission gestatten würde, daß er sich dem Examen zum dritten Male unterzöge. Der Präsident gab ihm den Befehl, daß die Kommission nach seinem Betragen hierzu wohl kaum Veranlassung haben würde. Diese Bemerkung, die nach Lage der Sache durchaus berechtigt und begründet war, faßte der verunglückte Jünger der Themis als Beleidigung auf. Am folgenden Tage erschien der Bruder des Rechtskandidaten, ein Offizier, als Kartellträger beim Präsidenten und überbrachte diesem eine Pistolenforderung! Die Angelegenheit ist in der Prüfungskommission zur Sprache gekommen und von ihr werden nimmere die weiteren Schritte eingeleitet werden. — Seit der Herausforderung des Universitätsprofessors Dr. Schwarz, des bekannten Mathematikers, ist wohl kaum ein selbständiger Fall von Rapselhaftigkeit zu verzeichnen gewesen. Hoffentlich hält die Behörde dem prägelustigen Durcheinander keine Dummheit zu gute.

In der Angelegenheit Krausnick sendet der Polizeipräsident den Zeitungen ein Rechtfertigungsschreiben zu, dem wir folgende Mittheilung entnehmen: „Am 5. d. M., nachmittags gegen 5/4 Uhr, wurde ein Schutzmann, welcher zu jener Zeit Postendienst an der Ecke der Prizpitzer- und Mauerstraße hatte, davon im

Kenntnis gesetzt, daß in dem Hause Leipzigerstr. 113 vor dem Eingange des dortselbst eine Treppe hoch gelegenen Löwenberg'schen Bankgeschäftes ein betrunkener Mensch liege. Der Beamte begab sich sofort an Ort und Stelle und traf hier einen jungen Menschen an, der auf der Erde lag, und den mehrere Angehörige des genannten Bankgeschäftes umstanden. Dem Beamten gelang es zunächst nicht, den an der Erde Liegenden, der sich durch Erbrechen bereits stark beunruhigt hatte, aufzurichten. Erst mit Hilfe eines herbeigeholten zweiten Schuhmannes konnte derselbe nach der Wache des 37. Polizeireviere getragen werden. Daß der betreffende junge Mann, Richard Krausnick, thätfächlich schwer betrunken war, konnte nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Die Angestellten des Bankgeschäftes von Löwenberg, die Herren Charis, Häbner, Schröder, Urruch und Berg, sowie der Hausdiener Wittenbecher haben Krausnick auf der Treppe des Hauses gesehen und beobachtet. Auf sie alle hat der durch Erbrechen in ekelerregender Weise über und über beschaltete, stark nach Alkohol riechende junge Mann den Eindruck eines sinnlos Betrunknen und nicht den eines Kranken gemacht. Den gleichen Eindruck hat der Stadtarzt Dr. Weber, Marxburgerstr. 9 wohnhaft, gewonnen, der den Krausnick auf der Treppe des Hauses Leipzigerstr. 113 untersucht, Puls und Temperatur desselben durchaus normal befunden und in seinem Gutachten seine feste Ueberszeugung dahin ausgesprochen hat, daß Krausnick sinnlos betrunken war. Auch auf der Revier-Wache ließ das ganze Verhalten des Krausnick einen Zweifel an seiner schweren Betrunknenheit nicht aufkommen. Er ist alsbald nach seiner Einlieferung dortselbst in ruhigen Schlaf versunken. Auf die wiederholten Fragen der ihn nach seiner Wohnung anforschenden Beamten hat er mit unverständlichen Lauten und mit den Worten: „Kellner“, „Kellner“, noch einen „Kognak“ geantwortet, auch einmal eine Melodie vor sich hin gepfiffen. Seinem Vater, der am nächsten Morgen kurz nach 6 Uhr unverzüglich telegraphisch herbeigerufen worden war, nachdem man von Krausnick endlich Angaben über seine Person zu erlangen vermocht hatte, hat er im Besitze mehrerer Schuhmacher auf seine Frage, was er getrunken habe, erwidert: „Vater, ich habe alles durcheinander getrunken.“ Dem Wachmeister Lindner gegenüber erklärte er bei seiner Verabschiedung von der Polizeiwache: „Nicht wahr, Herr Wachmeister, ich bin ein toller August.“

Nach alledem waren die Revierbeamten durchaus zu der Annahme berechtigt, daß die Trunkenheit Krausnick's nach einigen Stunden Schlafes auf der Wache soweit gewichen sein würde, daß er Personalangaben machen könnte. Es lag somit für sie kein Anlaß vor, in den klebhaft beschmutzten Kleidungsstücken Krausnick's nach eventuellen Legitimationspapieren zu suchen.

Krausnick hat in keiner Weise den Wunsch geäußert, nach Hause gebracht zu werden. Seines Paletots und seines Rockes hat er sich selbst entledigt. Diese Kleidungsstücke hat ihm der Telegraphist dann unter den Kopf gelegt, damit er besser schlafe. Da Krausnick die Nacht in der Wachtstube zubrachte, welche auf 15 Grad Reaumur erwärmt war, hat er auch nicht frieren können. Der Umstand, daß er sich der erwähnten Kleidungsstücke ohne fremde Hilfe entledigen konnte, beweist schon, daß von einer Bähmung zu jener Zeit keine Rede sein konnte. Das Unzutreffende der gegentheiligen Behauptung erhellt auch daraus, daß Krausnick in der Frühe beim Gange zur Droßel auf die Frage seines Vaters, ob er die Arme bewegen könne, diese in Gegenwart mehrerer Beamten hochgehoben und mit denselben auf seine Oberschenkel geschlagen hat. Seinen Kopf konnte er frei und ungehindert bewegen. Ob hiernach die später beobachteten Krankheitserscheinungen nicht in ursächlichem Zusammenhange mit dem übermäßigen Spirituosengetrunke gefunden haben, mag dahingestellt bleiben. Keinesfalls können dieselben aber darauf zurückgeführt werden, daß dem Patienten von Seiten der Revierpolizei in pflichtwidriger Weise eine seinen Zustande nicht entsprechende Behandlung zu Theil geworden ist. Der deamte Arzt, welcher den Patienten erst am 10. d. M. untersucht hat, hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß die Diagnose zweifelhaft sei; es spreche manches für Meningitis, manches für einfachen Schlaganfall.

Vom Reichsamt des Innern aus wird demnächst eine Ausstellung veranstaltet werden. Die Theilnehmer der zur Erforschung der Produktions- und Absatzverhältnisse im vorigen Jahre nach Ostasien von der Reichsregierung gesandten Expedition haben mehr oder weniger große Sammlungen von Baarenmuskeln aller Art, welche für weite Kreise der Industriellen von Bedeutung sind, hierher gesandt. Diese sollen jetzt, wie der „Kos.“ erfährt, zu einer Ausstellung vereinigt werden und nicht allein hier, sondern auch in anderen großen Städten des Reichs ausgestellt werden.

Ein Buchdruck-Museum soll in Berlin zur Feier des 500-jährigen Geburtstages der Buchdruckkunst im Jahre 1900 errichtet werden. Während in Mainz, der Vaterstadt Johann Gutenberg's, eine Gutenberg-Gesellschaft und die Gründung eines Gutenberg-Hauses geplant wird, ist für die Hauptstadt des Reiches, als dem Sitz so vieler angesehener Vereinigungen für Kunst und Wissenschaft sowie für die graphischen Gewerbe, ein Buchdruck-Museum großen Stils in Aussicht genommen. Das Museum soll der „Berl. Ztg.“ zufolge ein Bild der Entwicklung der Buchdruckkunst vergangener Jahrhunderte bieten und gleichzeitig im Anschluß an die Leistungen der Gegenwart zeigen, wie die heutigen Verwaltungen der Maschinen und Geräte Schritt für Schritt entstanden sind, welche Wandlungen unsere Schriften und Zierathe durchgemacht haben, wie die verschiedenen Kunstverfahren auf die Herstellung und Ausschmückung der Druckfachen Einfluß gewonnen haben. Im Anschluß an das Museum soll dann die in Fachkreisen seit langem herbeigewünschte graphische Hochschule entstehen, deren Anfänge bereits in der Fachklasse für Typographen an der Berliner Handwerkerschule vorhanden sind.

Die Berliner Volksschullehrer werden, wie die „Vollz.“ hört, beim Kultusministerium vorstellig werden, daß die am Donnerstag vor acht Tagen angenommene neue Besoldungsordnung nicht genehmigt werde.

Der Banknotensund, der am Ende voriger Woche auf einem Berliner Friedhofe gemacht wurde, ist in seiner richterlichen Klarstellung bereits viel weiter vorgeschritten, als sich nach den letzten Meldungen annehmen ließ. Ein Berichterstatter will wissen, daß nicht 44 000 und 16 000 M. gefunden worden sind, sondern 120 000 M. Der des Diebstahls beschuldigte Oberfaktor hatte tiefen Schatz zunächst auf dem Grabe eines Familienangehörigen verborgen, da aber der Totengräber dieses Grab zum Frühjahr renoviren sollte, so wählte der Bestatter des Schatzes ein benachbartes Grab, um letzteren zu verbergen. Hier wurde derselbe zu seinem Unglück zwar, doch ganz zufällig aufgefunden. Auch die Herkunft der Geldscheine ist bereits angeklärt. Wenn die Staatskassendruckerei bezw. Reichskassendruckerei alle die Manipulationen durchgemacht haben, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind, so werden von jeder Nummer zwei Exemplare hergestellt. Die dazu bestellte Prüfungskommission wählt von den beiden Exemplaren das beste aus, das zweite wird vernichtet. Die Vernichtung liegt dem Oberfaktor ob und hat auch zu den Obliegenheiten des jetzt Beschuldigten gehört, der seine Pflicht jedoch gräßlich verließ und sich mit den zur Vernichtung bestimmten, sonst aber zweifellos echten Kassenscheinen bereicherte hat. Daß er aber dabei viel Komplizen gehabt, oder daß er überhaupt schon eine größere Anzahl von falschen Duplikaten veräußert hat, ist bisher nicht festgestellt, fällt vielmehr vorläufig in das Reich der Vermuthung. Die Sache liegt an sich demnach ziemlich einfach. Schwieriger dürfte sich die Entscheidung der Frage gestalten, unter welchen strafrechtlichen Gesichtspunkt die Sache zu bringen ist. Ein unmittelbares Münzverbrechen liegt nicht vor. Die Kassenscheine sind ungewisselhaft echt. Eine Veränderung, die als Fälschung angesehen wird, ist damit nicht vorgenommen worden. Wird es nun möglich sein, die Kassenscheine im Sinne der §§ 146 und 147 als „nachgemachte“ oder „verrufene“ aufzufassen? Dem dürfte der Mangel irgend welcher Veränderung an den Scheinen entgegen stehen. Staatskassendruckerei sind aber auch amtliche Urkunden, deren Fälschung, die doch hier unter allen Umständen vorliegt, nach § 133 I und II bestraft wird und zwar um so schwerer, wenn die That in gewinnsüchtiger Ab-

sicht geschehen ist. Außerdem kann noch Unterschlagung und Betrug in Frage kommen. Jedenfalls ist das Verbrechen ein so überaus seltenes und eigenartiges, daß sich die Juristen noch darüber streiten, von welcher Seite die Sache strafrechtlich am sichersten anzufassen sein wird.

Im Neuen Olympia-Theater ist Donnerstag Abend um 9 Uhr die 20 Jahre alte Solotänzerin Lina Wande, die in der Johannistr. 22 wohnt, verunglückt. Die Tänzerin kam bei einem Sprunge über ein Tuch zu Falle und brach sich das rechte Bein. Sie wurde von der Polizei mit einem Kopp'schen Krankenwagen in ihre Wohnung gebracht.

Der am 1. April d. J. beglunende Umzug muß bei kleinen, aus höchstens 2 Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus 3 oder 4 Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. April, mittags 12 Uhr, und, da der 3. April ein Sonntag ist, an welchem die Umzugsfrist ruht, bei großen, d. h. mehr als 4 Wohnzimmern umfassenden Wohnungen am 4. April, mittags 12 Uhr, beendet sein.

Man erinnert sich, daß die Kaiserin im vorigen Frühjahr (1. Juni) bei einer Parade auf dem Tempelhofer Felde einen kostbaren, mit Brillanten besetzten Orden verlor. Dieser Orden wurde von einem Portier in der Genthinerstraße gefunden und am 9. Juni in Potsdam abgegeben. Der Finder erhielt hierauf 150 M. Belohnung. Damit war derselbe aber nicht zufrieden, weil er der Ansicht war, daß der Orden einen weit höheren Werth habe und ihm mindestens der gesetzliche Finderlohn zu Theil werden müsse. Auf seine wiederholten Anträge um eine höhere Entschädigung wurde ihm geantwortet, daß der mit Brillanten besetzte Orden, der außerdem als Mittelbild die Portraits der Königin von England und des Prinz-Genahls enthalten haben soll, nur 1000 M. werth sei. Man hat sich an einen sozialdemokratischen Abgeordneten gewandt, damit dieser die Angelegenheit im Reichstag vortrage. Derselbe hat das natürlich abgewiesen und gerathen, der Finder solle den Weg der Privatklage betreten, falls er glaube zu kurz gekommen zu sein.

Die spanischen Schatzgräber sehen trotz ihrer Mißerfolge den Schwindeln mit den angeblich in Deutschland vergrabenen Kriegskassen, zu deren Hebung und Vergütung sie Leichtgläubige suchen, fort; so haben in letzter Zeit eine Reihe Personen in Mitteldeutschland Briefe aus Valencia mit der Aufforderung erhalten, Vorschüsse an eine bestimmte Adresse einzusenden, in welchem Falle sie den dritten Theil des Schatzes erhalten sollten. Es wird vor den Beträgern eindringlich gewarnt.

Selbstmord eines zwölfjährigen Knaben. Aus Furcht vor Strafe stürzte sich Donnerstag nachmittags der 12 Jahre alte Stiefsohn eines Hausdieners J. in der Saarbrücker Straße aus dem vierten Stock auf den Hof hinab und zog sich so schwere Verletzungen am Kopfe zu, daß er bald darauf starb.

Durch Ueberrfahren wurde Freitag Nachmittag um 4 1/4 Uhr der Straßenschreier Hermann Steuer aus der Brunnenstraße zu Schöneberg schwer verletzt. Steuer stand mit einem vierradrigen Handwagen in der Reimewigstraße vor dem Hause Nr. 8 und achtete nicht auf einen Ziegelwagen, der von der Kälowstraße hergefahren kam. Der Ziegelwagen soßte ihn, drückte ihn an seinen Handwagen, warf ihn zu Boden und ging ihm mit einem Feinerrad über den linken Unterschenkel, der vollständig zerschmettert wurde. Die Unfallstation in der Steglitzerstraße brachte ihm die erste Hilfe.

Aus Versehen wäre vorgestern Abend von dem Tischler Apiz aus der Hübnerdorferstr. 14 eine Frau in der Hübnerdorferstr. 11 beinahe erschossen worden. Apiz war ein Trunkenbold, der schon seit zwei Jahren nicht mehr arbeitete. Vor sechs Wochen verließ ihn seine Frau, die er beständig mißhandelte, und zog nach dem Hause Hübnerdorferstr. 11 zu einem Tischler Fisch. Apiz, der seine Frau schon wiederholt vergeblich gebeten hatte, zu ihm zurückzukehren, begab sich vorgestern Abend mit einem geladenen Revolver vor deren Wohnung. Als nun Frau Fisch herankam, hielt Apiz diese in der Trunkenheit für seine Frau und legte auf sie an. Die Gefährdete rettete sich durch die Flucht, Apiz aber richtete nun die Waffe gegen sich selbst und tödtete sich durch einen Schuß in die linke Schläfe.

Selbstmordchronik. Die 23 Jahre alte Verkäuferin Amanda Rede aus der Gartenstr. 159, die hier mit ihrer Schwester, einer Buchmacherin, zusammen wohnte, tödtete sich vorgestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr in ihrer Stube durch einen Revolvererschuss, während ihre Schwester sich in der Küche befand. Unglückliche Liebe und Kranktheit scheint sie dazu veranlaßt zu haben. — Vor der Wohnung seiner Frau, die von ihm getrennt lebt, erschoss sich auf der Treppe eines Hauses in der Hübnerdorferstraße der 46 Jahre alte Tischler Gustav Adolf Apiz. — Ein Nervenleidender trieb den 72 Jahre alten Synagogenaufseher Wolf Becker aus der Elisabethstraße in den Tod. Er erhängte sich in der Wohnung. — In der Dorfstraße versuchte ein Kaufmann Schromelka, der bei seinen Eltern wohnt, sich aus unbekannter Veranlassung durch einen Schuß zu tödten. Er wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht.

Feuerberichter. Donnerstag Abend 7 Uhr war Linkestr. 1 ein Küchenbrand abzulesen, bei dem der Fußboden stark beschädigt wurde. Kurz darauf brannten Potsdamerstr. 139 Möbel und Gardinen. Am 11 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Jankerbürgerstraße 4. Hier wurden in einer Küche Betten und Möbel eingeküchert. Von da an bis Freitag Abend wurde die Wehr nur einmal alarmirt und zwar nach Kälowstr. 98, wo ein Faß mit Kienruß in Flammen ausging.

Urania. Das wissenschaftliche Ausstellungsstück: „Der Kampf um den Nordpol“ wird in der Urania, Lindenstraße, am 19. und 20. d. M. die letzten Aufführungen erleben. Die Dekorationen werden abgibt der neuen Urania in Wien überweisen, um daselbst während der Jubiläum-Ausstellung zur Vorführung zu gelangen. — Die Photographische Kunst-Ausstellung des „Wiener Camera-Club“, veranstaltet von den beiden Berliner Amateurnvereinen in der Urania, Taubenstraße, wird vom 19. März bis 7. April täglich von 10-7 Uhr geöffnet sein.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute zur Feier von Heine's 70. Geburtstag die erste Aufführung des dramatischen Gedichtes: „Beard“. — Der „Jolan-Abend“, den die Direktion am Sonntag, den 20. März, im Hoftheater veranstaltet, beginnt, mit Rücksicht auf andere Veranstaltungen zum 70. Geburtstag des Dichters, um 8 Uhr, nicht um 7 1/2 Uhr.

Aus den Nachbarorten.

Rummelsburg. Nächsten Dienstag finden hier selbst die Gemeinderathswahlen statt; in betracht kommt für uns nur der erste Bezirk, umfassend Lärtschmidt, Rant, Schiller, Goethe, Lessing und Mozartstraße, und Pohzogen. Die Wahlhandlung ist auf die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Die Gemeindeverwaltung hat es nicht für nöthig gefunden, dem so oft geäußerten Wunsch der Arbeiterschaft auf Festsetzung einer günstigeren Wahlzeit entgegenzukommen; es läßt sich schon daraus schließen, was die Arbeiter von dieser Körperschaft zu erwarten haben, wenn es ihnen nicht gelingt, einen energischen Vertreter ihrer Interessen hineinzuwickeln. Unser Kandidat ist Genosse Theodor Müller. Es ist Ehrenpflicht für jeden Genossen, auf dem Posten zu sein, um diesem trotz der zu erwartenden Nachtheile der Gegner zum Siege zu verhelfen. Das Wahlkomitee.

Ein neues Postamt, in welchem Postsendungen aller Art, sowie Telegramme bestrahlt werden, wird am 1. April in der Kolonie Dalensee, Ringbahnstraße 123, eröffnet. Dergleichen wird am 1. April in Oberichowweide im Hause Wilhelmshofstr. 31 unter gleichzeitiger Aufhebung der bisherigen Postagentur ein Postamt eingerichtet.

Der Niederbarnimer Areltag ist zum 31. März zusammengerufen worden. Er soll sich u. a. über die Beibehaltung des Kreises an dem Unternehmen der Bauung einer Kleinbahn von Alt-Landsberg nach Hoppegarten, über den Verkauf des alten Kreisbaues in der Kochstraße und die Aufnahme einer Anleihe zur Bezahlung der Kosten des neuen Kreisbaues schlüssig machen.

Wilde Kaninchen haben durch die Wälder an den Bahndämmen der Schlesischen Bahn zwischen Rügenitz und Friedrichshagen die Betriebssicherheit derart gefährdet, daß auf Betreiben der Eisenbahndirektion ein Abschluß der Kaninchen angeordnet ist.

Gerichts-Beilage.

Eine eigenthümliche Art der Märzfeier — auf Helgoland. Am 15. August 1898 begleitete Genosse Stadthagen den Genossen Ledebour und dessen Gehraun zu dem nach Wpl abfahrenden Boot. Da das Boot noch nicht gelandet war, mußten Stadthagen und Ledebour auf der Landungsbrücke warten. Der Kanal in Helgoland stationierte, steht im Berliner Abgeordnetenhaus als Hilfsarbeiter beschäftigte Gendarm Stoffers verlangte nun von dem Angeklagten, sich „hinter den Strich“ auf den Theil der Landungsbrücke, der für nicht Abfahrende reservirt ist, zu begeben. Stadthagen lehnte dies ab. Darauf soßte der Gendarm Stadthagen an und suchte ihn mit Gewalt an der Abfahrt zu hindern. Stadthagen machte sich von der Hand des Gendarmen frei und bestieg das Boot. Der Gendarm rief dann dem abfahrenden Stadthagen noch eine Bemerkung zu, aus der sich ergab, daß Stoffers wußte, daß Stadthagen Abgeordneter ist. Als Ledebour seine Entrüstung über dies Benehmen zum Ausdruck brachte, rief der Gendarm ihm wiederholt zu: „Halten Sie Ihre lodderige Schnauze, sonst kommen Sie auch noch in den Kästen.“ Ueber das Benehmen des Gendarmen beschwerte sich Stadthagen nach der Insel zurückgekehrt. Die landräthliche Behörde, der Regierungspräsident und der Oberpräsident wiesen die Beschwerde zurück, da das Benehmen Stadthagen gegenüber „keineswegs ein infortrettes“ gewesen sei. Der Oberpräsident Steinmann veranlaßte Herrn Stoffers, seinerseits wegen „mehrerer Ausbrüche in der Beschwerde Strafantrag gegen Stadthagen zu stellen. Das darauf gegen Stadthagen in Berlin eingeleitete Strafverfahren endete nach Beweisaufnahme mit rechtskräftiger Freisprechung Stadthagen's. In dem Urtheile vom 16. November 1897 ist nach eingehender Schilderung des Sachverhalts wörtlich dargelegt:

„Der Angeklagte gebraucht in dem inkriminirten Schriftstücke die Ausdrücke von dem Benehmen des Gendarmen, „wenn er in regelhafter, geschwinder Weise vorgeht“, daß der Gendarm lediglich eine Anrempelung und Beleidigung meiner Person beabsichtigt haben kann“ und „das regelhafte Benehmen eines Gendarmen“. Der Ausdruck „regelhaft“ ist allerdings ein scharfer, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß er sich gegen eine Handlungswiese gerichtet hat, die durch den gewählten Ausdruck richtig charakterisirt wird. Ferner: „Nach dem, was der Zeuge L. bekundet hat und was der Angeklagte in Erfahrung gebracht hatte, mußte und konnte er mit recht annehmen, daß der Gendarm eine Anrempelung und Beleidigung seiner Person beabsichtigte und hat dieser begründeten Annahme in seinem Schreiben den richtigen und in der Form nicht versehenen Ausdruck verliehen.“

Stadthagen war trotz Dauer der Reichstagsession bereits im Oktober 1896 vom Landgericht in Altona aus Anlaß des geschilberten Vorfalls wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Beleidigung (er soll das Wort Dummheit gebraucht haben) angeklagt und die Sache dem Altonaer Gericht, das in Helgoland Gerichtsstätte abhielt, überwiesen. Die Bemerkungen Stadthagen's, beide Strafsachen zur Verbindung zu bringen, scheiterten an dem Widerspruch der Staatsanwaltschaft. Mehrere Termine in Helgoland mußten vertagt werden, weil Stadthagen sich wegen anderer Sachen vor anderen Gerichten zu gleicher Zeit zu vertheidigen hatte. Endlich ist nun am den 18. März um 5 Uhr nachmittags Termin in Helgoland anberaumt. Zu demselben ist Stadthagen persönlich und als Zeuge ein Polizeidiener, einige Helgoländer und das Pastor Schreiber'sche Ehepaar erschienen. Stadthagen beantragt, das Verfahren als verfassungswidrig einzustellen oder ihn als total unschuldig freizusprechen und nicht nur die Kosten des Verfahrens, sondern auch die ihm erwachsenen Auslagen der Staatskasse auszuwerfen.

Aus Helgoland erhalten wir heute Abend die telegraphische Mittheilung, daß das Schöffengericht auf kostenlose Freisprechung erkannt hat; der Antrag bezüglich der Kosten wurde abgelehnt.

Beim Schwurgericht des Landgerichts I beginnt am Montag eine neue Tagung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Franke. Die Geschworenen werden gleich am ersten Tage sich mit einer der Ueberrahmen zu beschäftigen haben, die Ausgange vorigen Jahres in rascher Folge sich ereignet haben. Es handelt sich um die That, welcher am Abend des 28. November im Hause Mödnersstraße 55 die 22 Jahre alte Wirthschafterin Margarethe Weije zum Opfer gefallen ist. Als der Wälder hat der Pferde-transporteur Wilhelm Kleemann aus Hamburg vor den Geschworenen zu erscheinen; er hat das Mädchen durch einen Stich in die Lunge und Wirgen am Halse getödtet. Die Weife war seine Braut, hatte aber das Verlobniß aufgelöst und ihm den Verlobungsring wieder zurückgeschickt. Unter dem Vorgeben, daß er einen größeren Pferdetransport nach Madrid zu leisten habe und sich vorher mit ihr aussprechen wolle, hat er an dem verhängnißvollen Tage, an welchem die Herrschaft der Weife ausgegangen war, Zutritt zur Wohnung gefunden und dort die gräßliche That verübt, deren Augenzeuge ein Lieber, der Obhut der Ermordeten anvertrauter Knabe geworden ist. — Der Wälder konnte gleich am Tage nach der That dingest gemacht werden.

Frankische Strafen für Beleidigung von Respektspersonen wurden in Röhmit und Oberglögan verhängt. Die Bezeichnung eines Oberst a. D. mit „Bräutigam“ trug dem Beleidigten 150 M. Geldstrafe, die wiederholte schwere Beleidigung eines Polizeiwachmeisters in Oberglögan dagegen einem Malermeister fünf Jahre (1) Gefängniß ein.

Der sensationelle Prozeß gegen Abbecker Sachow, Gadenberge und 18 Genossen wegen Verbrechen gegen das kaiserliche Leben (§§ 218 und 219 des St.-G.-B.) hat gestern vor dem Schwurgericht in Stade begonnen. Die Öffentlichkeit für die ganze Hauptverhandlung wird bis zur Verkündung des Urtheilspruchs ausgeschlossen. Die Verhandlung, zu der etwa 60 Zeugen geladen sind, dürfte drei Tage in Anspruch nehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent. Der Borsigende des betreffenden Bereichs ist der Gekwirdt Gneid, Schützenstr. 8. Die nötigen Fragen können wir Ihnen nicht beantworten. Sie müssen sich da an die Gewerkschaften selbst wenden.

Witterungsübersicht vom 18. März 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe in mm, reduziert auf 0. Meeressp.)	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (in Grad C. — 4 Uhr)
Schwinnende	753	SW	4	Regen	6
Hamburg	755	SB	1	Regen	8
Berlin	756	SB	1	Regen	8
Potsdam	762	SB	2	bedekt	9
München	763	SB	3	Regen	5
Wien	761	SW	6	Regen	6
Hayaranda	754	SO	8	Schnee	-12
Vetersburg	—	—	—	—	—
Coit	762	SW	4	Regen	11
Aberdeen	747	SB	5	halb bedekt	7
Paris	766	SB	2	Dunst	8

Wetter-Prognose für Sonnabend, 19. März 1898. Wau, jedoch vorwiegend trübe mit Regenschauern und mäßigen bis frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wahlbewegung.

Die christlich-soziale und deutsch-soziale Reformpartei in Berlin fordert in der „Kreuzzeitung“ alle sozialerhaltenden Richtungen auf, bei den Reichstagswahlen gegen die von jüdisch-freiwirtschaftlichen und sozialen Demokraten verhetzten Massen zusammenzuwirken. — Das wird nicht geschehen, die „verhetzten Massen“ werden schon dafür sorgen, daß diesem Konsortium das Handwerk gelegt wird.

Am Sonntag veranstalteten die Spandauer Parteigenossen in Fehrbellin nach fünfjähriger Pause wieder eine Versammlung unter freiem Himmel, welche, begünstigt von gutem Wetter, stark besucht war. Genosse Schröder hielt das Referat, das wiederholt durch lebhaften Beifall unterbrochen wurde. Einige Bauern aus den benachbarten Dörfern ermunterten unsere Parteigenossen, auch in ihren Wohnorten eine Versammlung einzuberufen, wozu sie bereitwillig ein Stück Land oder eine Scheune zur Verfügung stellen würden. Der Kandidat der „Ordnungspartei“, Tischlermeister Pauli, bewirbt sich bereits fleißig um die Gunst der Wähler in den größeren Orten des Wahlkreises, dagegen lassen die Freisinnigen und Nationalsozialisten noch nichts von sich hören.

Die freisinnige Vereinigung hat im Wahlkreis Frankfurt a. O. den Ortsbesten Wölke aufgestellt.

In Drossen (Ost- und West-Sternberg) fand am vergangenen Sonntag eine sehr stark besuchte sozialdemokratische Versammlung statt, zu welcher auch der konservative Kandidat des Kreises geladen, aber nicht erschienen war. Dafür hatte sich der seit Anfang d. J. im Kreise „arbeitende“ Antisemit Andreß eingeschrieben, um dem Genossen Jahn entgegen zu treten. Sein ganzes Auftreten wurde aber von der Versammlung mit ironischer Heiterkeit aufgenommen, als ein Beweis, daß auch bei der überwiegend ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung der antisemitische Schwundel dem immer stärkeren Vordringen der Sozialdemokratie nicht mehr stand halten kann, da sich nur ganz zwei Stimmen für den Antisemiten erhoben.

In Weuthen a. d. Oder (Wahlkreis Grünberg-Freyland) fand am 13. d. M. die erste sozialdemokratische Versammlung statt. Genosse Stolpe-Grünberg, unser Kandidat, sprach unter allseitigem Beifall der zahlreich erschienenen über die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. — Im Wahlkreise Schweidnitz-Striegau wurde von konservativer Seite Freiherr v. Nichte-Hofen-Kolb aufgestellt. Im Wahlkreise Hamm-Sooß hat nach der „Köln. Zig.“ eine nationalliberale Wähler-versammlung beschlossen, für die Reichstagswahl in erster Linie wieder den bisherigen Abgeordneten Schulze-Henne vorzuschlagen; sollte dieser verzichten, so hofft man, daß Abgeordneter Schulze-Stienen, der den Wahlkreis im Landtage vertritt, die Kandidatur annehmen wird. Ein Zusammengehen mit dem „Bunde der Landwirthe“, der seinen Vorherrscher Stimmernmann-Scheba im Wahlkreise Hamm-Sooß aufgestellt hat, wurde für ausgeschlossen erklärt; ebenso hat es das nationalliberale Kreiswahlkomitee abgelehnt, mit den Freisinnigen gemeinsam in den Wahlkampf zu ziehen. Die endgültige Aufstellung eines Kandidaten soll in einer Vertrauensmänner-Versammlung am nächsten Sonntag stattfinden.

In Chemnitz beabsichtigen die bürgerlichen Parteien, Konservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Antisemiten, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. In einer Konferenz von Vertretern dieser Parteien ist der Vorschlag beschlossen und auch von dem konservativen Wahlverein bereits gutgeheißen. Einen Kandidaten hat man noch nicht ausfindig gemacht. Unsere Parteigenossen stehen der Sache sehr kühl gegenüber.

In Dortmund wird von der Zentrumspartei Renning Kandidat.

Im Wahlkreise Zweibrücken in der Pfalz ist auf der Parteikonferenz am 15. März, da Genosse Höltermann zurückgetreten ist, Genosse Wenzel aufgestellt.

Von gut unterrichteter Seite wird nunmehr bestätigt, daß der Vertreter des Kreises Gweller im Reichstag, Kononius Guxer von der Schaffner Gruppe, mit dem parlamentarischen Leben abgeschlossen hat. Unser reichsländisches Parteiorgan bemerkt zu dieser Nachricht: „Die Fortschritte des Sozialismus im Elsaß bedeuten zugleich die Demoralisation und Entwertung der liberaldemokratischen Opposition. Nur eine geistliche Kandidatur mit ausgesprochen oppositionellem Charakter könnte die Wähler des Kreises Gweller um das tödliche und ungemein belehrende Schauspiel bringen, den Kreisdirektor, Bürgermeister und Pfarrer auf Kosten der Volksherrschaft brüderlich und dreierlei die Wahl „machen“ zu sehen. Zu einer selbständigen, so stark nuancierten Kandidatur jedoch, die auch gegen die Regierung ihre Spitze lehrt, ist die Furcht vor der Sozialdemokratie im liberalen Lager zu groß und der politische Demoralisationsprozeß daselbst schon zu weit vorgeschritten.“

Soziale Rechtspflege.

Muß die Arbeiterin sich eine unmensliche Andienung gefallen lassen? Die Fabrikordnung der Druckerlei von Knudmeyer bestimmt, daß die beschäftigten Personen entlassen werden können, wenn sie sich weigern, Ueberstunden zu machen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde die Anlegerin entlassen, weil sie eines Abends nach 7 Uhr, d. h. nach dem Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit, nicht weiter arbeiten wollte. Fr. M. legte darauf beim Gewerbeamt gegen Knudmeyer auf eine Lohnentschädigung, indem sie geltend machte, sie sei zu unrecht sofort entlassen worden, da sie nicht länger habe arbeiten können. Sie habe vom frühen Morgen an an der Maschine gearbeitet und sei wegen großer Ermattung unzufähig gewesen, länger zu verweilen. Sie habe auch darum gebeten, eine Ausnahme zu machen. Der Vorgesetzte verweigerte dies, worauf, daß die geforderte Mehrarbeit dringend gewesen sei und meinte, er müsse auf jeden Fall der fraglichen Bestimmung der Fabrikordnung Geltung verschaffen. Der Maschinenmeister behauptete ihm, daß die verlangte Arbeit vielleicht noch eine halbe Stunde im Anspruch genommen hätte. Die Kammer VIII des Gewerbegerichts verurtheilte jedoch Knudmeyer, Fräulein M. die Entschädigung zu zahlen. Assessor Dr. Meier führte begründend aus: Zwar bestimme die Fabrikordnung, daß Ueberstunden auf Verlangen geleistet werden müssen und daß entlassen werden könne, wer dies verweigere. Trotzdem sei hier die Entlassung ungerechtfertigt anzusehen, weil die Weigerung, die Arbeit auszuführen, unter den obwaltenden Umständen gerechtfertigt erscheine. Als die Arbeiterin auf das Verlangen, weiter zu arbeiten, erklärt hätte, sie sei dazu körperlich unfähig, so hätte man ihr Gläubigen schenken müssen; zum mindesten hätte sie nicht gleich entlassen werden dürfen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Brauer, Wärtzer und Hilfsarbeiter tagte am Sonntag, den 13. d. M. in den Armishallen. Genosse Wagner hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Gefahren der Berufszählung und die Posadowsky'sche Koalitionsfreiheit.“ Als weiterer Punkt der Tagesordnung stand die Beihilfung resp. Wiederaufnahme der Brauerhilfsarbeiter an die Agitationskommission der Brauer und Wärtzer. Die Versammlung stimmte dem zu und wurden von seiten der Hilfsarbeiter in die Agitationskommission gewählt Rahmann, Liedenow und Rißlein. Schappach erklärte auf eine dahingehende Anfrage, daß der Verein der Hilfsarbeiter immer noch gewillt ist, als Sektion dem Zentralverband deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen beizutreten und die nächste Mitgliederversammlung jedenfalls einen diesbezüglichen Beschluß fassen wird. Brauer W. Richter berichtete als Mitglied der im Oktober vorigen Jahres gewählten Kommission, die

mit dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend zwecks Vervollständigung resp. Verbesserung der Statuten des Arbeitsnachweises der Ringbrauereien in Unterhandlung treten sollte, auf eine Anfrage, daß im Januar d. J. eine beratende Sitzung stattgefunden hat, in welcher die anwesenden Vertreter des Vereins der Brauereien sich mit verschiedenen vorgeschlagenen Vervollständigungen einverstanden erklärten, jedoch erklärten, nicht ermächtigt zu sein, eine bindende Zusage zu machen, und wollten sie die beantragten Vervollständigungen in ihrem Verein erst einer Beratung unterziehen, um eine bestimmte Stellung dazu nehmen zu können. Seitdem hat sich der Verein der Brauereien in Schweigen gehüllt und werde er (Richter) auf diese Anregung hin den Verein der Brauereien um Auskunft über den Stand seiner Beratung ersuchen.

Die Marmor- und Granitarbeiter hielten am Dienstag im Englischen Garten, Alexanderstraße, eine öffentliche Versammlung ab. Den Vierteljahrs- und Jahresbericht erstattete der Vertrauensmann Wolff. Es ergab sich für das letzte Quartal bei 370 M. Einnahme und 205,75 M. Ausgabe ein Bestand von 164,25 M., während sich die Einnahmen für das letzte Geschäftsjahr auf 778,45 M., die Ausgaben auf 614,20 M. beliefen, mithin also ein Bestand von 164,25 M. verblieb. Außerdem wurden noch auf Einnahme 303,45 M. gezeichnet. Hierauf wird dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Aus dem Bericht des Vertrauensmannes über seine Thätigkeit ging hervor, daß die Organisation jetzt 69 Mann zählt. Betreffs des Arbeitsnachweises erfolgte eine kleine Diskussion darüber, daß sich im Laufe des letzten Jahres unter den Arbeitssuchenden 75 pCt. Nichtorganisirte befunden hätten. Hierauf werden Schrotz zum Vertrauensmann und Helbig und Kubrinsky zu Revisoren gewählt. Gerstenberger erstattet nun als Gewerkschafts-Delegirter seinen Bericht. Er ermahnt die anwesenden Kollegen, doch die Sammellisten für die ausstehenden Schuhmacher zu berichtigten. Zum neuen Gewerkschafts-Delegirten wird hierauf Wolff gewählt. Der nächste Punkt der Tagesordnung, „Stellungnahme zum Kongreß“, erregt eine längere Diskussion. Es werden die einzelnen Punkte der Kongreß-Tagesordnung verlesen. In der Debatte theilnehmen sich Wolff, Gerstenberger, Hättmann, Helbig und Rißlein. Schließlich wird ein Antrag Hättmann's betrreffs des Hochorgans angenommen, welcher dahingehet, den neu anzustellenden Expeditionsbeamten mit der Geschäftsleitung in einem Bureau zusammenarbeiten zu lassen, damit leichter eine gegenseitige Hilfe der Organisationsbeamten auf diesem Wege stattfinden kann. Im Verschiedenen werden für den Streik in Sulzfeld 30 M. und für einen kranken Kollegen 20 M. bewilligt. Dem Vertrauensmann Wolff werden für seine Bemühungen im letzten Vierteljahr 25 M. angewiesen. Hierauf wird noch beschlossen, am 18. März einen Kranz auf dem Friedhof der Märzgefallenen niederzulegen. Schluß 11 3/4 Uhr.

Eine öffentliche Versammlung des Textilarbeiter- und Arbeiterinnenverbandes (Posamentenbranche) tagte am 8. d. M. in der K. K. K. hielt einen Vortrag über Gewerkschaftsbewegung und den Posadowsky'schen Erlass. Schaubert berichtete sodann über den Referendats, welcher eine Höhe von 707,55 M. erreicht hat. Dem Kassirer wird Decharge erteilt. Die Agitationskommission hat nach einer Ausgabe von 82,35 M. einen Bestand von 23,14 M. zu verzeichnen. — Ferner wurde das Verhalten einiger Firmen kritisiert. So versucht namentlich die Firma L. Knopfmacher Arbeiter unter dem Minimallohn einzustellen. Die Firma Pfilschke hat die Akkordpreise so weit heruntergedrückt, daß die Arbeiter bei angestrebter Arbeitszeit höchstens einen Lohn von 18—21 M. erreichen in der Saison. Ferner ist der Werkführer Engel bei der Firma Kessler befristet, die Akkordpreise auf ein möglichst niedriges Niveau zu drücken. Aus dem sächsischen Erzgebirge ist zu berichten, daß die Arbeitszeit für männliche Arbeiter 10 bis 14 Stunden beträgt bei einem Lohn von 10—13 M., für Arbeiterinnen 8—14 Stunden bei einem Lohn von 5—10 M. Eine Versammlung der Posamentiere, die das sächsische Agitationskomitee nach Buchholz einberufen hatte und in welcher Frau Greisberg sprechen sollte, wurde von der Behörde verboten.

Der Fachverein der Bäcker hielt am 8. d. M. seine Generalversammlung ab. Woß erstattete Bericht über das verfloßene Vereinsjahr. Danach haben in demselben 12 Vereinsversammlungen und 13 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Mitglieder-Versammlungen wurden zum größten Theil mit wissenschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Themen ausgefüllt. Die Agitation war auch in diesem Jahre eine rege, konnte aber die erfreulichen Resultate des vorhergehenden Jahres nicht aufweisen. Denkt man sich in die Verhältnisse, unter denen der Bäckereiarbeiter zu leben gezwungen ist, so wird man einsehen, daß auch bei der besten Agitation manchmal sehr wenig zu erreichen ist, daß es sehr schwer ist, den Arbeiter die Trägheit ihrer Lage begreiflich zu machen. Die Behörde theilte mit, daß das Vermögen des Fachvereins auf 1849,71 M. angewachsen ist. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassirer Decharge erteilt; desgleichen dem Bibliothekar Fischer. In den neuen Vorstand wurden gewählt als Vorsitzende Schneider und Dalli; als Kassirer Schwaneberg und Rosenberger; als Schriftführer Sted und Niemann; als Bibliothekare Eisenhardt und Barth; zu Beisitzern Dohna, Jaren und Fischer, und zum Revisor Kessler.

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Banarbeiter sprach am 13. d. M. Friß-Wilke über „Werb und Nutzen der Organisation“. Die Versammlung beschloß, auch dies Jahr einen Kranz auf den Gräbern der März-Gefallenen niederzulegen.

Eine Baudeputirten-Versammlung der Banarbeiter, die am Sonntag im Englischen Garten tagte, war von 81 Delegirten besucht. Es wurde die Frage erwoogen, ob den Unternehmern Forderungen unterbreitet werden sollen; spätere Versammlungen sollen darüber entscheiden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden allgemein als sehr schlecht bezeichnet und die Delegirten aufgefordert, mehr für die Organisation zu agitieren.

Die Maler, Lackierer etc. hielten am 9. März ihre Generalversammlung ab. Nach einem Vortrag des Herrn Dr. Paul Bernstein über „Profetariat und Hygiene“, gab Nicolai den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes im verfloßenen Quartal. Sodann wurde ein Revisor und ein Mitglied der Beschwerdekommision gewählt.

Die Maurer in Charlottenburg hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung ab, um über das Vorgehen zur diesjährigen Lohnbewegung schlüssig zu werden. Nach einem Vortrag des Genossen Jahn, wurden von Schulz-Charlottenburg die Verhältnisse auf den Bauten, wo die Löhne reduziert sind, einer längeren Erörterung unterzogen und hierbei zugleich auf das Vorgehen der Maurer- und Zimmerer-Zunung hingewiesen. Des weitern müsse darauf hingearbeitet werden, daß verächtliche Zahlmarkensystem zu beiseitigen. Andererseits werde man in Zukunft eine etwas strengere Kontrolle bezüglich der Gemahrgelerten und Arbeitsentlohnungen ausüben müssen, um dem Mißbrauch der Unterschlagung zu steuern. Die Befreiung der weiteren Mißstände auf Bauten soll in einer späteren Versammlung fortgesetzt werden. Redner verweist hierbei auf die zu diesem Zweck herausgegebenen Broschüre und empfiehlt deren Verbreitung. Der von den Maurern Berlin verfaßte Resolutionsentwurf wurde angenommen. Bernstein weist noch hin auf die ungenügende polizeiliche Kontrolle auf Neubauten. Das die Hauptforderungen für die diesjährige Lohnbewegung enthaltende Regulative fand einstimmige Annahme. Die Forderungen sollen später gedruckt und den Unternehmern zugesandt werden. Zum Schluß erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß auf die Gräber der Märzgefallenen ein Kranz niedergelegt werde.

Charlottenburg. In der öffentlichen Versammlung der Zimmerer vom 16. März referirte Rube über: „Was

ist die nächste Aufgabe der Zimmerer Charlottenburg?“ Redner führt aus, daß die Erfolge der Lohnkommission unter den bestehenden Verhältnissen sehr minimale gewesen seien, woran die mangelhafte Organisation der ersteren und namentlich das Entziehen der Arbeitslohn-Unterstützung zunächst bewirkt hat, daß das Vertrauen zu der Lohnkommission sehr schnell nachgelassen habe. Das Platzdeputirtenwesen habe in betreff des Sammelwesens die Erwartungen sehr getäuscht und zu Sitzungen sind von 500 Arbeitsstellen nur 45 und durch große Bemühungen endlich 80 Delegirte angewendet gewesen. Auch habe die lokale Richtung für Fernhalten des Zuges, sowie Agitation in der Provinz nicht einmal für Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der nächsten Umgebung Berlins, welches namentlich in Charlottenburg sehr fühlbar geworden sei, irgend etwas gethan. Auf Grund dieser Erfahrungen fordert der Referent die noch nicht organisirten Zimmerer auf, sich der zentralen Richtung anzuschließen, da diese am besten in der Lage ist, alle angeführten Mängel zu beiseitigen durch ihren zentralen Charakter. Schäfer bemerkt sich in der darauf folgenden Diskussion, das System der Lohnkommission und das Platzdeputirtenwesen zu rechtfertigen. Von Rube wird angeführt, daß Zimmerer aus Rauen für 28 Pf. Stundenlohn in Tempelhof einen Zaun stellen. Hierauf legt Rube das schlechte Funktionieren der Platzdeputirten innerhalb der beiden Organisationen klar und empfiehlt, die zu fassenden Beschlüsse so einzurichten, daß sie praktischen Werth haben, und für strikte Befolgung derselben zu sorgen. Die Abrechnung des bisherigen Vertrauensmannes ergab, daß einer Einnahme von 86,70 M. eine Ausgabe in gleicher Höhe gegenüber steht und daß von früheren Sammlungen 25 M. der Berliner Lohnkommission überwiesen sind. Zum Vertrauensmann wird Fleischer gewählt. Hierauf fand eine Resolution Aufnahme, die sich gegen den Lokalverein und die Lohnkommission ausspricht. Die Sammlungen der Lohnkommission sollen zurückgewiesen werden, dagegen verpflichten sich die Anwesenden, eine Sammelkarte vom Bureau des Zentralverbandes zu entnehmen und pro Woche 20 Pf. zu steuern.

In Straus wurde in einer Kommunalwähler-Versammlung der Genosse Bück, der bisherige Vertreter der dritten Abteilung im Gemeinderath, wieder als Kandidat aufgestellt.

Herrn graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen (Bühnen- und Bühnenbau). Sonntag, den 20. März, vormittags 11—12 Uhr, im Saale des Herrn Rochlin, Residenzstr. 102a, Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ in Nieders. Den Mitgliedern zur Erinnerung, daß am Sonntag, den 20. März, ein vom Verein arrangirtes Solal- und Instrumental-Konzert stattfindet. Nach dem Konzert: 7 Ubr. — Die Bibliothek des Vereins befindet sich bei W. u. S. 8, Steubenstraße 74. Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder in den verschiedenen Abtheilungen, sowie Bücherausgabe beim Bibliothekar zu jeder Tageszeit.

Städtische Arbeiter-Verein. Sonntag, den 20. März, abends 7 Uhr, Alexanderstr. 27c. Versammlung. Vortrag des Herrn Ingenieur Grempe über: „Das Schicksal der Arbeit und die Wichtigkeit der Unfallversicherung.“ Nachdem gefolgt Besprechungen.

Arbeiter Naturhistorischer Verein. Sonntag, den 20. März, abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Alt-Steinweg, Ecke Simeonsstraße, Stadtbahnhofen Nr. 329—330; Vortrag des Herrn Naturhist. Mus. G. 211.

Allgemeiner Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. S. 29). Mittwochs-Charlottenburg. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Leder, Simeonsstraße 74: Mitglieder-Versammlung. Wahl der Delegirten zur General-Versammlung.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 20. März, vorm. 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Postanstalt, Neumarktstr. 27: Versammlung. Freiw. Beiträge. — Am 11 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Waldh. Monast. „Der Glaube und die Ethik.“ Gäste willkommen.

Fischer-Verein. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Reichstraße 15: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Friedebreg über: Augenkrankheiten. Damen haben Zutritt.

Schweren der Holz- und Drechselwerker Vereine und der Umgegend. Sonntag, den 20. März, vormittags 10 1/2 Uhr, Schönleinstr. 8 bei Wald: Mitglieder-Versammlung.

Vermischtes vom Tage.

— In Loy-Rastede (Oldenburg) fand bei dem Brande seines Wohnhauses ein Arbeiter mit seinen vier Kindern den Tod in den Flammen.

— Die Zingel-Langelesen in Altona müssen fortan schwarze Strümpfe tragen.

— Bei einer Explosion in einem Kolonialwaaren-Lager zu Striig wurden zwei Personen tödtlich, zwei Feuerwehrlente leicht verletzt.

— In Bieren wurden am Dienstag vier Männer wegen schweren Sittlichkeitsvergehens verhaftet; unter diesen befand sich ein Vater und sein Sohn.

— Eine Milchhändlerin aus Mokrau wurde auf der Gleiswage Chaussee von mehreren Männern überfallen und durch Revolverschüsse in Rücken und im Gesicht schwer verletzt. Es soll sich um einen Raubakt handeln.

— Ein junger Lehrer in Mülhausen bei Anna wurde bei der Explosion einer Petroleumlampe so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

— Bei einer Schlägermessur wurde in Tübingen dieser Tage einem Studenten ein Auge ausge schlagen.

— In Laiz bei Sigmaringen schoß ein Ziegler auf den Gerichtsvollzieher, der ihn pfländen sollte, und verwundete ihn lebensgefährlich.

— Eine ganze Reihe größerer Brände wird aus Ungarn gemeldet. In Edelény brannten zwanzig Wohnhäuser, in Erdmüßly dreizehn, in Lengyelssalu dreißig Gebäude nieder. Auch in Boda hat ein Feuer großen Schaden angerichtet.

— Eine Tuchfabrik in Valle Rosso bei Biella ist am Mittwoch mit allen Vorräthen abgebrannt.

— Die „Italia“ meldet: Ein Kavaliere, in den der Vatikan, insbesondere das Biariat, ein unbegrenztes Vertrauen setze, ist nach Rom entsprochen. Der Kavaliere soll einen Fehlbetrag von mehr als anderthalb Millionen Livres hinterlassen haben; die Schweftern vom heil. Joseph sollen um 800 000 Livres geschädigt sein.

— Ein Jahr Gefängnis erhielt ein Soldat in Nancy (Frankreich), der trotz der Aufforderung seines Wachmeisters die Wachen nicht essen wollte, die ihm vorgesetzt worden waren.

— Im Jahre 1897 sind 7631 Personen, wovon 2758 Frauen, in Frankreich naturalisirt worden. Hiervon sind: 1543 Elsaß-Lothringer, 1156 Italiener, 858 Belgier, 287 Deutsche, 275 Spanier, 176 Schweizer, 107 Luxemburger, 70 Oesterreicher, 7 Ungarn, 78 Russen und Polen, 49 Malteser, 12 Marokkaner, 184 Eingeborene (Algerien und Kolonien), 124 anderen Nationen Angehörige. Angesichts der 1 100 000—1 200 000 Ausländer in Frankreich ist die Zahl der Naturalisirten nicht groß zu nennen. Ueberhaupt giebt es nur im ganzen etwa 150 000 naturalisirte Ausländer in Frankreich.

— Durch Unvorsichtigkeit eines Kuffehers entstand in der dem Pringen Hohenlohe gehörigen Grube Saturn (Rußland) am Mittwoch ein Brand. 6 Arbeiter verloren das Leben. Etwa 50 Bergleute, denen schon das Bewußtsein geschwunden war, konnten noch gerettet werden.

— Das russische Ministerium der Kommunikationen hat beschlossen, einen Kurierzug zu formiren zur Zurücklegung von Fabriken aus Petersburg bis zum äußersten Punkte der dem Verke übergebenen Strecke der sibirischen Eisenbahn. Der Zug wird alle 14 Tage abgefertigt werden und 6 Tage unterwegs sein.

— Der amerikanische Humorist Mark Twain bereitet eine Bearbeitung von Philipp Langmann's Drama „Bartel Luraser“ für die englische Bühne vor.

— Mitglieder einer wissenschaftlichen Expedition amerikanischer Kerale wurden in der Umgebung von Tschunging von einer Menschenmenge angegriffen. Die eingeborenen Gehilfen der Kerale wurden mißhandelt und einer getödtet.

Vor den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 19. März.
Opernhaus. Lobetanz. Die Hofe von Schirad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Brandenburgische Grobentzen. Ein moderner Barbar. - Konjunktur Defultes. - Der Kuhwedweg. - Lebende Bilder. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Hedda Gabler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Loffing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Abschied. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Brand. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Fortunio's Dieb. Die kleinen Tänzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle-Alliance. Koffer und Geldkoffer. Anfang 8 Uhr.
Luffen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Cfend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Neuberg. Ein Feld. Anfang 8 Uhr.
Neud. Spieltheater. Anf. 7 1/2 Uhr.
Goethe. Das Opferthum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufel'sches. Die kleinen Bagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexandervplatz. Berlocque Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlage

Passage-Panopticum.
Berliner Nachleben
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.
Vorher: Theater Variété.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 105.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Debat der berühmten Bonhaire-Troupe
Emilia Persico
Sign. Salerno - Ida Heath
Fischer & Wacker etc. etc.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr, zur Feier von Schiller's 70. Geburtstag, zum ersten Male: Brand.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Abends 8 Uhr: Ein gemachter Mann.
Montag, abends 8 Uhr: Brand.
Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Welfh.
Gr. Ausstattungsgstück! Gr. Novität! Zum 22. Male:
Unter der Polarsonne.
Kunstliches Ausstattungsgstück mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern von G. Soudermann und Chr. Wischhof. Gefangenerie von J. Dill. Musik v. G. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Zum Tummel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert.
Morgen und folgende Tage: Unter der Polarsonne. - Sonntag Nachm. 3 Uhr (kleine Preise): Die Waife aus Lowood.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schults.
Sonnabend, den 19. März 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 59. Male:
Die Tugendfalle.
Bucische Ausstattungsgstücke in Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wilh. Reimhald.
Musik von Jul. Gindshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.
Luisen-Theater
24. Reichbergerstraße 24.
Novität! Abends 8 Uhr: Novität!
Die Stütze der Hausfrau.
Voffe mit Gesang in drei Akten von G. Karl. Musik von Fritz Krause.
Zwei Klein: Anna Müller-Ginde.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Volks-Vorstellung. Regie: J. Türk.
Zu neuen Breiten:
Ein Volksfeind.
Abends 8 Uhr:
Die Stütze der Hausfrau.
Billets à 50 Pf. zu der Sonntag Nachmittags-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Königsplatz 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Sensationelles Riesens-Programm.
Miss Ada Risson, schönste Taubens-Königin. Mr. Alexandro Solino, der Mann mit der eisernen Haut. Das größte Wunder der Welt! Theodor Billing, Barforce-Turner am seihen Red.
Neu! Die Regimentsnummer.
Voffe mit Gesang von W. Reichardt.
Das Neueste vom Neuen!
Lebende Photographien.
Zum Dienstag, den 22. März:
Auftritt des Direktors Rich. Winkler.
Anfang. Sonntag 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Preisfacen haben Vortritt

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlage

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Novitäten-Programm.
Der Raubmörder. Sie kennen sich.
Schwanz. Voffe.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
Avis! Donnerstag, den 24. März: Grosse Gala-Benefiz-Vorstellung für den beliebten Konzertsänger Franz Romberg.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Wiener Zoologisch. Garten
Aschanti-Dorf
Javaner-Dorf
Geöffnet von 11-10 Uhr.
Vorstellungen alltäglich 2-9.
Entree 50 Pf.
Kinder und Militär 25 Pf.

Volks-Theater
Im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Unser modernes Berlin.
Vollständ. mit Gesang in 4 Bildern von L. Glu.
Sauptrollen: Ella Richter, Robert Dill, Grotz Gaston, Rudolf Schauss, Clara Hayn, Otto Wendt.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Freitag, den 1. April:
Benefiz Rudolf Schauss.
Sonntag 6 Uhr.
Anfang: Wochentags 7 1/2, 8 Uhr.

Renn-Programm.
Sonnabend, den 19. März er., und folgende Tage:
Eröffnung der internationalen Sport-Saison
Jockey-Hindernisse-Reiten.
Engl. Ringelstechen
Damen-Wettlaufen
Amerik. Dreibeinlaufen
Rad-Wettfahren
Damen-Tanzleichen
Deutschland geg. England jeden Abend
bis zur Entscheidung in
Bolossy Kiralfy's Konstantinopel Neues
Olympia-Riesentheater
(Circus Renz) Karlstrasse
The jolly british girls und das neue März-Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Beginn d. Rennens 8 1/2 Uhr.
Sonntag 3 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.

Nur noch kurze Zeit!
Circus Busch
(Bahnhof-Bühne).
Sonnabend, den 19. März 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Zum Benefiz der berühmten Reiterfamilie Cottrell-Powell. Die Benefizianten u. d. besten Nummern ihres Repertoires.
Zum 1. Male: Grande Quadrille de Bandoaux, geritten von 8 Damen und 8 Herren. Außerdem: Die vorzüglichsten Freizeitspektakeln des Dr. Busch. 8 Lungen u. ihren berühmten Holzhintereingesperrten. Unter anderem: a) Spring über eine 7 Fuß hohe Variete mit Reiter. b) Der berühmte Sandorprung über 3 grobe Pferde. Auftritt der dort. Klown Nipp & Tipp, Bogdanowsky, Cyrillo, Magrini, Freres Bergere etc.
Zaragoza.
Orig. Wandze-Schau. d. Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiß. Konfarenbläser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen: 2 grosse Vorstellungen Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Konzert-haus
Kottbuser Straße Nr. 1a.
Direktion: D. Vierry.
Sonntag, den 20. März:
Rein
Trompeter für immer.
Der Hauschlüssel.
Auftritt sämtlicher Spezialitäten ersten Ranges.
Sign. Pedro mit seinen vorzüglich besten Hunden.
Die lustigen Chinesen.
Anf. d. Konz. 6 Uhr. Vorf. 6 Uhr.
Entree 50 Pf.
Dienstag, Donnerstag:
Vorstellung. - Ball.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Die Erbschleicherin
oder: Unser Zabinchen.
Schwanz in 4 Akten von G. Paul.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

J. Jablonsky
Stadt. Otto Müller,
50., Nauhuferstr. 37.
empfehle sein Weiss- und Baischbier-Lokal nebst großen Frühstücks, Mittags- u. Abendessen in bekannter Güte und zu soliden Preisen.
Sonntag, 20. d. M., zur Frühbrunde 5. Stadt, Spinnmühlendstr. 45. [24106]

Karl Wilhelm,
Original-Humorist.
Corty & Rottel! Susi Suzettel
Valentine Cadowal! Brüder Faxton!
Pawell's neue Pantomime:
Koch Strampelmeyer's Küchenstreiche.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Reichshallen-Tunnel:
2 vorzügliche Kapellen.
Sonnabend: Rockbierfest.

Reichshallen-Theater.
Leipzigstrasse 77.
Das auf der Höhe der Zeit stehende Programm!
Karl Wilhelm,
Original-Humorist.
Corty & Rottel! Susi Suzettel
Valentine Cadowal! Brüder Faxton!
Pawell's neue Pantomime:
Koch Strampelmeyer's Küchenstreiche.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Reichshallen-Tunnel:
2 vorzügliche Kapellen.
Sonnabend: Rockbierfest.

Quarg's
Vandeville-Theater
Grand Hotel Alexanderplatz.
Wegen Privatlichkeit findet heute Sonnabend keine Vorstellung statt.
Morgen Sonntag Anfang 6 Uhr.
Das grossartige neue Programm.
Ami Vertangen:
Der Pumpenball.
Avis! Jeden Mittwoch während und nach der Vorstellung grosse Ballmusik.
In Vorbereitung: Der Nord am Alexanderplatz und König Heinrich (Vossler).

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Die Erbschleicherin
oder: Unser Zabinchen.
Schwanz in 4 Akten von G. Paul.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Gr. Extra-Theatervorstellung
Die Erbschleicherin
oder: Unser Zabinchen.
Schwanz in 4 Akten von G. Paul.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Die Erbschleicherin
oder: Unser Zabinchen.
Schwanz in 4 Akten von G. Paul.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Benthstr. 2.
Soeben ist erschienen:
Zum Jubeljahr der Märzrevolution
Von Wilhelm Liebknecht.
96 Seiten 8°. Preis 30 Pfennig. Porto 5 Pfennig.
Bereits im Sommer hatte der Parteivorstand den Genossen Westrich mit der Abfassung der Broschüre beauftragt, die nunmehr auf den 18. März von dem Verlag publiziert wird. Die glänzend geschriebene Schrift enthält nicht bloß eine lebendige, eingehende Schilderung der 48er europäischen und namentlich der deutschen Revolutions-Bewegung, sondern auch eine kritische Würdigung jener Ereignisse und sie faßt zum Schluß die Aufgaben zusammen, welche die deutsche Arbeiterklasse, die zielbewusste Erbin der 48er Vorkämpfer, zu übernehmen von der Geschichte bestimmt ist.

Achtung!
Freie Vereinigung der Händler u. Händlerinnen
Berlins und Umgegend.
85/2
Sonntag, den 20. März, bei Staberneck, Inselstr. 10:
4. Stiftungsfest.
Vorträge und Tanz.
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Festrede gehalten vom Genossen Paul Jahn.
Um 12 Uhr: Kaffeepause. - Kaffeeneröffnung 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Billet 25 Pf. Das Komitee.

Wo? hin? Zum alten
Freund auf Bichelswerder.
Bereinen und Gesellschaften
empfehle mein auf das beste renovierte Lokal, Saal und schattiger Garten mit Theaterbühne, 2000 Personen fassend, zu Sommerfestlichkeiten jeder Art jeden Tag sowie auch Sonntag.
Julius Wernau, Gastwirth, Schwedterstr. 23/24. Fernsprecher.

Grünau. Grünau.
Gustav Lindenhayn's Gastwirthschaft.
Am Sonntag, den 20. d. M., findet bei mir
Großes Wurffest
statt, wozu ergebenst einladet
Der Wirth.
Säle für 80-300 Personen. Telefon Grünau Nr. 17.

Koppenstraße 29. Kellers's Festsaal Koppenstraße 29.
Sonnabend, den 26. März 1898
in den Gesammtäumen des Etablissements:
Grosser Wiener Maskenball
der
Berliner Gärtler u. Bronzeure
Um 12 Uhr, vor der Demaskierung: Präsentation der zwei elegantesten Damen und Herrenmaden.
Als Preisrichter fungieren die Theilmehrer des Balls. Eine Prämie erhalten diejenigen Paare, welche die größte Anzahl von Bous aufweisen.
Anfang 9 Uhr. Billets 50 Pf. Ende 7 1/2
Um zahlreichem Besuch bitten Das Komitee.

Großer öffentlicher Vortrag
für Damen und Herren
im Heilverein Kube
in Thrend's Brauerei, Moabit (Berlin NW.), Thurmstr. 26.
Montag, den 21. März 1898, abends 8 1/2 Uhr,
spricht: Frl. M. Kube, Naturheilkundige, über:
„Das nervöse Jahrhundert“
Nervenschwäche (Neurasthenie), Schlaflosigkeit, Epilepsie, Hysterie, Weissagung etc. Es werden mehrere Patienten vorgeführt. Entree 15 Pf.
Besuchsstelle: Berlinerstr. 125, III. Der Vorstand.

F. Jahrstedt
Gegründet 1872. Vrangellstr. 40-41. Gegründet 1872.
Manufaktur-, Wäsche- und Wollwaren-Geschäft
Großes Lager in Bettfedern, sämmtliche Preislagen.
Kertige Betten, 12,00, 14,00, 18,00, 24,00, 31,00.
Zuleits, garantiert federdicht und farbest.
Bettbezüge in Karrett, weitem Damast und Dmilt.
Teppiche, Gardinen, Bettvorleger, Tischdecken.
Möbelstoffe, Steppdecken in vielen Qualitäten.
Ganze Wäsche-Ausstattungen,
nur eigenes Fabrikat, in eleganter und sauberster Ausführung.
Grosse Auswahl in Kleiderstoffen.

Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft „Goldene 18“
8a. Rosenthalerstrasse 8a.
Max Schendel.
Mieff's Fest-Säle
Weberstr. 17, ca. 1000 Vert. fass. Sonnabend, 20. März, 2. April und Palmsonntag frei. [4460L*]
Achtung! Empfehle allen meinen Freunden und Bekannten mein Weiss- u. Baischbier-Lokal nebst Volks-Soboga. 2412b
Fr. E. Knapp, Grünthalstr. 5.
Lohnende Fabrikationen.
Verlangen Sie Gratulenzendung des illust. Kataloges durch den Verlag „Der Gewerz“, Dresden-R. 7, 14/5.
gute Qualitäten
Fabrikcomptoir Barnimstr. 4/5.

Die Hosenfabrik
309002* vermischt jeht: 8 Pf.
Pr. Stoffhosen von 3,00-7,50
Arbeits-Verderhosen 2,25-5,00
Winter-Toppen von 5,00-9,00
Winter-Anzüge 12,00-20,00
Kinder-Anzüge 2,50-8,50
Fräse-Anzüge 4,50-12,00
Anwabenhosen 65 Pf. bis 2 M.
nur bei W. Mathews,
Ballindenerstr., zur rothen 7.

Ein donnerndes Hoch unserm schwarzen Fritz, der am 19./3. 62 geboren ist. Wima, Du schaffst es nicht, Fritz läßt gießen. 2407b
Kollegen vom grünen Nachfolger.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern der Zahlstelle I, Berlin des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands hiermit zur Kenntniss, daß am 17. März das Mitglied
Emil Prüfer
pflüchlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emausfriedhofes in Britz, statt.
Um rege Betheiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
C. Deredder, 1. Bevollmächtigter, Haldensleinstr. 17.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle d. deutschen Wagenbauer.
Bezirk II.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 16. d. M., verstarb nach schweren Leiden unser Mitglied und Kassierer **Heinrich Kude** im Alter von 39 Jahren. Ehre seinem Andenken! [2405b]
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Götterberg-Kirchhof, Götterbergstrasse, statt. Um rege Betheiligung ersucht
Der Bevollmächtigte, Adolf Fanger.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Albert Schneider
am 16. März, vormittags 11 Uhr infolge einer Operation im 53. Lebensjahre pflüchlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Kirchhofes, Demmannstraße, aus statt. Um rege Betheiligung ersucht [78/16]
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 16. d. M., verstarb unser Kollege, der Tischler
Albert Schneider.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Kirchhofes aus statt. [2405b]
Die Kollegen der Werkstatt von Julius Metzger.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
Am 16. d. M. starb unser Mitglied, der Schlosser
Heinrich Kude.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, 20. März, nachm. 3 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Götterberg-Kirchhof in der Brinzenallee statt.
Um rege Betheiligung ersucht
111/6 Die Ortsverwaltung.

Arbeit. Radf.-Berein Berlin
Gent Abend 8 Uhr Treffpunkt Bahnhofs Friedrichstr. 1. Besuch d. Stiftungsfestes der Genossen in Kottbus.
Neu eröffnet:
Café-Lokal.
Reich- und Bairisch-Bier.
Ritterstr. 54.
Ecke Alte Jacobstrasse. [1355b]
Kaffee 10 und 15 Pf.
S. Berger, früherer Seidenstr. 17 d. Geel.
Schantgeschäftsgr. u. H. Vereinszimmer sof. veräuß. Preis 600 Thlr.
Nag. Reichensbergerstr. 154. Total.

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Farbmalger verlangt
Bühlingstr. 4. [2402b]
Korbmacher auf seine Blumenkörbe sucht W. Storr, Dmiltstr. 5. [2405b]
Geübte Silberpolierinnen auf Beschäftigung verlangt Silberwaren-Fabrik, Prinzessinnenstr. 16. [2404b]
Mamsells auf Damen-Jaquets verl. Oranienstr. 11, v. I.

Tüchtige Mamsells
auf bessere Anzahl sofort verlangt. Lohn 3 M. bis 4,50 M. pro Stück. 25 Pf. Werbedarunterzahlung pro Stück. Lohnende Beschäftigung durch ganze Jahr. [2400b]
H. Holz & Co.
Markgrafenstr. 43/44.
Steppen in u. außer dem Hause verlangt Hochstr. 29. v. I. r.

Unterron-Garnierinnen
verlangt Schul, Gr. Frankfurterstr. 14.
Tüchtige Wärmeverleiher werden für dauernde Beschäftigung verlangt. Nur tüchtige Steinmetze wollen ihre Offerten unter N. 2 bei der Expedition dieses Blattes niederlegen.
Als rührige Agenten werden Herren oder Geschäftsfreie von deutscher Feuerversicherungs-Gesellschaft bei außergewöhnlich hoher Provision gesucht. Offerten sub J. P. 8148 an die Exp. d. Berl. Tagbl. SW.

Tüchtige Agenten
für Feuer- und Glasversicherung bei außerordentlich hoher Provision gesucht. Offerten unter Q. 2 an die Exp. d. Blattes. [1347b]

Eröffnung!

Otto Wetzels & Co.

Eröffnung!

Mechanische Schuh-Fabrik.

Heute Sonnabend, den 19. März, Nachmittags 4 Uhr

eröffnen wir

Dresdener Strasse 6

nahe am
Kottbuser Thor

nahe am
Kottbuser Thor

die 12. Verkaufsstelle unserer Fabrikate.

Für 2-3 Mark

Die sehr grob zu Anodenanzügen, Reize zu Herrenanzügen, schöne Muster 7-10 M. Für 12 M. f. Cheviot auch Kammgarnreife, Paletot und Polsterreife solange der Vorrath reicht

im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Stroh-, Filz- und Seldentutlager
Einschnungshüte von 1,50 M. an in großer Auswahl.
P. Grund,
Stadt 1872.
1. Geschäft: Brunnenstraße 190.
2. Geschäft: Dresdenerstraße 134, 44096*

Bekanntes u. Parteigen. empfehle mein
Zigarren- und Tabakgeschäft.
10485) Wilhelm Henze,
Berlin O., Bornsdorferstr. 4.

Prüfen Sie unsere Waare, und urtheilen darnach

ob es eine bessere, schönere und prachtvollere Schere giebt, als unsere bestehend abgebildete **deutsche Adlerschere No. 712**, welche alle anderen Scheren durch ihre äußere Eleganz, verbunden mit ausgezeichneter Qualität weit übertrifft. Dieselbe ist aus bestem Stahl geschmiedet, 8" lang, hoch fein vermilcht und vergolbet, sowie praktisch beformt, mit dem deutschen Adler in den Griffen. Wegen vorheriger Einfindung von Wt. L. - (ohne Portoerhöhung) Nachnahme Mt. 1,30,



senden wir solche zur Ansicht, um jeden von der Vorzüglichkeit derselben zu überzeugen mit der ausdrücklichen, öffentlichen Verpflichtung, die Schere mit allen entstandenen Spesen innerhalb 8 Tagen unter Nachnahme zurückzunehmen, falls solche wider Erwarten nicht gefallen sollte. (Namen in künstlerisch verzierter lateinischer Goldschrift Mt. 0,30). Dies ist gewiß ein Beweis von der Preiswürdigkeit unserer Firma, welche tausende Anerkennungen unserer Kundenschaft bezeugen, weshalb man dieses außerordentlich günstige Angebot nicht mit leichtem so häufig vorkommenden unläuterem Klammern verwechselte, welche nur zu geeignet sind, auch gegen die rechte Empfehlung Wirtrauen zu erwecken.

Gebr. Hermes, Stahlwaaren-Fabrik, Höhscheid-Solingen 71.

Wir versenden gratis und franco unser großes, praktisch illustriertes Preisbuch mit über 700 Abbildungen von sämtlichen Solinger Stahlwaaren: Taschen, Messer, Zirkelmesser und Gabeln, Scheren, Haushaltungsgegenstände, Cypergläser und Fernrohre, Schuh-, Dieb- und Stichwaffen u. s. w.



für Hüte anzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.
Knabenhüte v. 0,75 M. an
Herrenhüte 1,25
Cylinderhüte 4,-
Haarhüte 4,50
Einschnungsh. 1,-
Chapeaux claque zu 8,-
9,- u. 10,- M.
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Gut-Engros-Lager
Waldemarstr. 44 part. recht
Kein Laden. Nur moderne
Waare in großer Auswahl

Kaufhaus Gebr. Leyser

Erstes Geschäft: Gräferstrasse 21. Zweites Geschäft: Wienerstrasse 64.

Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, Putz, Leinen- und Baumwollwaaren, Porzellan, Emaille, Haus- und Küchen-Geräthe, Herren- und Knaben-Konfektion, Schuhe und Stiefel. Hüte und Mützen.

Wir bringen in allen Abtheilungen die denkbar grösste Auswahl.
Der Verkauf geschieht nur gegen Baarzahlung zu billigsten, streng festen Preisen.

Begründung des Geschäfts 1873.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143,
Kottbuser Thor, Schöneberg.

empfehle zu außerordentlich billigen Preisen:

Einsegnungs-Anzüge in Satin, Diagonal, Kammgarn u. Cheviot 1 u. Zweifig von Mt.	12-27
Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten Diagonal, Kammgarn, Satin und Cheviot-Stoffen	13-30-33
Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Zwirnstoffen, 1 u. Zweifig	16-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin und Cheviot-Stoffen, 1 u. Zweifig	18-35
Sacco-Anzüge modernster Farben in Satin u. Cheviot-Stoffen eleg. Ausfüh.	20-36
Rock-Anzüge in guten, wollen, schwarzem Kammgarn u. Satinstoffen, modern. Façon	25-38
Gehrod-Anzüge von feinem Satin, Tuch u. Kammgarn-Stoffen, Zweifig	30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Ledern, Cheviot- und Zwirnstoffen.	
Favelots, Staub- u. Reifemäntel zu den billigsten Preisen.	
Maschinen-Anzüge in allen Größen . . von 3 Mt. an.	
Beinkleider in dauerhaftesten, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von Mt.	5-10
Knaben-Paletots, Reifsame Façons in großer Auswahl.	
Knaben-Anzüge in Cheviot, Velour und dauerhaftesten Zwirn-Stoffen, 1 u. Zweifig . . von 5 Mt. an.	
Schul-Anzüge in Cheviot, Velour und dauerhaftesten Zwirn-Stoffen, 1 u. Zweifig . . von 5 Mt. an.	

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Streng reelle Bedienung.

Kinderwagen, Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen, Kinder-Klappstühle, Kinder-Holzmöbel, Sämtliche Korbwaaren.

Thellzahlung nach Uebereinkunft, vis-à-vis Humboldtthain, Brunnenstr. 95, a. Nordbahn. Gesundbr.

Türkis- und Opalschmucks zur Einsegnung

sowie alle Arten Schmuck in Gold, Gold-doublé und Silber mit Korallen, Granaten und allen Edelsteinen in den geschmackvollsten Mustern, ferner Goldene und silberne Herren- und Damen-Uhren

empfehle 4530L*

Max Busse,

Uhren- und Goldwaarenhandlung,
Berlin N., Brunnenstrasse 175.

Milchkübel, Kannen, Setten, Buttermaschinen 446L* Jordan, St. Warhstr. 28.
Künstliche Bühne. N. Steffens, Rosenhallerstr. 61, 221. * Theilzahlung pr. Woche 1 Mt.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderoben

Berlin SO., Oranienstrasse 168
Potsdam - Dresden 4415L*

empfehle zur **Frühjahrs-Saison:**

Einsegnungs-Anzüge

in Kammgarn, Cheviot, Diagonal, Satin etc. alle Grössen 30, 27, 24, 22, 50, 20, 18-12 Mk.

Herren-Anzüge, Jaquet- oder Rock-Façon,

in Kammgarn, Cheviot, Zwirnbuckskin etc. 50, 45, 42, 40, 36, 33, 30, 27, 22 1/2-15 Mk.

Frühjahrs-Paletots in allen modernen

Farben . . 36, 33, 30, 27, 25, 22, 20-14 Mk.

Herren-Hosen, hochelegante Neuheiten,

16, 15, 14, 12, 11, 10 1/2, 9, 8 1/2, 7-5-3, 50 Mk.

Ausserdem empfehle ich mein sehr grosses Lager in Havelocks, Mänteln, Sport-Anzügen, Joppen, Knaben-Anzügen und Paletots zu sehr mässigen Preisen.

In der Abtheilung für Maassanfertigung findet ein fortgesetzter Eingang von Neuheiten statt.

Unbedingt die billigste Quelle für Herren- und Knaben-**Hüte** ist **G. Kletmann's Fabriklager**, Mariannenstr. 33, pt. kein Laden.

Möbel.

Beste Gelegenheit für Brautleute: Schränke, 2 sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Einrichtungen schon von 150 bis 300 M., hochherrlichlich 500 bis 2000 M., Kuchenschrank und Mahagoni-Reisepfand, Verticow 35, Weisfellen, Federboden, Reiffen 25, Sopha 25, Tisch 8, Stühle 3, Spiegel 10, Küchenschrank 18, Patent-sopha 80, Truhen 60, Goullonische, Buffet, Salonarmir 75 an, Schreibtische, Garderobenschrank, Chaiselongue. Niemand sollte veräumen, wer gut u. reell kaufen will, durch Besichtigung meiner Möbel von der Billigkeit sich zu überzeugen. Theilzahl. gehattet.

Jede Uhr

reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Uhren u. Vincenz. Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Strasse 35.

Möbel

verleihen gezeichnete und neue, haarend billig, Theilzahlung gestattet. Reamten ohne Anzahlung. 40559*
Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.

Wer im Sommer

vor Wangen absolut sicher sein will, beschreibe ich zur Brautzeit die Reife mit „Concentr. Wangen-Pflaster.“ Gesehlich geschäftl. Bezugsartikel zur sofortigen und gründlichen Ausrottung d. Wangen mit einem der Braut und nach deren Wiederkehr unumgänglich. Unfehlbare, dauernde Wirkung, völlig geruchlos, nicht feuergefährlich, hinterläßt nirgends Flecke. Dankschreiben aller Länder. Unter Garantie Mt. 50 Pf., Mt. 1,00, 2,00, 3,00, Liter Mt. 5,00. Spritzenapparat 30 Pf. Nur allein bei **Otto Reichel**, Glendahlstraße 4, Amt IV, 5190. **Sonst nirgends!** Jede Bestellung frei Haus. Auswärts durch die Post. Name vor Kaufabmachung. 45850*

Großes Möbellager,

vollständige Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte sehr billig. 12645
Georg Müller, Göchstr. 22.

Frühjahrs-Paletots

Anzüge, Reifkleider, vorjährige, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, hoch sein, verkaufe Hälfte Kostenpreis. 63/7 Engel, Münstr. 26, part.

Bekanntes u. Parteigen. empfehle mein
Zigarren- und Tabakgeschäft.
10485) Wilhelm Henze,
Berlin O., Bornsdorferstr. 4.

Zigarren eigener Fabrik

v. **Heinr. Bräuer**
Rantewuststr. 73 n. d. Reichenbergerstr.

Bauschutt

oder Erde, Berglöh 1,50 M. per Zweispännerfuhr, im Dorfe Reichenhain am gefälligsten Stegenwege verlangen Hein, Lohmann & Co., Mittensgesellschaft, Chaussee 113. 11229*

Umzugsdahlere **Mischelmöbel** (vorbilg Rosenhallerstr. 4 III, Unts.

Für 36 Mark

fertige seine Anzüge nach Maß, für 30 M. f. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 M. seine Hosen nach Maß.

Riesenstofflager

Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitzsche**, gegründet 1872, Talferstr. 13, Gte Admiralstraße, am Kottbuser Thor.

Röhlenstr. 8,

nahe Oberbaum, Warschauerstr. und Schlesischen Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1893 freundliche Bordere- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermieten. Näheres beim Vermalter. 40662*

Kleines möbl. Zimmer, sep. 17 M. mit Kaffee. Wwe. Becker, Admirals-straße 20 p. 2. 24095.

